

Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft für sonstige Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22 (6) Z 4 der Verordnung (EG) NR 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die in Prospekten enthaltenen Angaben sowie die Aufmachung, die Aufnahme von Angaben in Form eines Verweises und die Veröffentlichung solcher Prospekte sowie die Verbreitung von Werbung (in der Fassung der Richtlinie 2010/73/EU, die "Prospektrichtlinie") in der Fassung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 862/2012 der Kommission vom 4.6.2012 (die "Prospektverordnung") und Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22 (6) Z 3 der Prospektverordnung dar.



VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Angebotsprogramm für Strukturierte Wertpapiere

Gemäß den Bestimmungen des in diesem Prospekt (einschließlich etwaiger Nachträge gem § 6 KMG und Dokumente oder Teile von Dokumenten, die in Form eines Verweises einbezogen sind, der "Prospekt") beschriebenen Angebotsprogrammes für Strukturierte Wertpapiere (das "Programm") kann die VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT (die "Emittentin") nicht-nachrangige Schuldverschreibungen emittieren, nämlich fix verzinste, variabel verzinste Schuldverschreibungen, Stufenzins-, sowie basiswertabhängig verzinste Schuldverschreibungen, Steepener-Schuldverschreibungen, Nullkupon-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe (die "Schuldverschreibungen") sowie fix verzinste und variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie und Express-Zertifikate jeweils bezogen auf einen oder mehrere Basiswerte (die "Zertifikate" und zusammen mit den Schuldverschreibungen, die "Wertpapiere"). Jede Emission von Wertpapieren erfolgt zu den im Abschnitt "Emissionsbedingungen" auf den Seiten 135 ff beschrieben und für die jeweiligen Wertpapiere relevanten Muster-Emissionsbedingungen, die für die verschiedenen unter diesem Programm begebenen Kategorien von Wertpapieren in zwei unterschiedlichen Ausgestaltungsvarianten (i.e. "Optionen" im Sinne von Artikel 22 (4) lit c der Prospektverordnung) (die "Muster-Emissionsbedingungen"). Die Muster-Emissionsbedingungen für jede Option enthalten bestimmte weitere Optionen, die durch Instruktionen und Erklärungen in eckigen Klammern innerhalb der Muster-Emissionsbedingungen gekennzeichnet sind. Die Muster-Emissionsbedingungen werden für jede Serie von Wertpapieren durch endgültige Bedingungen im Sinne von Artikel 26 (5) der Prospektverordnung (die "Endgültigen Bedingungen" oder "EB") vervollständigt (zusammen die "Emissionsbedingungen"), indem die Endgültigen Bedingungen entweder (i) durch Verweis eine der Varianten der Muster-Emissionsbedingungen für die maßgebliche Emission von Wertpapieren für anwendbar erklären und die in den Muster-Emissionsbedingungen optional ausgeführten Informationsbestandteile auswählen und die in den Muster-Emissionsbedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen oder (ii) durch Wiederholung eine der Varianten der Muster-Emissionsbedingungen für die maßgebliche Emission von Wertpapieren für anwendbar erklären und die optional ausgeführten Informationsbestandteile durch Streichungen auswählen und die in den Muster-Emissionsbedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen. Ein Muster der Endgültigen Bedingungen findet sich ab Seite 195 des Prospekts. Die für eine Emission von Wertpapieren geltenden Endgültigen Bedingungen werden der die Wertpapiere verbriefende Sammelurkunde (wie nachfolgend definiert) beigefügt oder darauf vermerkt. Die Endgültigen Bedingungen ergänzen die Muster-Emissionsbedingungen. Dieser Prospekt wurde nach Maßgabe der Anhänge V, XI, XII, XXII und XXX der Prospektverordnung erstellt und von der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde (die "FMA") in ihrer Funktion als zuständige Behörde gemäß dem österreichischem Kapitalmarktgesetz (das "KMG"), das die Prospektrichtlinie umsetzt, gebilligt.

Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung des Prospekts durch die FMA im Rahmen der diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben. Die FMA prüft den Prospekt ausschließlich auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit gem § 8a Abs 1 KMG.

Die Emittentin hat die FMA ersucht, der zuständigen Behörde in Deutschland und der European Securities and Markets Authority ("ESMA", die europäische Finanzmarktaufsichtsbehörde) eine Bescheinigung über die Billigung zu übermitteln, aus der hervorgeht, dass dieser Prospekt gemäß der Prospektrichtlinie erstellt wurde, sowie eine Kopie dieses Prospekts (die "Notifizierung"). Die Emittentin kann die FMA jederzeit ersuchen, zuständigen Behörden in Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums Notifizierungen zu übermitteln und in diesen Staaten Wertpapiere anbieten. Die Emittentin ist gemäß den Bestimmungen der EU-Prospekt-Richtlinie und des KMG dazu verpflichtet, einen Nachtrag zu diesem Prospekt zu erstellen, zu veröffentlichen und der FMA und dem Börseunternehmen, das die Märkte betreibt, an denen die Wertpapiere notieren, die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl an Kopien des Nachtrags zukommen zu lassen, falls während der Laufzeit des Programms ein wichtiger neuer Umstand, eine wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Wertpapiere beeinflussen könnten, zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, wenn diese später eintritt, der Eröffnung des Handels an einem geregelten Markt, auftreten bzw. festgestellt werden. Die Zulassung des Programms zum Regelmäßigen Freiverkehr der Wiener Börse wird beantragt. Unter dem Programm können Wertpapiere ferner an einer oder mehrerer weiterer oder anderer Börsen eingeführt oder zum Handel zugelassen werden. In den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob eine Börseneinführung oder Einbeziehung in den Handel der Wertpapiere an der Wiener Börse und/oder an einer oder mehreren anderen Börse(n) und/oder Multilateralen Handelssystemen (*Multilateral Trading Facility*, "MTF") erfolgen soll. Die Emittentin kann ferner Wertpapiere ausgeben, für die keine Börseneinführung und/oder Einbeziehung in ein MTF vorgesehen ist. Jede Serie von Wertpapieren wird in einer auf Inhaber lautenden Dauersammelurkunde verbrieft (eine "Sammelurkunde"), die nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen entweder bei der Emittentin oder von einem oder im Namen eines Clearing-Systems verwahrt wird, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind. Ein Anspruch auf Einzelverbrieftung oder Ausfolgung effektiver Stücke einzelner Wertpapiere oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

Interessierte Anleger sollten sich vergewissern, dass sie die Struktur der jeweiligen Wertpapiere und das mit ihnen verbundene Risiko verstehen, und ferner die Eignung der betreffenden Schuldverschreibungen als Anlageinstrument angesichts ihrer persönlichen Umstände und finanziellen Situation abwägen. Schuldverschreibungen können in einem hohen Maß mit Risiken behaftet sein, einschließlich des Risikos des Totalverlustes des eingesetzten Kapitals. Interessierte Anleger sollten daher bereit sein, einen Totalverlust des Kaufpreises ihrer Wertpapiere hinzunehmen. Weitere Informationen zu Risiken enthält der Abschnitt "Risikofaktoren" auf den Seiten 37 ff.

Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt im Sinne des Artikels 5 Abs 4 der EU-Prospekt-Richtlinie dar.

Das Datum dieses Prospektes ist 6.9.2013

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN	3
DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE	7
ZUSAMMENFASSUNG DES PROGRAMMES	9
A. Einleitung und Warnhinweise	9
B. Die Emittentin	10
C. Die Wertpapiere	15
D. Risiken	31
E. Angebot	35
RISIKOFAKTOREN	37
1. Allgemein	37
2. Risiken in Bezug auf die Emittentin	37
3. Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen	50
4. Risiken in Zusammenhang mit den Basiswerten derivativer Schuldverschreibungen	61
5. Zusätzliche Risiken derivativer Schuldverschreibungen	64
6. Produktspezifische Risiken	65
7. Risiken in Zusammenhang mit besonderen Ausstattungsmerkmalen	66
ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS	68
ANGABEN ZUR EMITTENTIN	74
1. Verantwortliche Personen	74
2. Abschlussprüfer	74
3. Risikofaktoren	74
4. Angaben über die Emittentin	75
5. Geschäftsüberblick	76
6. Organisationsstruktur	80
7. Trend Informationen	83
8. Gewinnprognosen oder -schätzungen	83
9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane	83
10. Hauptaktionäre	96
11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	97
12. Wesentliche Verträge	98
13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen	99

14. Einsehbare Dokumente	99
WERTPAPIERBESCHREIBUNG	100
1. Verantwortliche Personen	100
2. Risikofaktoren	100
3. Wichtige Angaben	100
4. Angaben über die anzubietenden bzw zum Handel zuzulassenden Schuldverschreibungen	101
5. Bedingungen und Voraussetzungen für das Angebot	124
6. Zulassung zum Handel und Handelsregeln	127
7. Zusätzliche Angaben	128
GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	130
UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS	134
EMISSIONSBEDINGUNGEN	135

ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

Allgemeine Hinweise

Die im Prospekt enthaltenen Informationen in Bezug auf die Emittentin und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften (zusammen die "**Hypo Vorarlberg-Gruppe**"), die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte sowie die geltende Rechtslage und Praxis der Rechtsanwendung (zB steuerliche Angaben), beziehen sich auf das Datum dieses Prospektes. Diese Informationen sind solange gültig, als nicht aufgrund eines neuen wichtigen Umstandes oder einer wesentlichen Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit hinsichtlich der im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Wertpapiere beeinflussen können, ein Nachtrag zum Prospekt gebilligt und veröffentlicht wurde. Die Gültigkeit dieses Prospekts ist mit höchstens zwölf Monaten nach dem Tag seiner Billigung beschränkt vorausgesetzt, dass er erforderlichenfalls um etwaige Nachträge ergänzt wird.

Eine möglichst vollständige Information über die Emittentin und die Wertpapiere ist nur gegeben, wenn dieser Prospekt - ergänzt um allfällige Nachträge - in Verbindung mit den jeweils veröffentlichten Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) gelesen wird.

Investoren haben sich bei einer Investitionsentscheidung auf ihre eigene Einschätzung der Emittentin sowie die Vorteile und Risiken, die mit der Investition in Wertpapiere der Emittentin zusammenhängen, zu verlassen.

Jedwede Entscheidung zur Investition in Wertpapiere der Emittentin sollte ausschließlich auf dem genauen Studium des Prospekts zusammen mit den jeweiligen Endgültigen Bedingungen beruhen, wobei zu bedenken ist, dass jede Zusammenfassung oder Beschreibung rechtlicher Bestimmungen, gesellschaftsrechtlicher Strukturen oder Vertragsverhältnisse, die in diesem Prospekt enthalten sind, nur der Information dient und nicht als Rechts- oder Steuerberatung betreffend die Auslegung oder Durchsetzbarkeit ihrer Bestimmungen oder Beziehungen angesehen werden sollte. Der Prospekt ersetzt nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch geeignete Berater des Investors.

Der vorliegende Prospekt dient ausschließlich der Information von potentiellen Anlegern. Bei den im Prospekt enthaltenen Informationen handelt es sich insbesondere weder um eine Empfehlung zum An- oder Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren noch um eine Aufforderung bzw. eine Einladung zur Abgabe eines Angebots zur Zeichnung oder zum An- oder Verkauf derselben. Im Falle irgendwelcher Zweifel über den Inhalt oder die Bedeutung der im Prospekt enthaltenen Informationen ist eine befugte oder sachverständige Person zu Rate zu ziehen, die auf die Beratung beim Erwerb von Finanzinstrumenten spezialisiert ist.

Die unter diesem Prospekt begebenen Wertpapiere der Emittentin sind von keiner Zulassungs-, Billigungs- oder Aufsichtsbehörde in Österreich oder einer Wertpapier-, Billigungs- oder Zulassungsstelle im Ausland noch in sonstiger Weise zum Kauf empfohlen.

Keine Person ist ermächtigt, Informationen oder Zusagen über die Emittentin und/oder die Wertpapiere abzugeben, die nicht im Prospekt enthalten sind. Falls solche doch erfolgen,

darf niemand darauf vertrauen, dass diese von der Emittentin autorisiert worden sind.

Dieser Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) darf weder ganz oder teilweise reproduziert noch weitervertrieben werden. **Jeder Anleger stimmt der eingeschränkten Verwendung mit Entgegennahme dieses Prospektes zu.** Ausschließlich die Emittentin sowie gegebenenfalls die sonstigen in diesem Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) genannten Quellen haben die zur Erstellung dieser Dokumente benötigten Informationen zur Verfügung gestellt.

Verkaufsbeschränkungen

Mit Ausnahme von Österreich und Deutschland darf dieser Prospekt in keinem Land veröffentlicht werden, in dem Vorschriften über die Registrierung, Zulassung oder sonstige Vorschriften im Hinblick auf ein öffentliches Angebot bestehen oder bestehen könnten, die einer Veröffentlichung oder einem Angebot der Wertpapiere entgegen stehen könnten. Insbesondere darf der Prospekt nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika gebracht werden.

Die unter diesem Prospekt begebenen Wertpapiere der Emittentin sind und werden in Zukunft nicht nach den Vorschriften des U.S. Securities Act of 1933 (der "**Securities Act**") registriert und unterliegen als Inhaberpapiere bestimmten Voraussetzungen des U.S. Steuerrechtes. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die im U.S. Steuerrecht festgelegt werden, dürfen die Schuldverschreibungen nicht innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an U.S. Personen (wie im Securities Act definiert) angeboten, verkauft oder geliefert werden.

In keinem EWR-Mitgliedstaat, der die EU-Prospekt-Richtlinie umgesetzt hat, dürfen die Wertpapiere öffentlich angeboten werden, außer

- a) es wurde im Einklang mit den jeweils anwendbaren nationalen Umsetzungsvorschriften zur EU-Prospekt-Richtlinie vor oder gleichzeitig mit dem Angebotsbeginn ein von der Billigungsbehörde im Angebotsstaat gebilligter oder der im jeweiligen Mitgliedsstaat zuständigen Behörde notifizierter Prospekt (Nachtrag) ordnungsgemäß hinterlegt und veröffentlicht und die Gültigkeitsdauer des Prospekts von 12 Monaten ist noch nicht abgelaufen;
- b) es handelt sich um ein Angebot, das sich ausschließlich an qualifizierte Anleger iSv Art. 2 Abs. 1 lit. e der EU-Prospekt-Richtlinie richtet;
- c) es handelt sich um ein Angebot von Wertpapieren mit einer Mindeststückelung von EUR 100.000; oder
- d) es handelt sich um ein Angebot, das sonst keine Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospektes durch die Emittentin gemäß Art. 3 der EU-Prospekt-Richtlinie auslöst.

Unter einem "**öffentlichem Angebot**" von Wertpapieren in einem Angebotsstaat, der EWR-Mitgliedstaat ist, ist eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art

und Weise zu verstehen, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden, wobei Abweichungen von dieser Definition in den nationalen Umsetzungsbestimmungen zur EU-Prospekt-Richtlinie miteingefasst sind.

Informationsquellen

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, wurden die hierin enthaltenen Daten und Informationen dem geprüften konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin zum 31.12.2012 und/oder dem ungeprüften konsolidierten Halbjahresbericht zum 30.6.2013 entnommen. Die Emittentin bestätigt, dass Angaben in diesem Prospekt, die von dritten Personen übernommen wurden, korrekt wiedergegeben werden und dass, soweit dies der Emittentin bekannt ist und sie dies aus den von der dritten Person veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält unter der Rubrik "Zusammenfassung des Prospekts", "Risikofaktoren" und an weiteren Stellen Aussagen, die zukunftsgerichtete Aussagen sind oder als solche gedeutet werden können. In manchen Fällen können diese zukunftsgerichteten Aussagen an der Verwendung von zukunftsgerichteten Ausdrücken, wie beispielsweise "glauben", "schätzen", "vorhersehen", "erwarten", "beabsichtigen", "abzielen", "können", "werden", "planen", "fortfahren" oder "sollen" oder im jeweiligen Fall deren negative Formulierungen oder Varianten oder eine vergleichbare Ausdrucksweise oder durch die Erörterung von Strategien, Plänen, Zielen, zukünftigen Ereignissen oder Absichten erkannt werden. Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen enthalten bestimmte Ziele. Diese Ziele meinen Ziele, die die Emittentin zu erreichen beabsichtigt, stellen jedoch keine Vorhersagen dar.

Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen schließen alle Themen ein, die keine historischen Tatsachen sind sowie Aussagen über die Absichten, Ansichten oder derzeitigen Erwartungen der Emittentin, die unter anderem das Ergebnis der Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage, die Liquidität, der Ausblick, das Wachstum und die Strategien sowie den Industriezweig und die Märkte, in denen die Emittentin tätig ist, betreffen. Ihrer Natur nach umfassen zukunftsgerichtete Aussagen bekannte und unbekannte Risiken sowie Unsicherheiten, da sie sich auf Ereignisse und Umstände beziehen, die in der Zukunft eintreten oder nicht eintreten können. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Zusicherungen einer künftigen Wertentwicklung. Potenzielle Anleger sollten daher kein Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen legen.

Viele Faktoren können dafür verantwortlich sein, dass sich die tatsächlichen Erträge, die Wertentwicklung oder die Erfolge der Emittentin wesentlich von künftigen Erträgen, Wertentwicklungen oder Erfolgen, die durch solche zukunftsgerichteten Aussagen ausgedrückt oder impliziert werden, unterscheiden. Diese Faktoren werden, soweit sie der Emittentin bekannt sind und sie sie für wesentlich erachtet, unter "Risikofaktoren" genauer

beschrieben.

Sollte ein Risiko oder sollten mehrere der in diesem Prospekt beschriebenen Risiken eintreten oder sollte sich eine der zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig herausstellen, können die tatsächlichen Erträge wesentlich von den in diesem Prospekt als erwartet, vermutet oder geschätzt beschriebenen abweichen oder zur Gänze ausfallen. Die Emittentin beabsichtigt keine Aktualisierung der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen nach dem Ende des Angebots.

ZUSTIMMUNG ZUR PROSPEKTVERWENDUNG

Die Emittentin erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die im Sinne der Richtlinie 2006/48/EG in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Wertpapieren berechtigt sind ("**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt aller durch Verweis einbezogenen Dokumente und allfälliger Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Wertpapieren in Österreich und allen EWR Mitgliedstaaten, in die der Prospekt von der Emittentin gültig notifiziert wird zu verwenden. Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Wertpapiere durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden. Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Wertpapiere durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Die Emittentin weist insbesondere auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

Die Zustimmung wird für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE

Dieser Prospekt ist in Verbindung mit den folgenden Abschnitten der nachstehend bezeichneten Dokumente zu lesen, die bereits bei der FMA hinterlegt und veröffentlicht wurden oder gleichzeitig mit diesem Prospekt veröffentlicht werden und die durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind und einen integrierenden Bestandteil dieses Prospektes bilden:

Dokument/Überschrift	Seite des jeweiligen Dokuments
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2012 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen) (der "Jahresabschluss 2012")	
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	54
Konsolidierte Bilanz	55
Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung	56
Geldflussrechnung	57
Erläuterungen/Notes	58 – 116
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfer	122 – 123
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2011 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen) (der "Jahresabschluss 2011")	
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	52
Konsolidierte Bilanz	53
Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung	54
Geldflussrechnung	54 - 55
Erläuterungen/Notes	56 - 114
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfer	120 - 121
Ungeprüfter konsolidierter Halbjahresbericht der Emittentin für das erste Halbjahr, das am 30.6.2013 geendet hat – (der "Halbjahresbericht 2013")	
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	10
Konsolidierte Bilanz	11

Konsolidierte Kapitalveränderungsrechnung	12
Verkürzte Geldflussrechnung	12
Anhang zum Halbjahresbericht	12 - 19

Soweit eine durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Information diesem Prospekt widerspricht, hat dieser Prospekt Vorrang. Kopien dieses Prospektes und der Dokumente, die durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Informationen enthalten, sind kostenlos am Hauptsitz der Emittentin in Österreich, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, erhältlich.

Sämtliche Informationen, die nicht oben angeführt, aber in den durch Verweis in den Prospekt einbezogenen Dokumenten enthalten sind, werden nur zu Informationszwecken bereitgestellt.

Jene Teile der oben angeführten Dokumente, die ausdrücklich angeführt sind, werden durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen und bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Prospektes, mit der Einschränkung, dass Aussagen in solchen Dokumenten für die Zwecke dieses Prospekts angepasst oder ersetzt werden, soweit eine Aussage in diesem Prospekt eine solche frühere Aussage entweder ausdrücklich oder schlüssig anpasst oder ersetzt. Jede auf diese Art angepasste oder ersetzte Aussage gilt nur in dem Maße, in dem sie angepasst oder ersetzt wurde, als Teil dieses Prospektes.

Der Prospekt, etwaige Nachträge und die Endgültigen Bedingungen von Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt emittiert werden, werden in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter "www.hypovbg.at" (Hypo Börsenplattform – Anleihen; derzeit erreichbar durch den Link <http://www.hypovbg.at/019/hpathypv.nsf/hypov?OpenAgent&0xInvestorRelationsEmissionprospekte>) bereitgestellt. Papierversionen des Prospekts, etwaiger Nachträge, der Endgültigen Bedingungen und der durch Verweis in diesem Prospekt einbezogene Dokumente sind während üblicher Geschäftszeiten kostenlos am Hauptsitz der Emittentin in Österreich, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, erhältlich.

Die durch Verweis in diesem Prospekt einbezogenen Dokumente sind auch auf der Website der Emittentin unter "www.hypovbg.at" (Investor Relations – Geschäfts-/Zwischenberichte und Jahres-/Konzernabschlüsse") einsehbar.

ZUSAMMENFASSUNG DES PROGRAMMES

Die Zusammenfassung besteht aus Elementen, die verschiedene Informations- und Veröffentlichungspflichten enthalten. Diese Elemente sind in die Abschnitte A bis E gegliedert. Diese Zusammenfassung enthält alle Elemente, die für Wertpapiere und Emittenten dieser Art vorgeschrieben sind. Nachdem manche Elemente nicht erforderlich sind, können Lücken in der Nummerierung der Elemente auftreten. Auch wenn ein Element aufgrund der Art der Wertpapiere und des Emittenten für die Zusammenfassung vorgeschrieben ist, kann es sein, dass dazu keine passende Information gegeben werden kann. In diesem Fall ist in der Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Elements mit dem Hinweis "entfällt" enthalten.

A. Einleitung und Warnhinweise

A.1 Warnhinweise

Diese Zusammenfassung sollte als Prospekt einleitung verstanden werden.

Ein Anleger sollte sich bei jeder Entscheidung, in die Schuldverschreibungen zu investieren, auf diesen Prospekt (der "**Prospekt**") als Ganzes stützen.

Ein Anleger, der wegen der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen will, muss nach den nationalen Rechtsvorschriften seines Mitgliedstaats möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen, bevor das Verfahren eingeleitet werden kann.

Zivilrechtlich sind nur diejenigen Personen haftbar, die die Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder verglichen mit den anderen Teilen dieses Prospekts wesentliche Angaben (Schlüsselinformationen), die in Bezug auf Anlagen in die Schuldverschreibungen für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, vermissen lassen.

A.2 Zustimmung der Emittentin zur Verwendung des Prospektes

Die VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT (die "**Emittentin**") erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die im Sinne der Richtlinie 2006/48/EG in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Wertpapieren berechtigt sind ("**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt aller durch Verweis einbezogenen Dokumente und allfälliger

Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Wertpapiere in Österreich und allen EWR Mitgliedsstaaten, in die die Emittentin den Prospekt gültig notifiziert, zu verwenden.

Angebotsfrist, für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung durch Finanzintermediäre

Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Wertpapiere durch Finanzintermediäre erfolgen kann, beginnt am [●] und endet am [●].

Sonstigen Bedingungen für die Verwendung des Prospekts

Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Die Zustimmung wird für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

Hinweis für die Anleger

Die Emittentin weist insbesondere auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

B. Die Emittentin

B.1 Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung der Emittentin

Der juristische Name der Emittentin lautet "Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft". Der kommerzielle Name der Emittentin ist "Hypo Vorarlberg" oder "Hypo Landesbank Vorarlberg".

B.2 Sitz und Rechtsform der

Die Emittentin hat ihren Sitz in Bregenz und ist eine Aktiengesellschaft, die österreichischem Recht unterliegt.

- | | |
|--|---|
| Emittentin, das für die Emittentin geltende Recht und Land ihrer Gründung | Die Emittentin wurde in Österreich gegründet. |
| B.4b Alle bereits bekannten Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken | Seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres sind der Emittentin keine Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften. |
| B.5 Beschreibung der Gruppe der Emittentin und ihrer Stellung darin | Die Gruppe der Hypo Landesbank Vorarlberg besteht aus der Emittentin und ihren wesentlichen Beteiligungen, welche entweder voll konsolidiert und oder mittels "at equity"-Bewertung in den Konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin einbezogen werden. Die Emittentin ist die Konzernmutter. |
| B.9 Gewinnprognosen und -schätzungen | Entfällt; es liegen keine Gewinnprognosen oder -schätzungen vor. |
| B.10 Art etwaiger Einschränkungen der Bestätigungsvermerke zu den historischen Finanzinformationen | Entfällt; es liegen keine Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen vor. |

**B.12 Ausgewählte wesentliche
historische
Finanzinformationen**

	in Millionen €	31.12.2012	31.12.2011
Bilanzsumme		14.505,2	14.213,4
Forderungen an Kunden (L&R)		8.585,8	8.521,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (LAC)		4.743,9	4.230,7
Verbriefte Verbindlichkeiten (LAC)		1.389,1	1.489,1
Eigenmittel gemäß BWG		1.198,2	1.051,8
davon Tier 1		743,2	721,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		142,3	149,3
Provisionsüberschuss		37,6	39,9
Handelsergebnis*		64,3	-20,9
Verwaltungsaufwand		-91,0	-79,7
Ergebnis vor Steuern*		146,3	81,6
Cost-Income-Ratio (CIR)		47,10%	39,68%
Eigenmittelquote (Bankbuch)		15,80%	13,26%
Return on Equity (ROE)*		23,41%	14,23%

*enthält vorzeitigen Rückkauf der Hybriddarlehen (Tier 1 Kapital) im Wert von 39,806 Millionen €

Quelle: Geschäftsbericht 2012 der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft (basierend auf dem Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards, IFRS)

in Millionen €	30.6.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	14.067,3	14.505,2
Forderungen an Kunden (L&R)	8.501,3	8.585,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (LAC)	4.706,6	4.743,9
Verbriefte Verbindlichkeiten (LAC)	1.700,4	1.389,1
Eigenmittel gemäß BWG	1.176,9	1.198,2
davon Tier 1	743,6	743,2
Eigenmittelquote (Bankbuch)	15,50%	15,80%
in Millionen €	1.1.-	1.1.-
	30.6.2013	30.6.2012
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	67,2	73,4
Provisionsüberschuss	18,4	18,9
Handelsergebnis	4,9	50,3
Verwaltungsaufwand	-46,1	-45,2
Ergebnis vor Steuern	39,0	91,5
Kennzahlen	30.6.2013	30.6.2012
Cost-Income-Ratio (CIR)	46,23%	45,11%
Return on Equity (ROE)	10,04%	22,94%

Quelle: Ungeprüfter konsolidierter Halbjahresbericht der Emittentin zum 30.6.2013

Erklärung zu den Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses

Die Emittentin erklärt, dass sich die Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, das heißt seit dem 31.12.2012, nicht wesentlich verschlechtert haben.

Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage oder Handelsposition der Emittentin nach dem von den historischen Finanzinformationen

Es gab keine wesentlichen Veränderungen bei Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum, das heißt nach dem 30.6.2013, eingetreten sind.

abgedeckten Zeitraum

- B.13 Ereignisse aus jüngster Zeit die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem Maße relevant sind** Entfällt; es liegen keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Emittentin vor, die für die Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.
- B.14 Gruppe und Abhängigkeit der Emittentin in der Gruppe** Entfällt; die Emittentin ist von anderen Unternehmen der Gruppe nicht abhängig.
- B.15 Haupttätigkeiten** Die Emittentin ist eine regionale Universalbank und ist in Österreich sowie im angrenzenden Ausland als Finanzdienstleister tätig.
- B.16 Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse an der Emittentin** Die Emittentin hat die folgenden Gesellschafter mit den in Klammer angegebenen Beteiligungen am Grundkapital: Vorarlberger Landesbank Holding (76,0308%) und Austria Beteiligungsgesellschaft mbH (23,9692%). Die Vorarlberger Landesbank Holding verfügt über eine Stimmenmehrheit in der Hauptversammlung der Emittentin, kann daher wesentliche Beschlüsse alleine fassen und beherrscht die Emittentin folglich zu einem hohen Grad.
- B.17 Ratings der Emittentin oder ihrer Schuldtitel** Die Emittentin ist von Moody's Investor Services Inc. ("**Moody's**") geratet¹. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts stellt sich das Rating für die Emittentin wie folgt dar:

	Rating durch Moody's ²
Ausblick ³	negativ

¹ Hinweis: Moody's ist in der Europäischen Union niedergelassen und ist gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Novelle durch die Verordnung (EG) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2011 registriert. Auf der Website der European Securities and Markets Authority (<http://www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs>) findet sich eine aktuelle Liste aller gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Novelle durch die Verordnung (EG) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2011 registrierter Ratingagenturen, in der Moody's angeführt ist.

² Hinweis: Moody's fügt jeder Rating Kategorie von Aa bis Caa die numerischen Modifikatoren 1, 2 und 3 an. Der Modifikator 1 zeigt an, dass die Emittentin am höheren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie anzusiedeln ist; der Modifikator 2 indiziert einen mittleren Rang; und der Modifikator 3 meint, dass sich Emittentin am unteren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie befindet.

Bankeinlagen (langfristig)	A1
Bankeinlagen (kurzfristig)	P-1 ⁴
Finanzkraft der Emittentin	D+
Nachrangige Fremdmittel	Ba1
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa
Hypothekarische Pfandbriefe	Aaa

Quelle: Moody's Investor Services Inc

C. Die Wertpapiere

C.1 Art und Gattung, Wertpapierkennung

[Im Fall von Schuldverschreibungen einfügen:

Die Emittentin begibt nicht-nachrangige auf den Inhaber lautende [fix verzinste] [variabel verzinste] [Stufenzins-] [basiswertabhängig verzinste] [Steepener-] [Nullkupon-] [Schuldverschreibungen] [Pfandbriefe] [Kommunalfpfandbriefe], die die ISIN [●] tragen (die "**Schuldverschreibungen**" oder die "**Wertpapiere**").]

[Im Fall von Zertifikaten einfügen:

Die Emittentin begibt nicht-nachrangige auf den Inhaber lautende [fix verzinste] [variabel verzinste] [Zertifikate] [Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie] [Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie] [Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie] [Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie] [Express-Zertifikate], die die ISIN [●] tragen (die "**Zertifikate**" oder die "**Wertpapiere**").]

C.2 Währung der Wertpapieremission

Die Wertpapiere lauten auf [**Festgelegte Währung einfügen**].

³ Hinweis: Am 21.2. 2012 hat die Ratingagentur Moody's aufgrund des negativen Ausblicks der Republik Österreich auch bei bestimmten Banken, darunter die Emittentin, den Ausblick von stabil auf negativ verändert.

⁴ Nach der Systematik von Moody's verfügen Emittenten, die ein P-1 (Prime-1) Rating haben, in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen (*Issuers (or supporting institutions) rated Prime-1 have a superior ability to repay short-term debt obligations.*); Siehe: Moody's Rating Symbols & Definitions. June 2009, abrufbar auf der Webseite von Moody's.

- C.5 Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit** Entfällt; die Muster-Emissionsbedingungen und Endgültigen Bedingungen (zusammen die "**Emissionsbedingungen**") enthalten keine Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Wertpapiere.
- C.8 Mit den Wertpapieren verbundene Rechte** Die Gläubiger haben insbesondere das Recht, [Zinszahlungen wie in C.9 angegeben und] Rückzahlung des Kapitals wie in C.9 angegeben am Laufzeitende zu erhalten; eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere ist nur in den in den Emissionsbedingungen ausdrücklich vorgesehenen Fällen zulässig.
- Rangordnung** **[Im Fall von nicht-nachrangigen Wertpapieren einfügen:** Die Verpflichtungen aus den Wertpapieren begründen unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]
- [Im Fall von Pfandbriefen einfügen:** Pfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander. Die Wertpapiere sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus Pfandbriefen.]
- [Im Fall von Kommunalpfandbriefen einfügen:** Kommunalpfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander. Die Wertpapiere sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus Kommunalpfandbriefen.]
- [Im Fall von Zertifikaten einfügen:** Die Verpflichtungen aus den Zertifikaten begründen unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen

anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

Beschränkungen dieser Rechte

[Es steht der Emittentin frei, die Wertpapiere an bestimmten Wahlrückzahlungstagen (Call) vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Die Emittentin kann die Wertpapiere jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzahlen.]

Die Wertpapiere unterliegen keiner Negativverpflichtung.

Die Wertpapiere sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor; Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen auf die Wertpapiere verjähren, sofern sie nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

C.9 C.8 sowie

nominaler Zinssatz

[Bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen einfügen]: Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag [jährlich mit einem Zinssatz von **[Zinssatz einfügen]** %] [bis zum **[Ende der Fixzinsperiode einfügen]**] verzinst.]

[Bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen]: Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie unten definiert) **[im Fall von anfänglicher Fixzinsperiode einfügen]:** ab dem **[Ende der Fixzinsperiode einfügen]** verzinst.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) **[Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor einfügen]** (der "**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor**") und (b) **[Zinsberechnungsbasis einfügen]** (die "**Zinsberechnungsbasis**") und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge von **[Marge einfügen]**].

[Bei Stufenzins-Schuldverschreibungen einfügen]: Die Schuldverschreibungen werden

bezogen auf ihren Nennbetrag jährlich mit den folgenden Zinssätzen verzinst.

Zinsperiode	Zinssatz

[Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung einfügen: Verzinsung. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie unten definiert) **[im Fall von anfänglicher Fixzinsperiode einfügen: ab dem [Ende der Fixzinsperiode einfügen]** verzinst.

[Im Fall von Range Accrual einfügen: An jedem Zinsermittlungstag (**[einfügen]**) stellt die Berechnungsstelle nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Anzahl der Kalendertage innerhalb dieser Beobachtungsperiode (**[einfügen]**) fest, an denen der Beobachtungswert (**[einfügen]**) des Basiswerts (**[einfügen]**) weder die obere Barriere (**[einfügen]**) noch die untere Barriere (**[einfügen]**) erreicht oder durchbrochen hat (d.h. an jenen Tagen, an denen der Kurs innerhalb der beiden Barrieren lag).

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$\text{Zinssatz} = \text{RAZ} * \text{N} / \text{M}$$

wobei

"**N**" meint die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode, an denen der Beobachtungswert des Basiswerts innerhalb der beiden Barrieren lag;

"**M**" meint die Anzahl der Geschäftstage in der maßgeblichen Zinsperiode; und

"**RAZ**" meint den Range Accrual Zinssatz von [●].]

[Im Fall von Digitaler Option einfügen: Wenn der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag (**[einfügen]**) auf oder über der Barriere (**[einfügen]**) liegt, entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode dem Digitale Option Zinssatz (**[einfügen]**) in allen anderen Fällen entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode 0% p.a. (der "**Zinssatz**").]

[Im Fall von Inflationsgebunden (additiv einfügen): An jedem Zinsermittlungstag (**[einfügen]**) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswerts im Zeitraum (**[einfügen]**) vor Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht der Summe aus (i) dem Basiszinssatz (**[einfügen]**, der "**Basiszinssatz**") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Indexermittlungszeitpunkt 1 (**[einfügen]**, der "**Indexermittlungszeitpunkt 1**") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2 (**[einfügen]**, der "**Indexermittlungszeitpunkt 2**"). Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf fünf Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = B + \left(\frac{Index(Monat_t) - Index(Monat_{(t-1)})}{Index(Monat_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**B**" meint den Basiszinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 1;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 2;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen – den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren⁵ (HICP – all items

⁵ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten

excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area;

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird; und

"**Maßgeblicher Indexstand**" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"**Indexberechnungsstelle**" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen Emissionsbedingungen.].

[Im Fall von Inflationsgebunden (multiplikativ) einfügen: An jedem Zinsermittlungstag (**[einfügen]**) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswerts im bestimmten Zeitraum von **[einfügen]** vor Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht dem Produkt aus (i) der Partizipationsrate (**[einfügen]**, die "**Partizipationsrate**") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Indexermittlungszeitpunkt 1 (**[einfügen]**, der "**Indexermittlungszeitpunkt 1**") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2 (**[einfügen]**, der

Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009 und Estland seit dem Januar 2011 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

"**Indexermittlungszeitpunkt 2**"). Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = P * \left(\frac{Index(Monat_t) - Index(Monat_{(t-1)})}{Index(Monat_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 1;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 2;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen – den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren⁶ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area;

"**P**" meint die Partizipationsrate (**[einfügen]**);

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird; und

"**Maßgeblicher Indexstand**" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des

⁶ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009 und Estland seit dem Januar 2011 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"**Indexberechnungsstelle**" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen Emissionsbedingungen.]

[Bei Steepener-Schuldverschreibungen einfügen: Verzinsung. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie unten definiert) verzinst.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht dem Produkt des Zins-Partizipationsfaktors (**[einfügen]**) und der Differenz zwischen dem Swapsatz 1 (**[einfügen]**) und dem Swapsatz 2 (**[einfügen]**).]

[Bei Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen: Keine laufende Verzinsung. Es erfolgen keine laufenden Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.]

[Im Fall von Mindest- und/oder Maximalzinssatz, einfügen: Der Zinssatz ist durch den [Maximalzinssatz von **[●]**] [und] [den Mindestzinssatz von **[●]**] begrenzt.]

[Bei Zertifikaten ohne Verzinsung einfügen: Es erfolgt keine laufende Verzinsung der Zertifikate.]

[Bei fixverzinsten Zertifikaten einfügen: Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum **[Fälligkeitstag einfügen]** (der "**Fälligkeitstag**") (ausschließlich) [jährlich mit dem einem Zinssatz von **[Zinssatz einfügen]** % per annum] verzinst.]

[Bei variabel verzinsten Zertifikaten einfügen: Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (einschließlich) Verzinsungsbeginn (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum **[ersten Zinszahlungstag einfügen]** (ausschließlich) (der "**erste Zinszahlungstag**") und anschließend von jedem Zinszahlungstag

(einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) mit einem Zinssatz (wie unten definiert) verzinst.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) [**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor einfügen**] (der "**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor**") und (b) [**Zinsberechnungsbasis einfügen**] (die "**Zinsberechnungsbasis**" und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge von [**Marge einfügen**].]

Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden und Zinsfälligkeitstermine

[Entfällt; die Wertpapiere haben keine Verzinsung.]
[Verzinsungsbeginn ist der [**Verzinsungsbeginn einfügen**] (der "**Verzinsungsbeginn**")]

Der Zinsbetrag ist an jedem Zinszahlungstag (wie nachstehend definiert) zahlbar. "**Zinszahlungstag**" bedeutet nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen jeden [**Festgelegte Zinszahlungstage einfügen**] [jeweils den Tag, der auf den Ablauf der Festgelegten Zinsperiode ([**einfügen**]) nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt.]

Ist der Zinssatz nicht festgelegt, Beschreibung des Basiswerts, auf den er sich stützt

[Entfällt; die Wertpapiere haben keine basiswertabhängige Verzinsung.]

[Der Zinssatz der Wertpapiere stützt sich auf einen Basiswert. Bei dem Basiswert handelt es sich um [ein(e)(n)] [[hybriden] Basiswertkorb aus] [Aktie] [Aktien] [Index] [(Indizes)] [Rohstoff] [Rohstoffe] [Währung] [Währungen] und zwar [●].]

Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren

[**Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die Wertpapiere werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am [**Fälligkeitstag einfügen**] (der "**Fälligkeitstag**") zu ihrem Rückzahlungsbetrag von [**Rückzahlungsbetrag einfügen**] (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt.]

[**Bei Fix- bzw. variabel verzinstem Zertifikat einfügen:**

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet

wird:

[Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere. Falls der Schlusskurs des Basiswerts am Endbeobachtungstag (**[einfügen]**) (der "**Endbeobachtungstag**") gleich hoch oder höher als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**") ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag.]

[Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere. Falls der Schlusskurs des Basiswerts am Endbeobachtungstag niedriger als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**") ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag; und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Bei Partizipations-Zertifikat ohne Kapitalgarantie einfügen:

Tilgungsbetrag. Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor ([**einfügen**]);

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag ([**einfügen**], der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag ([**einfügen**], der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Bei Partizipations-Zertifikat mit Kapitalgarantie einfügen:

Tilgungsbetrag. Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = \max \left\{ 100\% + P \cdot \left(\frac{\text{Basiswert}(\text{final}) - \text{Basiswert}(\text{start})}{\text{Basiswert}(\text{start})} \right); 100\% \right\}$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor ([**einfügen**]);

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag ([**einfügen**], der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag ([**einfügen**], der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Bei Bonus-Zertifikat mit Kapitalgarantie einfügen:

Tilgungsbetrag. Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der

folgendermaßen berechnet wird:

[für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (**[einfügen]**) (die "**Beobachtungstage**") die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + Bonus$$

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs; und

"**Bonus**" ist (**[einfügen]**).

[für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren Tagen die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Nennbetrag.]]

[Bei Bonus-Zertifikat ohne Kapitalgarantie einfügen:

Tilgungsbetrag. Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

[für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (**[einfügen]**) die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere. Der Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T_n = 100\% + Bonus$$

Wobei:

"**Tn**" meint den Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere; und

"**Bonus**" ist (**[einfügen]**).

[für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren Beobachtungstagen (**[einfügen]**) die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere. Der Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$Tv = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**Tv**" meint den Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Bei Express-Zertifikat einfügen:

Tilgungsbetrag. Die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung ("**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

[Tilgungsbetrag bei Vorzeitiger Rückzahlung. Sofern an einem Beobachtungstag (**[einfügen]**) (jeweils ein "**Beobachtungstag**") der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als der Startwert (**[einfügen]**) (der "**Startwert**") ist, endet die Laufzeit

des Express-Zertifikates an diesem Beobachtungstag, ohne dass es einer gesonderten Kündigung des Express-Zertifikates durch die Emittentin bedarf und die Zertifikate werden innerhalb von fünf Bankarbeitstagen durch Bezahlung des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung getilgt (Vorzeitige Rückzahlung). In diesem Fall erfolgt die Einlösung des Express-Zertifikates durch Zahlung des Nennbetrags einschließlich der bis zum Tag der Rückzahlung angefallenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Das Eintreten der Vorzeitigen Rückzahlung sowie die Höhe des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung werden von der Emittentin unverzüglich bekannt gemacht.]

[Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere. Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**"), entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag zuzüglich der bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen.]

[Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere. Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts niedriger als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**"), entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs zuzüglich der bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (**[einfügen]**), der "**Endbeobachtungstag**"; und

- "**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (**[einfügen]**, der "**Anfangsbeobachtungstag**").]
- Angabe der Rendite** [●] [Eine Rendite kann aufgrund der im Vorhinein unbestimmten Erträge der Wertpapiere nicht berechnet werden.]
- Name des Vertreters der Schuldtitelinhaber** Grundsätzlich sind alle Rechte aus Wertpapieren durch jeden Gläubiger selbst gegenüber der Emittentin geltend zu machen.
- Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Inhaber der Wertpapiere (die "**Wertpapierinhaber**") vorgesehen.
- Gemäß den Bestimmungen des Kuratorengesetzes ist in bestimmten Fällen vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Gläubiger zu bestellen.
- C.10 Derivative Komponente bei der Zinszahlung** *Bitte lesen Sie Punkt C.9 gemeinsam mit den nachstehenden Informationen.*
- [Entfällt; die Wertpapiere schütten keine Zinsen aus bzw. enthalten keine derivative Komponente bei der Zinszahlung.]
- [Siehe C.9]
- C.11 Zulassung zum Handel** [Die Zulassung der Wertpapiere zum Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse wird beantragt.]
- [Entfällt. Die Emittentin hat keinen Antrag auf Zulassung der Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt gestellt.]
- [Die Zulassung zum Handel im Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse kann jederzeit beantragt werden.]
- C.15 Beschreibung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird** [Entfällt; die Wertpapiere enthalten keine derivative Komponente.]
- [Siehe C.9]
- C.16 Verfalltag oder Fälligkeitstermin der derivativen Wertpapiere — Ausübungstermin oder letzter** [Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]
- [Entfällt; die Schuldverschreibungen enthalten keine solchen Termine, da nur die Höhe des Zinssatzes

	Referenztermin	basiswertabhängig ist.] [Siehe C.9 - Feststellungstage und Beobachtungszeitraum] [Fälligkeitstag ist der [●].]
C.17	Beschreibung des Abrechnungsverfahrens für die derivativen Wertpapiere	[Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.] [Entfällt; die Wertpapiere sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.] [Die Zahlung von Kapital [und Zinsen] erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Wertpapierinhaber depotführende Stelle. Als Zahlstelle fungiert [die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, 6900 Bregenz] [●].]
C.18	Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren.	[Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.] [Entfällt; die Wertpapiere sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.] [Bei Schuldverschreibungen einfügen: Die Zahlung des Rückzahlungsbetrags erfolgt am Endfälligkeitstag durch die Emittentin im Wege der Zahlstelle.] [Bei Zertifikaten einfügen: Die Zahlung des Tilgungsbetrags erfolgt am Fälligkeitstag durch die Emittentin im Wege der Zahlstelle.]
C.19	Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts	[Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.] [Entfällt; die Wertpapiere sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.] [Der endgültige Referenzpreis ist der Schlusskurs des Basiswertes am maßgeblichen Tag.]
C.20	Beschreibung der Art des Basiswerts und Angabe des Ortes, an dem Informationen über den Basiswert erhältlich sind	[Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.] [Informationen über [Basiswert einfügen] können [Ort einfügen] bezogen werden.]

D. Risiken

D.2 Zentrale Risiken, die der Emittentin eigen sind

- Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsschuldenkrise insbesondere im Euroraum haben auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe in der Vergangenheit wesentliche negative Auswirkungen gehabt und es ist anzunehmen, dass sich auch in Zukunft wesentliche negative Folgen für die Gruppe insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krisen ergeben können
- Zahlungsverzug, Zahlungseinstellungen oder Bonitätsverschlechterungen von Kunden oder anderen Gegenparteien können zu Verlusten führen (Kreditausfallsrisiko)
- Es besteht die Gefahr, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin schlechteren Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko)
- Die Emittentin ist Risiken der Zinsänderung ausgesetzt
- Eine Änderung von Wechselkursen kann sich auf die Emittentin negativ auswirken (Wechselkursrisiko)
- Eine Aussetzung, Senkung oder Aufhebung eines Ratings der Emittentin könnte die Refinanzierungsbedingungen der Emittentin, insbesondere ihren Zugang zu den Fremdkapitalmärkten negativ beeinflussen
- Wirtschaftliche oder politische Entwicklungen und/oder ein Abschwung der Wirtschaft in den Hauptmärkten der Emittentin können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Vermögenslage haben
- Die Emittentin ist in hoch kompetitiven Märkten tätig und konkurriert mit großen Finanzinstituten sowie mit etablierten lokalen Wettbewerbern
- Neue staatliche oder aufsichtsrechtliche

Anforderungen und Änderungen von Eigenkapitalquoten und des Verschuldungsgrades könnten die Emittentin erhöhten Eigenkapitalanforderungen oder Standards unterwerfen und die Aufbringung von zusätzlichem Kapital oder zusätzliche Liquidität in Zukunft erforderlich machen

- Die Emittentin ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Menschen oder Systemen (insbesondere IT-Systemen) oder aus externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben (operatives Risiko)
- Die Stabilitätsabgabe für Kreditinstitute in Österreich kann die Finanzlage der Emittentin wesentlich nachteilig beeinflussen
- Interessenkonflikte und Doppelfunktionen (zB von Organen der Emittentin) können zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Anleger liegen
- Die Emittentin wird durch eine Mehrheitseigentümerin kontrolliert, deren Beschlüsse nicht im Interesse der Anleger liegen können
- Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie rufschädigende Folgen

D.3 Zentrale Risiken, die den Wertpapieren eigen sind

- Wertpapiere können ein ungeeignetes Investment sein – komplexe Finanzinstrumente sind nicht für alle Anleger geeignet, da sie im Vergleich zu nicht komplexen Finanzinstrumenten wesentlich höheres Verlustrisiko aufweisen
- Die Wertpapierinhaber sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt
- Nebenkosten im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Wertpapieren und/oder der

Depotführung können zu Kostenbelastungen führen, die die mit den Wertpapieren verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können

- Von einem Kauf der Wertpapiere auf Kredit wird aufgrund des deutlich höheren Verlustrisikos abgeraten
- Keine Gewissheit eines liquiden Sekundärmarktes für die Wertpapiere
- Es besteht ein Risiko, dass der Handel mit den Wertpapieren oder den Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird
- Wertpapierinhaber unterliegen möglicherweise einem Wechselkursrisiko
- Eine Wiederveranlagung von Erträgen und Kapital der Wertpapiere zu den Bedingungen, die für die Wertpapiere gelten, ist ungewiss
- Wertpapierinhaber sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Wertpapiere ausgesetzt
- Bei einer Rückzahlung der Wertpapiere vor Endfälligkeit sind die Wertpapierinhaber dem Risiko ausgesetzt, dass ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist und eine Wiederveranlagung nur zu schlechteren Bedingungen möglich ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung)
- Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren vorrangig oder gleichrangig sind
- Anleger, die in Wertpapiere investieren, gehen das Risiko ein, dass sich der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin verändert (Credit Spread-Risiko)
- Die Inhaber von fixverzinsten Wertpapieren und Wertpapieren mit fixverzinsten Perioden sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert der Wertpapiere als Ergebnis einer Änderung des Marktzinssatzes fällt
- Die Inhaber variabel verzinsten Wertpapiere sind bedeutenden Zinsschwankungsrisiken ausgesetzt
- Steuerrechtliche Veränderungen können sowohl

den Wert der Wertpapiere als auch die Höhe der Zahlungen negativ beeinflussen

- Die Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren sind von keiner gesetzlichen Sicherungseinrichtung gedeckt
- Gläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt
- Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern (Inflationsrisiko)
- Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder regulatorischen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Wertpapiere und die Anleger haben
- [Inhaber von Wertpapieren sind dem Risiko einer nachteiligen Wertentwicklung des zugrundeliegenden Index ausgesetzt]
- [Inhaber von Wertpapieren sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Rohstoffes (oder des Rohstoffkorbes) ausgesetzt]
- [Zahlungen auf Wertpapieren sind abhängig von der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe)]
- [Inhaber von Wertpapieren sind dem Risiko der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Währungen ausgesetzt]
- [Inhaber von Wertpapieren, die von hybriden Basiswertkörben abhängig sind, können einem wesentlich höheren Risiko als Inhaber von Wertpapieren, die nur von einem Basiswert (oder einer Art von Basiswerten) abhängig sind, ausgesetzt sein]
- [Interessenskonflikte können die den Wertpapieren zu Grunde liegenden Basiswerte negativ beeinflussen]

[D.6] [Inhaber von derivativen Wertpapieren unterliegen dem Risiko, ihren Kapitaleinsatz ganz oder teilweise zu verlieren.]

E. Angebot

E.2b Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Wertpapiere werden von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.

E.3 Angebotskonditionen

Das Angebot der Wertpapiere unter diesem Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Wertpapieren.

Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter diesem Prospekt ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und, soweit anwendbar, des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit den bestehenden Wertpapieren eine einheitliche Serie bilden.

E.4 Interessenkonflikte

Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Berechnungsstelle, der Zahlstelle und den Gläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Emissionsbedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen. Diese Interessenskonflikte könnten einen negativen Einfluss auf die Wertpapierinhaber haben.

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrats der Emittentin haben innerhalb der Emittentin, der Vorarlberger Landesbank-Holding oder anderen Gesellschaften zahlreiche weitere Funktionen inne. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Organisationen und Gesellschaften Interessenkonflikte ergeben, die zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Emittentin und der Wertpapierinhaber liegen.

Interessen an dem Angebot ***[Angaben zu etwaigen Interessen von an der Emission beteiligten natürlichen und juristischen Personen einfügen]***

[Entfällt, es bestehen keine Interessen von an der Emission beteiligten natürlichen und juristischen Personen]

E.7 Kosten für die Anleger [Entfällt; es werden den Anlegern keine Kosten in Rechnung gestellt.] [●]

RISIKOFAKTOREN

1. Allgemein

Dieses Kapitel beschreibt jene Risikofaktoren, die nach Ansicht der Emittentin mit dem Erwerb der Wertpapiere verbunden sind. Potenzielle Anleger sollten alle Informationen berücksichtigen, die in diesem Prospekt und den jeweiligen Endgültigen Bedingungen sowie etwaigen Nachträgen enthalten sind.

Die Reihenfolge und die Ausführlichkeit der nachfolgend dargestellten Risikofaktoren sagt nichts über ihre Eintrittswahrscheinlichkeit oder die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen im Falle ihres Eintritts aus. Zu beachten ist ferner, dass Risikofaktoren auch kumulativ vorliegen und sich gegenseitig verstärken können.

Dieser Prospekt kann die vor jeder Anlageentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch die Hausbank, einen Anlage-, Rechts-, Steuer- oder sonstigen Berater nicht ersetzen. Potenzielle Anleger sollten vor einer Anlageentscheidung sicherstellen, dass sie die Funktionsweise des jeweiligen Wertpapiers und die damit verbundenen Risiken verstanden haben, dass der Erwerb der Wertpapiere eine ihren Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechende Anlage darstellt, und dass sie das Risiko des Verlusts des eingesetzten Kapitals einschließlich anfallender Transaktionskosten tragen können.

Falls einer oder mehrere der nachstehend oder gegebenenfalls in den Endgültigen Bedingungen angeführten Umstände eintreten, können potentielle Anleger ihr Investment zur Gänze oder zum Teil verlieren. Für Wertpapiere, die im Hinblick auf ihre spezielle Struktur eine besondere Beschreibung von Risikofaktoren erfordern, sind die nachfolgenden Aussagen nicht vollständig.

Potenzielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass die Wertpapiere an Wert verlieren können und es gegebenenfalls zu einem Verlust der gesamten Investition (Totalverlust) kommen kann.

2. Risiken in Bezug auf die Emittentin

Die Emittentin ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Risiken ausgesetzt, deren Realisierung dazu führen kann, dass sie ihren Verpflichtungen aus den unter diesem Prospekt begebenen Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Diese Risiken können zu Schwankungen der Umsätze und Erträge der Emittentin führen. Historische Finanzzahlen lassen keine Rückschlüsse auf künftige Zeiträume zu und können sich von einem Jahr auf das nächste wesentlich ändern.

Angehende Investoren sollten beachten, dass die nachstehend beschriebenen Risiken nicht die einzigen Risiken sind, denen sich die Emittentin gegenüber sieht. Die Emittentin hat jene Risiken betreffend ihr Geschäft, ihre Geschäftstätigkeit, ihre Finanzlage und/oder ihre Aussichten beschrieben, welche sie als wesentlich ansieht

und von welchen sie derzeit Kenntnis hat. Es können zusätzliche Risiken bestehen, die die Emittentin derzeit als nicht wesentlich ansieht und/oder von denen sie derzeit keine Kenntnis hat, und jedes dieser Risiken könnte negative Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Finanzlage haben.

2.1 Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsschuldenkrise insbesondere im Euroraum haben auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe in der Vergangenheit wesentliche negative Auswirkungen gehabt und es ist anzunehmen, dass sich auch in Zukunft wesentliche negative Folgen für die Gruppe insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krisen ergeben können

Ab der zweiten Hälfte des Jahres 2007 bis zum Jahr 2009 riefen Verwerfungen auf den globalen Kapital- und Kreditmärkten im Zusammenspiel mit einer Neubewertung des Kreditrisikos sowie mit der Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, schwierige Bedingungen auf den Finanzmärkten hervor und werden weiterhin erhebliche Auswirkungen auf diese Märkte haben. Diese Bedingungen führten zu einem historisch hohen Maß an Volatilität quer durch viele Märkte (einschließlich Finanzmärkte), zu unbeständigen Rohstoffpreisen, zu einer Ausweitung von Kreditspreads und zu einer mangelhaften Preistransparenz in bestimmten Märkten.

Diese Bedingungen haben auch den Zugang zur privaten Kapitalbeschaffung, sowohl für Kreditinstitute als auch für deren Kunden, erheblich eingeschränkt, was viele Finanzinstitute und industrielle Unternehmen dazu gezwungen hat, sich an Regierungen und Zentralbanken zu wenden, um an Geldmittel zu gelangen. Neben anderen Faktoren hat die Vorschreibung höher Kapital- und anderer regulatorischer Anforderungen viele Finanzinstitute veranlasst, sich um zusätzliches Kapital zu bemühen, mit größeren und stärkeren Instituten zu verschmelzen oder mit diesen verschmolzen zu werden und verstaatlicht zu werden. In einigen Fällen wurden Finanzinstitute insolvent.

Einhergehend mit den globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen haben die Kapitalmärkte für Staatsanleihen im Euroraum in den letzten Jahren substantielle Belastungen erfahren, als die Finanzmärkte damit begonnen haben, das erhöhte Kreditrisiko einer Vielzahl von Staaten wahrzunehmen. Diese Bedenken bestanden in besonders prominenter Weise für Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien und jüngst für Zypern und Slowenien, und bedrohten die Erholung von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Lichte einer steigenden Staatsverschuldung und einem stagnierenden Wirtschaftswachstum in diesen und anderen Europäischen Staaten, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraumes, hielten diesen Bedenken weiterhin an.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 2010 hat die Verschuldung bestimmter Staaten im Euroraum Bedenken über die Stabilität des Europäischen Finanzsektors laut werden lassen und hat dazu geführt und kann weiterhin dazu führen, dass sich das Wirtschaftswachstum in vielen Staaten quer über die Region verlangsamt hat. Zusätzlich können Restrukturierungsprogramme, die von einigen hoch verschuldeten

EU-Staaten eingeführt wurden und Einschnitte bei den Regierungsausgaben vorsehen, kurz- und mittelfristig zu niedrigeren Wachstumsraten dieser Staaten und des Euroraumes führen. Im Jahr 2011 stieg die Besorgnis über die Situation des Euroraumes an und zum Ende des Jahres 2011 und am Beginn des Jahres 2012 wurden die Ratings von Staaten und Banken des Euroraumes herabgesetzt. Im Jahr 2012 bestand weiterhin eine dahingehende Besorgnis, da es notwendig war, den spanischen Bankensektor zu rekapitalisieren, und auf Grund der wachsenden Bedenken in Bezug auf die Effektivität und die Folgen der Restrukturierungsprogramme, die bestimmte Staaten des Euroraumes eingeführt haben, sowie auf Grund der Unsicherheit über die Notwendigkeit weiterer finanzieller Unterstützungen für bestimmte Staaten des Euroraumes oder für den Bankensektor des Euroraumes.

Als Antwort auf die globale Finanzkrise und die Staatsschuldenkrise haben die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, eine Vielzahl europäischer Regierungen, die Europäische Zentralbank ("**EZB**") und internationale Währungsorganisationen noch nie dagewesene Maßnahmen gesetzt, um die Stabilisierung des Finanzsystems sowie die Steigerung des Kreditflusses in der Weltwirtschaft zu unterstützen. Seit September 2012 ist es weltweit zu einem Anstieg der Interventionen von Zentralbanken gekommen, die darauf abzielen, eine weitere Verschlechterung des Wirtschaftswachstums zu verhindern und den Bedenken über die Auswirkungen der Europäischen Staatsschuldenkrise entgegen zu treten. Die EZB hat einen Plan verlautbart, Staatsanleihen ausfallsbedrohter Staaten, wie Spanien und Italien, in unbegrenztem Ausmaß zu erwerben, im Gegenzug für deren Ansuchen um und Annahme eines formalen Programmes, welches bestimmte Sparpakete enthält.

Der Einfluss dieser Maßnahmen ist gegenwärtig unbekannt und sie können den erwarteten Nutzen für die maßgeblichen Wirtschaftsländer bringen oder auch nicht. Weiters besteht keine Sicherheit darüber, welchen tatsächlichen Einfluss diese Maßnahmen und damit verbundene Handlungen auf das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmen generell und auf die Gruppe im Speziellen haben werden. Im Gegenteil, ungeachtet aller Maßnahmen, die von den Europäischen Regierungen, der EZB, Europäischen Regulatoren oder anderen Einrichtungen zur Kontrolle und Entschärfung der negativen Auswirkungen der Krise vorgenommen werden, können die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Allgemeinen und die Finanzmärkte im Speziellen weiter schwächer werden, da die Ungewissheit, welche die Staatsschuldenkrise und die Anstrengungen der EU zur Lösung der Krise umgeben, weiter besteht.

Die Effekte der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Staatsschuldenkrise hatten sowohl auf die Vermögens- und Finanzlage als auch auf die Ertragslage der Gruppe wesentliche negative Auswirkungen. Es ist anzunehmen, dass sich, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, auch in Zukunft erheblich negative Folgen für die Gruppe ergeben können. Gleichzeitig ist es der Gruppe nicht oder nur schwer möglich, sich gegen Risiken im Zusammenhang mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise abzusichern.

2.2 Zahlungsverzug, Zahlungseinstellungen oder Bonitätsverschlechterungen von Kunden oder anderen Gegenparteien können zu Verlusten führen (Kreditausfallsrisiko)

Die Emittentin ist einer Reihe von Gegenparti- und Kreditausfallsrisiken ausgesetzt. Dritte, die der Emittentin Geld, Wertpapiere oder andere Vermögensgegenstände schulden, könnten ihre Verpflichtungen gegenüber der Emittentin wegen Zahlungsunfähigkeit, fehlender Liquidität, Bonitätsverschlechterungen, Wirtschaftsabschwüngen, operationellen Problemen, Wertverlusten von Immobilien oder aus anderen Gründen nicht erfüllen. Das Gegenparteiisiko zwischen Finanzinstituten ist als Ergebnis der Volatilität der Finanzmärkte in den letzten Jahren angestiegen. Bedenken über mögliche Ausfälle eines Finanzinstitutes können zu erheblichen Liquiditätsproblemen, Verlusten oder Ausfällen anderer Finanzinstitute führen, da die wirtschaftliche und finanzielle Solidität vieler Finanzinstitute aufgrund von Krediten, Handel und anderen Beziehungen miteinander verknüpft ist. Auch ein angenommener Mangel an Bonität kann zu marktweiten Liquiditätsproblemen führen. Dieses Risiko wird oft als "systemisches Risiko" bezeichnet und beeinträchtigt Banken und alle anderen Typen von Intermediären in der Finanzdienstleistungsindustrie.

Gemäß den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") berücksichtigt die Emittentin die Möglichkeit, dass Kunden oder Gegenparteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, durch die Vornahme von Abschreibungen und/oder Wertberichtigungen für eingetretene Ausfälle. Diese Abschreibungen und/oder Wertberichtigungen basieren auf den von der Emittentin vorgenommenen Schätzungen der Ausfälle in ihrem Kreditportfolio. Diese Schätzungen künftiger Kreditausfälle können aus unterschiedlichen Gründen unrichtig sein. Ein unerwarteter Abschwung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unvorhergesehene politische Ereignisse oder ein Mangel an flüssigen Mitteln in der Wirtschaft können zu Kreditausfällen führen, die die Höhe der von der Emittentin getätigten Abschreibungen und die vom Risikomanagement angenommenen wahrscheinlichen Maximalverluste übersteigen. Da die Emittentin primär in Vorarlberg, anderen Teilen Österreichs und einigen angrenzenden Ländern tätig ist, ist sie vor allem dem Risiko eines allgemeinen Wirtschaftsabschwungs oder eines anderen Ereignisses, das die Kreditausfallswahrscheinlichkeit in dieser Region erhöht, ausgesetzt.

Wenn die Verluste aus den Ausfällen von Kunden und anderen Gegenparteien die Höhe der von der Emittentin getätigten Abschreibungen und/oder Wertberichtigungen wesentlich übersteigen oder eine Erhöhung dieser Abschreibungen und/oder Wertberichtigungen erforderlich machen, hätte dies negative Auswirkungen auf die Ergebnisse der Emittentin und könnte zu einem die operative Tätigkeit einschränkenden Anstieg der Kapitalerfordernisse führen, und folglich die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren und deren Marktpreis beeinträchtigen.

2.3 Es besteht die Gefahr, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin schlechteren Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko)

Die Emittentin ist gesetzlich verpflichtet, ausreichend flüssige Mittel zu halten, um jederzeit ihren Zahlungen nachkommen zu können. Die Emittentin vertraut, wie viele andere Banken, auf Kundeneinlagen, um einen erheblichen Teil ihrer (gesetzlichen) Finanzausstattungsvorschriften damit abdecken zu können. Der Großteil der Einlagen der Emittentin sind Einlagen von Privatkunden, wovon ein erheblicher Anteil Taggeldeinlagen sind. Derartige Einlagen unterliegen einer Fluktuation, aufgrund von außerhalb der Einflussosphäre der Emittentin liegenden Faktoren, und die Emittentin kann keine Zusicherungen abgeben, dass sie keinem hohen Abfluss von Einlagen innerhalb einer kurzen Zeitspanne unterliegen wird. Da ein erheblicher Teil der Finanzausstattung der Emittentin aus ihrer Einlagenbasis stammt, kann jegliche maßgebliche Verringerung der Einlagen eine negative Auswirkung auf die Liquidität der Hypo Vorarlberg haben, sofern keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden, um das Liquiditätsprofil anderer Einlagen zu stärken oder um jene liquiden Mittel, die, wenn überhaupt, nicht zu wirtschaftlich günstigen Bedingungen möglich sind, zu reduzieren.

Ferner haben und werden Kredit- und Geldmärkte weltweit weiterhin aufgrund der Unsicherheit über die Bonität der kreditaufnehmenden Bank eine Zurückhaltung der Banken, gegenseitig Geld auszuleihen, erfahren. Selbst die Wahrnehmung unter Marktteilnehmern, wonach ein Finanzinstitut ein größeres Liquiditätsrisiko aufweist, kann zu einem erheblichen Schaden des Institutes führen, da potentielle Geldgeber zusätzliche Sicherheiten oder andere Maßnahmen verlangen könnten, die das Vermögen der Emittentin, die Mittelaufbringung sicherzustellen, weiter mindern. Dieser Anstieg des Gegenparteirisikos hat zu einer weiteren Beschränkung des Zugangs der Emittentin, nebst anderen Banken, zu traditionellen Quellen von Geldmitteln geführt und kann durch weitere regulatorische Beschränkungen der Kapitalstruktur und der Berechnung der regulatorischen Kapitalquoten verschlimmert werden.

Die Liquiditätssituation der Emittentin lässt sich durch eine Gegenüberstellung von Zahlungsausgängen und Zahlungseingängen darstellen. Durch eine Inkongruenz von Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen (beispielsweise aufgrund verspäteter Rückzahlungen, unerwartet hoher Abflüsse von Finanzmitteln, des Scheiterns von Anschlussfinanzierungen oder wegen mangelnder Marktliquidität) kann es zu Liquiditätsengpässen oder -stockungen kommen, die dazu führen, dass die Emittentin Zahlungspflichten nicht mehr erfüllen kann und in Verzug gerät oder flüssige Mittel zu für die Emittentin schlechteren Konditionen anschaffen muss. Dies kann negative Auswirkungen auf die von der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben. Es kann die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen.

2.4 Die Emittentin ist Risiken der Zinsänderung ausgesetzt

Die Emittentin nimmt Zinsen aus Krediten und anderen Vermögensbestandteilen ein

und zahlt Ausschüttungen an die Wertpapierinhaber und andere Gläubiger. Wenn der Marktzinssatz fällt, sinken typischerweise die von der Emittentin durch ihre Kredite und anderen Vermögensbestandteile erworbenen Zinsen sowie die an Wertpapierinhaber und andere Gläubiger bezahlten Beträge. Ein Rückgang der Zinserträge kann die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen und dadurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Wertpapiere zu tätigen, beeinträchtigen.

2.5 Eine Änderung von Wechselkursen kann sich auf die Emittentin negativ auswirken (Wechselkursrisiko)

Unter dem Wechselkursrisiko versteht man die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung von Wechselkursen von Währungen. Gemeint ist einerseits das Risiko der Erhöhung von Verbindlichkeiten in Fremdwährung, und auf der anderen Seite die Verringerung von Forderungen in Fremdwährung durch eine Änderung der Wechselkurse.

Da sich ein großer Teil der Geschäftstätigkeit der Emittentin als auch ihrer Kunden in Ländern außerhalb des Euroraumes befinden, können Transaktionen in anderen Währungen als in Euro das Wechselkursrisiko erhöhen. Zusätzlich können lokale Regierungen Maßnahmen treffen, die die Währungsniveaus und die Wechselkurse und das Kreditrisiko der Emittentin in Bezug auf diese Währungen beeinflussen, so wie die Schweizer Nationalbank, die einen Mindestwechselkurs gegen den Euro im September 2011 festgelegt hat.

Unerwartete nachteilige Änderungen der Wechselkurse zu bestimmten Währungen, insbesondere zum Schweizer Franken ("CHF"), können negative Auswirkungen auf die durch das Geschäft der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen und dadurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Wertpapiere zu tätigen, beeinträchtigen.

2.6 Die Aussetzung, Senkung oder Aufhebung eines Ratings der Emittentin könnte die Refinanzierungsbedingungen der Emittentin, insbesondere ihren Zugang zu den Fremdkapitalmärkten, negativ beeinflussen

Ein Rating ist eine Stellungnahme einer Ratingagentur über die Kreditwürdigkeit eines Emittenten, zum Beispiel eine Prognose oder ein Indikator eines möglichen Kreditausfalles aufgrund von Insolvenz, Zahlungsverzug oder unvollständigen Zahlungen an die Investoren. Es ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren. Derartige Ratings wurden von Ratingagenturen erstellt, die in der Europäischen Gemeinschaft etabliert und nach den Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 sowie durch die Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011, registriert wurden. Zum Datum des Prospektes stellt sich das Rating der Emittentin wie folgt dar:

	Rating durch Moody's
Ausblick	negativ
Bankeinlagen (langfristig)	A1
Bankeinlagen (kurzfristig)	P-1
Finanzkraft der Emittentin	D+
Nachrangige Fremdmittel	Ba1
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa
Hypothekarische Pfandbriefe	Aaa

Quelle: Moody's Investor Services Inc

Eine Ratingagentur kann ein Rating insbesondere aussetzen, herabstufen oder aufheben. Änderungen in der Eigentümerstruktur der Emittentin können zu einer Senkung des Ratings der Emittentin führen. Weiters besteht das Risiko, dass das Rating der Emittentin durch eine Senkung des Ratings der Republik Österreich negativ beeinflusst wird, da das Rating der Emittentin nach oben hin mit dem Rating der Republik Österreich begrenzt ist. Ein Rating kann auch ausgesetzt oder aufgehoben werden, wenn die Emittentin den Vertrag mit der maßgeblichen Ratingagentur beendet oder entscheidet, dass es nicht mehr in ihrem Interesse gelegen ist, die Ratingagentur weiterhin mit Finanzinformationen zu versorgen.

Eine Senkung des Ratings kann zu einer Beschränkung des Zugangs zu Mitteln und folglich zu höheren Refinanzierungskosten führen. Ein Rating könnte auch durch die Solidität oder wahrgenommene Solidität anderer Finanzinstitute negativ beeinflusst werden. Sollte eine Ratingagentur ein Rating der Republik Österreich aussetzen, senken oder aufheben oder ungünstige Berichte oder Prognosen für die Republik Österreich veröffentlichen, wie im Falle der Herabstufung Österreichs durch S&P im Jänner 2012 (welches jüngst auf einen stabilen Ausblick geändert wurde), könnte dies darüber hinaus die Finanzierungskosten der Emittentin erhöhen.

Jede Senkung eines Ratings der Emittentin könnte negative Auswirkungen auf deren Liquidität und Wettbewerbssituation haben, das Vertrauen in die Emittentin untergraben, ihre Kosten für die Geldaufnahme erhöhen, ihren Zugang zur Mittelaufbringung und zu den Kapitalmärkten oder die Anzahl an Gegenparteien, die gewillt sind, mit der Emittentin Transaktionen einzugehen, limitieren und würde folglich wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit, Finanz- sowie Ertragslage haben.

2.7 Wirtschaftliche oder politische Entwicklungen und/oder ein Abschwung der Wirtschaft in den Hauptmärkten der Emittentin können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Vermögenslage haben

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin und ihrer konsolidierten Tochterunternehmen konzentriert sich primär auf Vorarlberg, das restliche Österreich und die angrenzenden Nachbarländer. Folglich ist die Emittentin besonders den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die das Wachstum des Bankenmarkts oder die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden und anderen Gegenparteien in diesen Märkten beeinträchtigen, ausgesetzt. Kernmarkt der Emittentin ist das Bundesland Vorarlberg. Daher ist die Geschäftstätigkeit der Emittentin in hohem Maße volkswirtschaftlichen und anderen Faktoren, die das Wachstum im Vorarlberger Bankenmarkt und die Kreditwürdigkeit der Vorarlberger Privat- und Firmenkunden der Emittentin beeinflussen, ausgesetzt. Als Beispiele für diese Faktoren können unter anderem ein wirtschaftlicher Abschwung (Rezession), eine Deflation, Hyper-Inflation, Arbeitslosigkeit, Terrorgefahr, Finanzkrisen, erhöhte Rohölpreise oder fallende Immobilienpreise genannt werden. Wenn einer oder mehrere dieser Faktoren in einem oder mehreren Märkten, auf denen die Emittentin aktiv ist, eintritt, würde das die Geschäftstätigkeit, die Ertrags- und die Finanzlage der Emittentin negativ beeinflussen.

2.8 Die Emittentin ist in hoch kompetitiven Märkten tätig und konkurriert mit großen Finanzinstituten sowie mit etablierten lokalen Wettbewerbern

Die Hypo Vorarlberg ist einem bedeutenden Wettbewerb in allen Bereichen ihrer Geschäftstätigkeit ausgesetzt und es muss angenommen werden, dass der Wettbewerb in Zukunft weiter zunehmen wird. Die Emittentin konkurriert mit einer Vielzahl an großen Finanzinstituten und etablierten lokalen Wettbewerbern. Sollte die Emittentin nicht in der Lage sein, mit profitablen Produkten und Dienstleistungen auf das kompetitive Umfeld zu antworten, könnte sie Marktanteile in wichtigen Teilen ihrer Geschäftstätigkeit verlieren oder Verluste in Bezug auf Teile oder all ihre Aktivitäten erleiden.

Der Trend zur Konsolidierung in der weltweiten Finanzdienstleistungsindustrie, der aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise angestiegen ist, ruft Wettbewerber mit einer weitreichenden Palette an Produkten und Dienstleistungen, einem erhöhten Zugang zu Kapital und größeren Effektivität und Preissetzungsmacht hervor. Diese globalen Finanzinstitute können aufgrund ihrer größeren internationalen Präsenz oder finanziellen Ressourcen für Kunden, insbesondere für große Unternehmenskunden, attraktiver sein. Zusätzlich ist die Emittentin insbesondere in Vorarlberg und in Österreich dem Wettbewerb mit etablierten lokalen Banken ausgesetzt, die eine Vielzahl von Filialen betreiben, den Kunden eine breite Palette an Bank- und Finanzprodukten sowie Dienstleistungen anbieten und aus Beziehungen zu einer Vielzahl von bestehenden Kunden profitieren.

Die Hypo Vorarlberg ist in Vorarlberg und in Österreich nicht nur dem Wettbewerb mit lokalen Banken, sondern auch mit großen nationalen und internationalen Banken und neuen Marktteilnehmern aus benachbarten Staaten ausgesetzt. Als Folge dieses

Wettbewerbes, insbesondere im Privatkundenbereich, waren die Nettozinsmargen seit jeher sehr niedrig. Sollte es misslingen, die Nettozinsmargen auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten, könnte dies negative Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.9 Neue staatliche oder aufsichtsrechtliche Anforderungen und Änderungen von Eigenkapitalquoten und des Verschuldungsgrades könnten die Emittentin erhöhten Eigenkapitalanforderungen oder Standards unterwerfen und die Aufbringung von zusätzlichem Kapital oder zusätzliche Liquidität in Zukunft erforderlich machen

Als Reaktion auf die jüngste globale Finanzkrise und die anhaltende Staatsschuldenkrise in Europa, wurden eine Reihe von Initiativen in Bezug auf die regulatorischen Anforderungen für europäische Banken verabschiedet oder sind im Entstehen. Dazu zählen die folgenden:

- *Basel 2.5.* Im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise stellte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (der "**Basler Ausschuss**") Mitte 2010 neue Regeln für die auf Handelsaktivitäten anwendbaren Eigenkapitalanforderungen fertig. Diese Regeln, die gewöhnlich als Basel 2.5 bezeichnet werden, haben durch die Einführung neuer Risikomaßnahmen und durch die Anordnung spezieller Kapitalbehandlung für bestimmte Anlageklassen die geltenden Eigenmittelanforderungen deutlich erhöht. Dazu gehört auch eine gewichtete Value-at-Risk Anforderung (VaR) die zu einer Eindämmung der prozyklischen Tendenz der Mindesteigenmittelanforderungen beitragen soll. Auf europäischer Ebene wurden die Basel 2.5 Vorschriften durch die Richtlinie 2010/76/EG vom 24. November 2010 ("**CRD III**") zusammen mit Vergütungsvorschriften für Bankmanager eingeführt.
- *Basel III und CRR/CRD IV.* Im Dezember 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss seine endgültigen Standards bezüglich der als Basel III bekannten überarbeiteten Eigenkapitaladäquanzvorschriften, die die Definition von Eigenkapital verschärfen und die Banken, über die Mindesteigenmittel hinaus, zum Halten von Kapitalpuffern verpflichten. Am 27.6.2013 wurden die vom Europäischen Parlament und dem Rat angenommenen finalen Versionen der CRD IV (Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.6.2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG) und der CRR (Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Basel III und CRR/CRD IV werden die Qualität und Quantität der erforderlichen Eigenmittel erhöhen, die erforderlichen Eigenmittel für derivative Positionen erhöhen und neue Liquiditätsvorschriften sowie eine Leverage Ratio einführen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen durch EU-Rechtsvorschriften ist weiterhin in Bewegung, da große Differenzen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten in den spezifischen Details der neuen Vorschriften entstanden sind.

- *Änderungen in der Anerkennung von Eigenmitteln.* Aufgrund der regulatorischen Änderungen werden verschiedene Eigenmittelinstrumente, die in der Vergangenheit emittiert wurden, ihre regulatorische Anerkennung als Eigenmittel verlieren oder in untere Kategorien als jene, in denen sie ursprünglich erfasst wurden, fallen. Beispielsweise wird die Anrechenbarkeit bestimmter Instrumente des Hybridkapitals über einen bestimmten Zeitraum als zusätzliches tier-1 Kapital auslaufen.
- *Strengere und geänderte Rechnungslegungsstandards.* Potenzielle Änderungen der Rechnungslegungsstandards sowie strengere oder weitergehende Anforderungen, Vermögenswerte zum Fair Value zu erfassen, könnten sich auf den Kapitalbedarf der Emittentin auswirken.
- *EU Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten.* Am 6.6.2012 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Recovery and Resolution Directive, die "RRD"). Die Irische EU-Präsidentschaft gab bekannt, dass am 26/27.6.2013 der ECOFIN eine politische Einigung über neue Regeln für die Sanierung und Abwicklung von Banken erzielte. Die RRD legt einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten fest und verpflichtet Kreditinstitute des Europäischen Wirtschaftsraums Sanierungs- und Abwicklungspläne aufzustellen, die bestimmte Vereinbarungen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der langfristigen Lebensfähigkeit des Instituts im Falle einer wesentlichen Beeinträchtigung ihrer Finanzlage, festlegen. Die RRD kann sich auch auf Schuldtitel (einschließlich nachrangiger Wertpapiere und unter bestimmten Umständen auch nicht nachrangiger Wertpapiere) auswirken, indem sie der zuständigen Behörde möglicherweise gestattet, solche Instrumente abzuschreiben oder in Aktien umzuwandeln.
- *Österreichisches Bankeninterventions- und Restrukturierungsgesetz (das "BIRG").* Mit dem Ziel, die österreichischen Finanzmärkte zu stabilisieren und den Einsatz öffentlicher Mittel zur Rettung von Kreditinstituten möglichst zu verhindern, wurde am 5.7.2013 vom Nationalrat ein Gesetz verabschiedet, welches voraussichtlich mit 1.1.2014 in Kraft treten wird. Die vorgesehenen Regelungen sollen bestimmte Teile der RRD vorwegnehmen. Im Rahmen dieses Gesetzes sollen Kreditinstitute verpflichtet werden, durch die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen organisatorisch für den Krisenfall vorzusorgen. Darüber hinaus soll ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der ein Einschreiten der zuständigen Behörde ermöglicht, noch bevor eine manifeste Gesetzesverletzung oder Gläubigergefährdung vorliegt ("Frühinterventionsmaßnahmen"), falls sich die Vermögens-, Ertrags-, Liquiditätslage oder die Refinanzierungssituation einer Bank signifikant verschlechtert.

- *Finanztransaktionssteuer.* Die Europäische Kommission hat kürzlich den Vorschlag für eine "Richtlinie des Rates über die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer" erstattet. Dieser Vorschlag sieht vor, dass elf EU-Mitgliedstaaten, nämlich Österreich, Belgien, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien ("**Teilnehmende Mitgliedstaaten**") eine Finanztransaktionssteuer ("**FTS**") auf bestimmte Finanztransaktionen einheben sollen, sofern zumindest eine an der Transaktion beteiligte Partei im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässig ist und ein im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässiges Finanzinstitut eine Transaktionspartei ist, die entweder für eigene oder fremde Rechnung oder im Namen einer Transaktionspartei handelt (Ansässigkeitsprinzip). Zusätzlich enthält der Vorschlag eine Regelung, wonach ein Finanzinstitut beziehungsweise eine Person, die kein Finanzinstitut ist, dann als in einem Teilnehmenden Mitgliedstaat ansässig gelten, wenn sie Parteien einer Finanztransaktion über bestimmte Finanzinstrumente sind, die im Hoheitsgebiet dieses Teilnehmenden Mitgliedstaates ausgegeben werden (Ausgabeprinzip). Finanztransaktionen im Zusammenhang mit Derivatkontrakten sollen einem Mindeststeuersatz von 0,01 % auf den im Derivatkontrakt genannten Nominalbetrag unterliegen, während alle anderen Finanztransaktionen (zB der Kauf und Verkauf von Aktien, Anleihen und ähnlichen Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder Fondsanteilen) einem Mindeststeuersatz von 0,1 % auf alle Komponenten, die die von der Gegenpartei oder einer dritten Partei für die Übertragung entrichtete oder geschuldete Gegenleistung darstellen, unterliegen sollen. Der aktuelle Vorschlag sieht vor, dass die FTS ab 1. Jänner 2014 anfallen soll. Aufgrund höherer Kosten für die Investoren besteht das Risiko, dass die FTS zu weniger Transaktionen führen und dadurch die Erträge der Emittentin negativ beeinflussen kann.

In Zukunft können zusätzliche und neue regulatorische Anforderungen verabschiedet werden und das regulatorische Umfeld entwickelt und verändert sich weiterhin in vielen Märkten, in denen die Emittentin tätig ist; dies schließt zum Beispiel den jüngsten Vorschlag zur Einführung einheitlicher Aufsichtsmechanismen und einer besser integrierten Bankenunion in der EU ein. Der Inhalt und Umfang solcher neuen Gesetze und Vorschriften sowie der Art und Weise, in der sie verabschiedet, durchgesetzt oder interpretiert werden, können die Refinanzierungskosten der Emittentin erhöhen und könnten nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten, die Finanz-, die Ertragslage und Zukunftsaussichten der Emittentin haben.

Im Zuge der globalen Finanzkrise wurden die Regeln über regulatorische Eigenmittel für Kreditinstitute durch den Gesetzgeber, Regulatoren und beratenden Gremien (zB der Basler Ausschuss) geprüft. Gesetzliche oder regulatorische Änderungen der aktuellen Definition von Tier-1 Kernkapital könnten zur Minderung der Tier-1 Kernkapitalquote der Emittentin oder andere Eigenmittelbestandteile der Emittentin führen. Es kann nicht garantiert werden, dass im Falle einer Änderung der geltenden Vorschriften, angemessene Übergangsregeln oder –fristen zur Anwendung kommen, die es der Emittentin erlauben, ausgebuchtes Tier-1 Kernkapital oder andere

Eigenmittelbestandteile rechtzeitig oder zu günstigen Konditionen zurückzuzahlen oder zu ersetzen.

Aus diesen Gründen benötigt die Emittentin unter Umständen in Zukunft zusätzliche Eigenmittel. Solches Kapital, sei es in Form von zusätzlichem Stammkapital oder anderem Kapital, das als Eigenmittel anerkannt wird, kann möglicherweise nicht bzw. nicht zu attraktiven Konditionen zur Verfügung stehen. Ferner können solche regulatorischen Entwicklungen die Emittentin zusätzlichen Kosten und Verbindlichkeiten aussetzen, verlangen, dass sie die Durchführung ihres Geschäfts ändert oder sonst wie einen negativen Einfluss auf das Geschäft, die Produkte und Dienstleistungen, die sie anbietet, und auf den Wert ihres Vermögens haben. Es ist ungewiss, ob die Emittentin in der Lage ist, ihre Kapitalquoten ausreichend oder rechtzeitig zu erhöhen. Wenn die Emittentin nicht in der Lage ist, ihre Kapitalquoten ausreichend zu erhöhen, kann es zu Herabstufungen ihrer Ratings und einer Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten kommen, was erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Emittentin haben kann.

2.10 Die Emittentin ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Menschen oder Systemen (insbesondere IT-Systemen) oder aus externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben (operatives Risiko)

Die Emittentin ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die sich aus potenziellen Unzulänglichkeiten oder dem Versagen interner Kontrollen, Abläufe, Menschen oder Systeme oder externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben und erhebliche Verluste bewirken können. Zu solchen operativen Risiken zählt das Risiko unerwarteter Verluste, die als Folge von Einzelereignissen entstehen, die wiederum Ergebnis fehlerhafter Informationssysteme, unzulänglicher organisatorischer Strukturen oder nicht funktionierender Kontrollmechanismen sein können. Diese Risiken beinhalten das Risiko höherer Kosten oder entgangener Gewinne auf Grund von ungünstigen gesamtwirtschaftlichen oder branchenspezifischen Trends. Auch eine Rufschädigung der Emittentin auf Grund des Eintritts eines solchen Ereignisses fällt in diese Risikokategorie.

Das operative Risiko ist Bestandteil aller Tätigkeiten der Emittentin und kann nicht eliminiert werden. Insbesondere sollten Investoren beachten, dass die Emittentin maßgeblich von Informationssystemen abhängig ist, um ihre Geschäfte zu führen. Ein Ausfall, eine Unterbrechung oder eine Sicherheitsverletzung bei diesen Systemen kann zu Ausfällen oder Unterbrechungen ihres Risikomanagements, ihrer Buchhaltung, ihres Depotgeschäftes oder ihres Kreditbereitstellungssystems führen. Falls die Informationssysteme der Emittentin einschließlich ihrer Sicherungssysteme auch nur für eine kurze Dauer ausfallen würden oder sich ihre Notfallpläne zur Fortführung der Geschäfte für den Ernstfall als unwirksam herausstellen, könnte sie einige der Bedürfnisse der Kunden nicht zeitnah befriedigen und dadurch einen Teil des Geschäfts verlieren. Gleichmaßen könnten durch eine vorübergehende Abschaltung des Informationssystems der Emittentin Kosten für die Wiederbeschaffung und

Überprüfung der Informationen entstehen. Es kann nicht zugesichert werden, dass solche Ausfälle oder Unterbrechungen nicht vorkommen werden oder dass die Emittentin diesen Ausfällen oder Unterbrechungen in angemessener Weise begegnen kann. Dementsprechend kann das Auftreten solcher Ausfälle oder Unterbrechungen erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Emittentin haben. Weiters kann nicht zugesichert werden, dass die Einführung und Implementierung neuer Systeme und Verfahren die gewünschten Vorteile für das Geschäft der Hypo Vorarlberg bringen und es dabei nicht zu Fehlern oder Betriebsunterbrechungen kommt, die wesentlich nachteilige Auswirkungen auf ihr Geschäft, ihre Finanzlage und ihre Betriebsergebnisse haben könnten

Des Weiteren ist die wirtschaftliche Entwicklung der Emittentin wesentlich von ihrer Fähigkeit abhängig, bestehende Mitarbeiter zu binden und weitere Personen, die die notwendigen Qualifikationen und das notwendige Erfahrungsniveau im Bankwesen verfügen, zu finden und anzuwerben. Der durch andere Finanzinstitutionen steigende Wettbewerb am Arbeitsmarkt in Kernmärkten der Hypo Vorarlberg kann es auch für die Emittentin schwieriger machen, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten und dies kann in Zukunft zu steigenden Lohnkosten führen. Wenn ferner Obergrenzen oder weitere Beschränkungen aufgrund der CRD III oder in Zukunft aus CRR/CRD IV für Gehälter oder Bonuszahlungen, die an Führungskräfte der Hypo Vorarlberg bezahlt werden, eingeführt werden, könnte ihre Fähigkeit zur Anwerbung und Bindung von qualitativ hochwertigem Personal beschränkt werden und dies könnte zum Verlust von qualifiziertem Personal führen. Wenn die Emittentin nicht in der Lage ist, neue Talente in den Kernmärkten zu rekrutieren und zu binden oder wenn der Wettbewerb für qualifizierte Mitarbeiter die Lohnkosten erhöht, könnte dies erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Eine mangelnde Beherrschung derartiger Risiken kann die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren, die unter diesem Prospekt begeben werden, beeinträchtigen.

2.11 Die Stabilitätsabgabe für Kreditinstitute in Österreich kann die Finanzlage der Emittentin wesentlich nachteilig beeinflussen

Das Budgetbegleitgesetz 2011 hat die Stabilitätsabgabe für Kreditinstitute eingeführt. Die Stabilitätsabgabe ist mit 1.1.2011 in Kraft getreten. Die Stabilitätsabgabe ist von der durchschnittlichen Bilanzsumme eines Kreditinstituts laut Einzelabschluss (im Wesentlichen vermindert um das Eigenkapital und die gesicherten Einlagen) zu berechnen. Dazu kommt noch eine Sonderstabilitätsabgabe vom Geschäftsvolumen sämtlicher dem Handelsbuch zugeordneter Derivate. Die in Zusammenhang mit dieser Stabilitätsabgabe von der Emittentin zu leistenden Abgaben könnten die Finanzlage der Emittentin wesentlich nachteilig beeinflussen.

2.12 Interessenkonflikte und Doppelfunktionen (zB von Organen der Emittentin) können zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Anleger liegen

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrats der Emittentin haben innerhalb

der Emittentin, der Vorarlberger Landesbank-Holding oder anderen Gesellschaften zahlreiche weitere Funktionen inne. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Organisationen und Gesellschaften Interessenkonflikte ergeben, die zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Emittentin und der Anleger liegen.

2.13 Die Emittentin wird durch eine Mehrheitseigentümerin kontrolliert, deren Beschlüsse nicht im Interesse der Anleger liegen können

Das Land Vorarlberg hält über die Vorarlberger Landesbank-Holding, einem Sondervermögen des Landes Vorarlberg, 76,0308 % der Aktien der Emittentin. Mit dieser Mehrheit kann die Mehrheitseigentümerin, unter Umständen im Zusammenwirken mit der Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, im Einklang mit dem Aktiengesetz wichtige Beschlussfassungen der Hauptversammlung der Emittentin kontrollieren und Beschlüsse fassen, die nicht im Interesse der Anleger liegen.

2.14 Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie rufschädigende Folgen

Die Emittentin unterliegt Regeln und Vorschriften hinsichtlich Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung. Diese Vorschriften wurden in den letzten Jahren verschärft und können zukünftig weiter verschärft und strenger durchgesetzt werden. Die Überwachung der Einhaltung der Regeln betreffend Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung können zu einer erheblichen finanziellen Belastung für Banken und andere Finanzinstitute führen und können erhebliche technische Probleme aufwerfen. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass sie alle maßgeblichen Regelungen betreffend Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung zu jeder Zeit einhalten kann und dass ihre konzernweiten Standards betreffend die Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung ständig und in allen Fällen von ihren Arbeitnehmern angewendet werden. Jede Verletzung und sogar vermeintliche Verletzungen dieser Regelungen betreffend Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung können schwerwiegende rechtliche, finanzielle und rufschädigende Konsequenzen und damit erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

3. Risiken in Bezug auf die Wertpapiere

Die Entscheidung eines jeden potentiellen Anlegers, die Wertpapiere zu zeichnen, sollte sich an den Lebens- und Einkommensverhältnissen, den Anlageerwartungen und der langfristigen Bindung des eingezahlten Kapitals orientieren. Die Anleger sollen sich darüber im Klaren sein, ob die Wertpapiere ihre Bedürfnisse abdecken. Wenn Anleger die Wertpapiere, die mit ihnen verbundenen Risiken oder ihre Ausstattung nicht verstehen oder das damit verbundene Risiko nicht abschätzen können, sollten sie

fachkundige Beratung einholen und erst dann über das Investment entscheiden.

Jeder potenzielle Anleger, der eine Anlage in Wertpapiere beabsichtigt, muss die Eignung dieser Kapitalanlage unter Berücksichtigung seiner eigenen Umstände bestimmen. Insbesondere sollte jeder potenzielle Anleger:

- (i) über ausreichend Sachkenntnis und Erfahrung verfügen, um eine qualifizierte Bewertung der jeweiligen Wertpapiere, der Vorteile und Risiken einer Anlage in die jeweiligen Wertpapiere sowie der in diesem Prospekt oder gegebenenfalls einem Nachtrag enthaltenen oder der durch Verweis einbezogenen Angaben vorzunehmen;
- (ii) Zugang zu geeigneten Analyseinstrumenten haben und mit deren Nutzung vertraut sein, um eine Anlage in die jeweiligen Wertpapiere sowie die Auswirkungen einer derartigen Anlage auf das Gesamtanlageportfolio mit Rücksicht auf seine persönliche Vermögenslage prüfen zu können;
- (iii) ausreichend finanzielle Mittel und Liquidität zur Verfügung haben, um sämtliche Risiken einer Anlage in die jeweiligen Wertpapiere tragen zu können, auch in Fällen, in denen Kapital oder Zinsen in einer oder mehreren Währungen zahlbar sind oder die Währung für die Zahlung von Kapital- oder Zinsbeträgen eine andere als die Währung des potenziellen Anlegers ist;
- (iv) die Emissionsbedingungen der jeweiligen Wertpapiere genau verstehen und mit den Reaktionen etwaiger maßgeblicher Indizes und (Finanz-) Märkte vertraut sein; und
- (v) in der Lage sein, (selbst oder mit Hilfe eines Finanzberaters), mögliche Szenarien für wirtschaftliche Entwicklungen, Zinsen und sonstige Faktoren zu prüfen, die seine Anlage und seine Fähigkeit, die jeweiligen Risiken zu tragen, beeinträchtigen können.

3.1 Wertpapiere können ein ungeeignetes Investment sein – komplexe Finanzinstrumente sind nicht für alle Anleger geeignet, da sie ein im Vergleich zu nicht komplexen Finanzinstrumenten wesentlich höheres Verlustrisiko aufweisen

Bei manchen Wertpapieren handelt es sich um komplexe Finanzinstrumente, die von Anlegern gekauft werden können, um Risiken zu reduzieren oder Renditen bei gleichzeitiger Übernahme eines wohl verstandenen, maßvollen und angemessenen Risikos in das Gesamtportfolio zu steigern. Ein potenzieller Anleger sollte nur dann in komplexe Finanzinstrumente darstellende Wertpapiere investieren, wenn er die Fachkenntnis besitzt, zu prüfen, wie sich die Wertpapiere unter veränderten Bedingungen wertmäßig entwickeln werden, welche Auswirkungen sich daraus für den Wert der Wertpapiere ergeben können und welche Auswirkungen diese Anlage auf das Gesamtanlageportfolio des potenziellen Anlegers haben wird. Anleger, die ohne eine solche Prüfung in Wertpapiere, die komplexe Finanzinstrumente darstellen,

investieren, laufen Gefahr ihr Investment zum Teil oder ganz (Totalausfall) zu verlieren, da sie die möglichen Auswirkungen verschiedener Einflüsse auf ihre Wertpapiere nicht (richtig) abschätzen können.

3.2 Die Inhaber von Wertpapieren sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt

Jeder Inhaber von Wertpapieren trägt das Risiko einer möglichen Verschlechterung der finanziellen Situation der Emittentin bis zur Insolvenz. Die Wertpapiere begründen unmittelbare, nicht nachrangige und, mit Ausnahme der durch einen Deckungsstock besicherten Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe, unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Fall der Liquidation, der Insolvenz der Emittentin oder einem Verfahren zur Abwendung einer Insolvenz der Emittentin untereinander und mit allen sonstigen gegenwärtigen und künftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften, wie etwa § 46 Insolvenzordnung zu Masseforderungen (zB Kosten des Insolvenzverfahrens), Vorrang zukommt. Die Realisierung des Insolvenzrisikos hätte zur Folge, dass die Emittentin ihren Zahlungs- und/oder Lieferverpflichtungen aus den Wertpapieren gegenüber den Inhabern nicht oder nur teilweise nachkommen könnte.

3.3 Nebenkosten im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Wertpapieren und/oder der Depotführung können zu Kostenbelastungen führen, die die mit den Wertpapieren verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können

Kommissionen und andere Transaktionskosten, die im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Wertpapieren und/oder der Führung des zur Verwahrung des Wertpapiers erforderlichen Wertpapierdepots entstehen, können insbesondere bei einem Investment von geringen Summen in die Wertpapiere zu Kostenbelastungen führen, die die mit diesen Wertpapieren verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können.

3.4 Von einem Kauf von Wertpapieren auf Kredit wird aufgrund des deutlich höheren Verlustrisikos abgeraten

Anleger, die den Erwerb von Wertpapieren über Fremdmittel finanzieren, werden darauf hingewiesen, dass die laufenden Ausschüttungen auf die Wertpapiere, insofern solche bei den Wertpapieren überhaupt vorgesehen sind, unter dem Zinssatz des aufgenommenen Kredites liegen können. Auch der Totalverlust des eingesetzten Kapitals ist möglich. Anleger dürfen sich daher nicht darauf verlassen, dass Kreditverbindlichkeiten (samt Zinsen) mit Erträgen aus den Wertpapieren oder aus dem Verkaufserlös der Wertpapiere rückgeführt werden können. Dadurch erhöht sich das Verlustrisiko erheblich. Von kreditfinanzierten Ankäufen der Wertpapiere wird abgeraten.

3.5 Keine Gewissheit eines liquiden Sekundärmarktes für die Wertpapiere

Die Emittentin hat sich zwar dazu bereiterklärt, durch das Stellen von An- und Verkaufsangeboten für die Wertpapiere einen Sekundärmarkt bereitzuhalten, sie ist dazu aber nicht verpflichtet und kann ihre diesbezügliche Tätigkeit jederzeit einstellen. Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Wertpapiere entstehen wird, oder sofern er entsteht, dass er fortbestehen wird. Die Emittentin übernimmt keine Verpflichtung, die Liquidität der Wertpapiere zu gewährleisten oder die Zulassung der Wertpapiere an einem geregelten Markt anzustreben. Für den Fall, dass sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, ist weder die Preisentwicklung der Wertpapiere noch die Liquidität des Sekundärmarktes absehbar.

Wertpapierinhaber müssen daher damit rechnen, dass sie die von ihnen gehaltenen Wertpapiere aufgrund mangelnder Liquidität am entsprechenden Markt, insbesondere bei Veräußerung der Wertpapiere während der Laufzeit, nicht oder nicht zum gewünschten Zeitpunkt bzw. nicht zu einem fairen Marktpreis veräußern können.

3.6 Es besteht ein Risiko, dass der Handel mit den Wertpapieren oder den Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird

Notieren die Wertpapiere auf einem oder mehreren (geregelten oder ungeregelten) Märkten, kann die Notierung der Wertpapiere – abhängig von den an der jeweiligen Börse geltenden Regelungen – von der jeweiligen Börse oder einer zuständigen Regulierungsbehörde aus verschiedenen Gründen, insbesondere auch der Verletzung von Kurslimits, bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, beim Auftreten operativer Probleme der Börse oder, ganz allgemein, wenn dies zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden Markts oder zur Wahrung der Anlegerinteressen für erforderlich gehalten wird, ausgesetzt oder unterbrochen werden. Weiters kann der Handel mit den Wertpapieren auf Grund einer Entscheidung der Börse, einer Regulierungsbehörde oder auf Antrag der Emittentin beendet werden. Wird der Handel mit einem Basiswert der Wertpapiere ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt, wird im Allgemeinen auch der Handel mit den entsprechenden Wertpapieren ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt und bestehende Order für den Verkauf oder Kauf solcher Wertpapiere werden üblicherweise storniert. Die Anleger sollten beachten, dass die Emittentin keinen Einfluss auf Handelsaussetzungen oder -unterbrechungen hat (ausgenommen den Fall, dass der Handel mit den Wertpapieren auf Grund einer Entscheidung der Emittentin eingestellt wird) und dass die Anleger die damit verbundenen Risiken auf jeden Fall tragen müssen. Insbesondere kann der Fall eintreten, dass Anleger bei Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels ihre Wertpapiere unter Umständen nicht verkaufen können und dass die Börsenkurse der Wertpapiere deren Kurs nicht entsprechend widerspiegeln. Weiters kann eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit Basiswerten der Wertpapiere eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit den Wertpapieren verursachen und außerdem zu einer künstlichen oder falschen Bewertung der Wertpapiere führen. Schließlich sollten Anleger beachten, dass selbst im Falle einer Aussetzung, einer Unterbrechung oder einer Einstellung des Handels mit Wertpapieren oder Basiswerten derartige Maßnahmen unter Umständen weder ausreichend, noch adäquat oder

zeitgerecht erfolgen, um Kursstörungen zu verhindern oder die Interessen der Anleger zu wahren; wird der Handel mit Wertpapieren etwa nach der Veröffentlichung von kursrelevanten Informationen, die sich auf solche Wertpapiere beziehen, ausgesetzt, kann der Kurs der Wertpapiere bereits negativ beeinflusst worden sein. Alle diese Risiken hätten, sollten sie schlagend werden, eine wesentliche negative Auswirkung auf die Investoren.

3.7 Wertpapierinhaber unterliegen möglicherweise einem Wechselkursrisiko

Inhaber von Wertpapieren, die auf eine fremde Währung lauten sind nachteiligen Änderungen von Wechselkursen ausgesetzt, welche die Rendite der Wertpapiere negativ beeinflussen können.

3.8 Eine Wiederveranlagung von Erträgen und Kapital der Wertpapiere zu den Bedingungen, die für die Wertpapiere gelten, ist ungewiss

Für die Wertpapierinhaber besteht das Risiko, dass sie die möglichen Erträge oder das allenfalls zurückbezahlte Kapital aus den Wertpapieren nicht zu denselben oder günstigeren Bedingungen wieder veranlagen können, wie das in den Wertpapieren veranlagte Kapital.

3.9 Wertpapierinhaber sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Wertpapiere ausgesetzt

Das Marktpreisrisiko ist eines der zentralen Risiken der Wertpapiere. Der Marktpreis der Wertpapiere, damit auch ihr Wert, ändert sich typischerweise täglich. Er wird durch eine Vielzahl von Faktoren, wie den Wert und die Volatilität des maßgeblichen Basiswerts und die noch verbleibende Zeit bis zum Rückzahlungstag, gesamtwirtschaftliche Entwicklungen (insbesondere hinsichtlich der Marktzinssätze), der Politik von Zentralbanken, dem Inflationsniveau oder einer nicht vorhandenen oder besonders niedrigen bzw. besonders hohen Nachfrage nach den betreffenden Wertpapieren, aber auch von anderen Faktoren, wie etwa der Bonität der Emittentin bestimmt. Die Bedeutung der einzelnen Faktoren ist allerdings nicht direkt quantifizierbar und schwankt im Zeitablauf. Insbesondere die Erwerber von festverzinslichen Wertpapieren sind einem Zinsänderungsrisiko in Form eines Kursverlustes ausgesetzt, wenn das Marktzinsniveau steigt. Dieses Risiko wirkt sich grundsätzlich umso stärker aus, je deutlicher der Marktzinssatz ansteigt.

Im Falle einer negativen Marktpreisentwicklung sind Wertpapierinhaber bei Veräußerung der Wertpapiere vor Fälligkeit dem Risiko ausgesetzt, dass der Preis, zu dem Wertpapiere vor Fälligkeit verkauft werden können, erheblich unter dem Emissionspreis, dem vom Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis oder dem erwarteten Preis liegen und sie daher einen Verlust erleiden. Vom Markt verlangte Liquiditätsaufschläge und geringe Liquidität der Wertpapiere können den Marktpreis der Wertpapiere negativ beeinträchtigen. Der historische Marktwert der Wertpapiere und/oder der Basiswerte kann nicht als Indikator für die zukünftige Entwicklung der

Wertpapiere und/oder Basiswerte während der Laufzeit der Wertpapiere angesehen werden.

3.10 Bei einer Rückzahlung der Wertpapier vor Endfälligkeit sind die Wertpapierinhaber dem Risiko ausgesetzt, dass ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist und eine Wiederveranlagung nur zu schlechteren Bedingungen möglich ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung)

Die Laufzeit von Wertpapiere kann in besonderen Fällen durch eine vorzeitige Kündigung durch die Emittentin nach Maßgabe der Emissionsbedingungen unvorhergesehen verkürzt werden. In diesem Fall trägt der Wertpapierinhaber das Risiko, dass seine Renditeerwartungen aufgrund der kürzeren Laufzeit nicht mehr erfüllt werden können. Der Wertpapierinhaber sollte daher nicht auf die Werthaltigkeit der Wertpapiere im Rückzahlungszeitpunkt vertrauen.

3.11 Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren vorrangig oder gleichrangig sind

Die Höhe von im Vergleich zu den Wertpapieren vorrangigem oder gleichrangigem Kapital, das die Emittentin aufnehmen darf, ist nicht begrenzt. Die Aufnahme weiterer Verbindlichkeiten kann den Betrag, den die Wertpapierinhaber im Falle der Insolvenz oder eines die Insolvenz abwehrenden Verfahrens zurückerhalten, reduzieren und die Wahrscheinlichkeit, dass die Emittentin keine Zahlungen auf die Wertpapiere leistet, erhöhen.

Nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin können auch von Ereignissen stammen, die in der Bilanz der Emittentin keinen Niederschlag finden, wie beispielsweise die Ausstellung von abstrakten Garantieverprechen oder das Schlagendwerden anderer nicht-nachrangiger Eventualverbindlichkeiten. Ansprüche aus solchen Garantieverprechen oder aus anderen nicht-nachrangigen Eventualverbindlichkeiten werden zu nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Falle eines Insolvenzverfahrens der Emittentin oder eines Verfahrens zur Abwendung der Insolvenz gleichrangig mit den Rückzahlungsansprüchen aus den Wertpapieren sind.

3.12 Anleger, die in Wertpapiere investieren, gehen das Risiko ein, dass sich der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin verändert (Credit Spread-Risiko)

Unter dem Credit Spread versteht man den Aufschlag, den die Emittentin dem Inhaber eines Wertpapiers zur Abgeltung des übernommenen Kreditrisikos bezahlen muss. Credit Spreads werden als Aufschläge auf die aktuellen risikolosen Zinsen oder als Kursabschläge angeboten und verkauft.

Zu den Faktoren, die Credit Spreads beeinflussen, zählen unter anderem die Bonität und das Rating der Emittentin, die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls, die Recovery Rate (Wiederbeschaffungsquote), die verbleibende Laufzeit der Wertpapiere

sowie Verpflichtungen auf Grund von Besicherungen oder Garantien bzw. Erklärungen hinsichtlich bevorzugter Bedienung oder Nachrangigkeit. Die Liquiditätslage, das allgemeine Zinsniveau, die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen und die Währung, auf die die maßgebliche Verbindlichkeit lautet, können ebenfalls einen negativen Einfluss entfalten.

Für Anleger besteht das Risiko, dass der Credit Spread der Emittentin ansteigt, was den Kurs der Wertpapiere sinken lassen würde.

3.13 Die Inhaber von fixverzinsten Wertpapieren und Wertpapieren mit fixverzinsten Perioden sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert der Wertpapiere als Ergebnis einer Änderung des Marktzinssatzes fällt

Inhaber von fixverzinsten Wertpapieren sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert dieser Wertpapiere aufgrund einer Änderung des Marktzinssatzes fällt. Während der nominelle Zinssatz fixverzinsten Wertpapiere während der Laufzeit dieser Wertpapiere fix ist, verändert sich der tatsächliche Zinssatz für Emissionen mit gleicher Laufzeit typischerweise täglich. Wenn sich der Marktzinssatz ändert, ändert sich typischerweise auch der Wert von fixverzinsten Wertpapieren, aber in die andere Richtung. Wenn der Marktzinssatz steigt, fällt der Kurs fixverzinsten Wertpapiere typischerweise, bis die Rendite dieser Wertpapiere etwa gleich hoch wie der Marktzinssatz ist.

3.14 Die Inhaber variabel verzinsten Wertpapiere sind bedeutenden Zinsschwankungsrisiken ausgesetzt

Variabel verzinsten Wertpapiere neigen zur Volatilität. Inhaber von variabel verzinsten Wertpapieren sind dem Risiko schwankender Zinsniveaus und unsicherer Zinserträge ausgesetzt. Schwankende Zinsniveaus machen es unmöglich, die Ertragskraft von variabel verzinsten Wertpapieren im Vorhinein zu bestimmen. Bei variabel verzinsten Wertpapieren, die Mindestwerte aufweisen, kann der Marktpreis volatiler sein als der Marktpreis von Wertpapieren, die dieses Merkmal nicht aufweisen. Die Auswirkung eines Multiplikators, der kleiner als eins ist, ist, dass der Wertpapierinhaber von einer für ihn vorteilhaften Zinsentwicklung nur anteilig profitieren können wird. Die Rendite könnte daher bedeutend niedriger sein, als jene von ähnlichen variabel verzinsten Wertpapieren ohne einen solchen Multiplikator.

3.15 Steuerrechtliche Veränderungen können sowohl den Wert der Wertpapiere als auch die Höhe der Zahlungen negativ beeinflussen

Die konkrete Steuerrechtslage (Gesetze, Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden sowie Judikatur) kann maßgeblich den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Emittentin beeinflussen und damit auch negativ den wirtschaftlichen Wert der Wertpapiere sowie die von den Wertpapierinhabern erzielten Ausschüttungen auf das mit der Zeichnung der Wertpapiere investierte Kapital negativ beeinflussen. Wertpapierinhaber sind daher dem Risiko einer negativen Beeinflussung des Wertes der Wertpapiere und der Höhe der auf sie geleisteten Zahlungen durch

steuerrechtliche Veränderungen ausgesetzt.

Die Höhe der vom Wertpapierinhaber aus den Wertpapieren tatsächlich lukrierten Beträge nach Steuern hängt maßgeblich von der individuellen steuerrechtlichen Situation des Wertpapierinhabers ab. Die diesbezüglichen Ausführungen im Prospekt basieren auf der derzeit gültigen Rechtslage und Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden. Zukünftige Änderungen durch den Gesetzgeber, die Abgabenbehörden oder höchstgerichtliche Entscheidungen können die dargestellte steuerliche Behandlung negativ beeinflussen oder verändern. Die grundsätzlichen steuerrechtlichen Ausführungen in diesem Prospekt stellen weder eine allgemeine noch eine individuelle steuerliche Beratung dar und können eine solche auch nicht ersetzen. Es wird empfohlen, vor der Zeichnung der Wertpapiere eine individuelle Steuerberatung in Anspruch zu nehmen.

3.16 Die Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren sind von keiner gesetzlichen Sicherungseinrichtung gedeckt

Die durch die Wertpapiere verbrieften Ansprüche und Forderungen sind nicht von einer gesetzlichen Sicherungseinrichtung (Einlagensicherung bzw. Anlegerentschädigung) gesichert. Die Emittentin ist zwar Mitglied bei der gesetzlich vorgesehenen Sicherungseinrichtung des Hypothekenbankensektors, die den Zweck hat, als Einlagensicherung des Sektors auch Forderungen, die von einem Kreditinstitut durch Ausstellung einer Urkunde verbrieft sind, zu gewährleisten, allerdings sind Forderungen aus Wertpapieren von der Sicherung durch die Sicherungseinrichtung ausdrücklich ausgeschlossen. Im Falle einer Insolvenz der Emittentin können die Wertpapierinhaber daher nicht mit einer Rückzahlung des eingesetzten Kapitals (allenfalls samt ausstehender Zinszahlungen) von dritter Seite rechnen.

3.17 Wertpapierinhaber sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind zahlreiche Diskussionen, Initiativen und Begutachtungsprozesse zur möglichen Verlustbeteiligung von Gläubigern ("**bail-in**") auf verschiedenen Ebenen (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, Europäische Kommission, Bundesministerium für Finanzen, etc.) im Gange, die zu wesentlichen Änderungen der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für Kapitalinstrumente und Schuldtitel von Kreditinstituten, insbesondere nachrangigen Schuldverschreibungen (dh Schuldverschreibungen, die Ergänzungskapital oder Nachrangkapital verbiefen), aber auch nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen führen können. Der genaue Anwendungsbereich solcher Vorschriften und die Voraussetzungen für deren Anwendungsbereich werden gegenwärtig noch diskutiert und sind noch nicht absehbar.

Am 13.1.2011 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht Mindestvoraussetzungen für regulatorisches Kapital zur Sicherstellung der Verlustabsorption bei akut gefährdetem Fortbestand von Banken veröffentlicht.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission am 6.6.2012 einen Vorschlag für eine neue Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen – COM (2012) 280 final/2 "Recovery and Resolution Directive" ("**RRD**") veröffentlicht.

Ziel des Richtlinien-Vorschlags ist es insbesondere, Behörden einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Bankenkrisen durch Präventivmaßnahmen abzuwenden, die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass der Steuerzahler für Insolvenzverluste aufkommen muss, so gering wie möglich zu halten. Der genaue Wortlaut der Bestimmungen der RRD wird noch im Rahmen der gegenwärtigen Gesetzgebungsphase diskutiert. Die RRD ist zum Zeitpunkt des Prospektdatums noch nicht beschlossen worden.

Nach dem Vorschlag zur RRD sollen die zuständigen Aufsichtsbehörden die Befugnis eingeräumt erhalten, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen das Grundkapital eines Kreditinstituts abschreiben zu können und bestimmte Kapitalinstrumente (nämlich die Eigenmittelinstrumente des Kreditinstituts) abschreiben oder in Eigenkapital des Kreditinstituts umwandeln zu können (das "**Schuldabschreibungs-Instrument**"). Das Schuldabschreibungs-Instrument würde nach dem Vorschlag zur RRD etwa dann zur Anwendung gelangen, wenn (i) die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass das Kreditinstitut die Voraussetzungen für eine Abschreibung erfüllt; (ii) die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass das Kreditinstitut nur dann weiter existenzfähig ist, wenn bei den relevanten Kapitalinstrumenten von dieser Befugnis Gebrauch gemacht wird; (iii) in einem Mitgliedsstaat beschlossen wurde, dem Kreditinstitut oder dem Mutterunternehmen eine außerordentliche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, und die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass das Kreditinstitut ohne diese Unterstützung nicht länger existenzfähig wäre; oder (iv) die relevanten Kapitalinstrumente auf Einzel- und konsolidierter Basis oder auf konsolidierter Basis für Eigenkapitalzwecke anerkannt sind und die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass die konsolidierte Gruppe nur dann weiter existenzfähig ist, wenn bei diesen Instrumenten von der Abschreibungsbefugnis Gebrauch gemacht wird (die "**Nicht-Tragfähigkeit**").

Der Vorschlag der RRD verlangt ferner, dass den zuständigen Aufsichtsbehörden folgende Abwicklungsbefugnisse (die "**Abwicklungs-Instrumente**") an die Hand gegeben werden:

- die Übertragung von Eigentumstiteln, Vermögenswerten, Rechten oder Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts auf einen Erwerber (das "**Instrument der Unternehmensveräußerung**"), und/oder
- die Übertragung von Vermögenswerten, Rechten oder Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts auf ein Brückeninstitut, das sich vollständig im Eigentum einer oder mehrerer öffentlicher Stellen befindet (das "**Instrument des Brückeninstituts**"), und/oder
- die Übertragung von Vermögenswerten und Rechten eines Kreditinstituts auf eine eigens für die Vermögensverwaltung gegründete Zweckgesellschaft, deren

alleiniger Eigentümer eine oder mehrere öffentliche Stellen ist (das "**Instrument der Ausgliederung von Vermögenswerten**"), und/oder

- die Ausübung der Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse (i) zur Rekapitalisierung eines Kreditinstituts in einem Umfang, der ausreichend ist, um es wieder in die Lage zu versetzen, den Zulassungsbedingungen zu genügen und die Tätigkeiten auszuüben, für die es zugelassen ist, oder (ii) zur Umwandlung in Eigenkapital – oder Reduzierung des Nennwerts – der auf ein Brückeninstitut übertragenen Forderungen oder Schuldtitel mit dem Ziel, Kapital für das Brückeninstitut bereitzustellen (das "**Bail-in Instrument**").

Im Rahmen des Schuldabschreibungs-Instruments und des Bail-in Instruments hätten die zuständigen Aufsichtsbehörden nach dem Vorschlag der RRD das Recht, bei Eintritt bestimmter Auslösungstatbestände (i) bestehende Anteile für kraftlos zu erklären, (ii) abschreibungsfähige Verbindlichkeiten (nämlich – unter Ausnahme bestimmter Verbindlichkeiten – Eigenmittelinstrumente und, im Falle der Anwendung des Bail-in Instruments, andere nachrangige und sogar vorrangige Verbindlichkeiten) eines in Abwicklung befindlichen Kreditinstituts abzuschreiben oder solche abschreibungsfähigen Verbindlichkeiten eines in Abwicklung befindlichen Kreditinstituts zu einem Umwandlungssatz in Eigenkapital des Kreditinstituts umzuwandeln, der betroffene Gläubiger angemessen für den Verlust, der ihnen durch die Wahrnehmung der Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse entstanden ist, entschädigt, (iii) die finanzielle Lage eines Kreditinstituts zu stärken, und (iv) die Fortführung eines Kreditinstituts unter Anwendung angemessener Restrukturierungsmaßnahmen zu erlauben. Sollte ein Kreditinstitut die Voraussetzung für eine Abwicklung erfüllen, dann muss die zuständige Aufsichtsbehörde nach dem Vorschlag der RRD das Schuldabschreibungs-Instrument vor der Anwendung der Abwicklungs-Instrumente zum Einsatz bringen. Die genaue Abgrenzung zwischen dem Schuldabschreibungs-Instrument und dem Bail-in Instrument bedarf noch weiterer Klärung.

Nach dem Entwurf zur RRD sind die Abwicklungs-Instrumente anwendbar,

- wenn ein Kreditinstitut gegen die an eine dauerhafte Zulassung geknüpften Eigenkapitalanforderungen in einer Weise verstößt, die den Entzug der Zulassung durch die zuständige Behörde rechtfertigen würde, oder wenn objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zumindest in naher Zukunft der Fall sein wird, da das Kreditinstitut Verluste erlitten hat oder voraussichtlich erleiden wird, durch die sein gesamtes Eigenkapital oder ein wesentlicher Teil seines Eigenkapitals aufgebraucht wird; oder
- wenn die Vermögenswerte eines Kreditinstituts die Höhe seiner Verbindlichkeiten unterschreiten, oder wenn objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zumindest in naher Zukunft der Fall sein wird; oder
- wenn ein Kreditinstitut nicht in der Lage ist, seine Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen, oder wenn objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zumindest in naher Zukunft der Fall sein wird; oder

- wenn ein Kreditinstitut eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln benötigt.

Gemäß dem Entwurf der RRD stellen Abschreibungen oder Umwandlungen, die unter Anwendung des Bail-in Instruments oder des Schuldabschreibungs-Instruments vorgenommen werden, weder einen Ausfall noch ein Kreditereignis nach den Bestimmungen des relevanten Kapitalinstrumentes dar. Dementsprechend wären sämtliche so abgeschriebenen Beträge unwiderruflich verloren und die aus solchen Kapitalinstrumenten resultierenden Rechte ihrer Inhaber wären erloschen, unabhängig davon, ob die finanzielle Lage des Kreditinstituts wiederhergestellt wird oder nicht.

Sollte der Entwurf der RRD wie gegenwärtig vorliegend beschlossen werden, dann wären die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet, ihre einschlägigen nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bis zum 1.1.2015 an die RRD anzupassen. Für die Bestimmungen zu den Bail-in Instrumenten gilt jedoch eine längere Umsetzungsfrist; sie sollen ab 1.1.2018 angewandt werden. Die RRD sieht einen Mindestkatalog an Abwicklungsinstrumenten vor. Es bleibt den Mitgliedsstaaten unbenommen, sich zusätzliche, spezifisch nationale Instrumente und Befugnisse zum Umgang mit sich in Abwicklung befindlichen Kreditinstituten vorzubehalten, sofern diese zusätzlichen Befugnisse in Einklang mit den Prinzipien und Zielen der Rahmenbedingungen der RRD stehen und nicht ein Hindernis für eine effektive Gruppenabwicklung darstellen. Das österreichische Parlament könnte auch beschließen, dass die RRD oder andere Vorschriften, die ähnliche Abschreibungs- oder Abwicklungsinstrumente vorsehen, bereits vor 2015 bzw hinsichtlich der Bail-in Instrumente vor 2018 in Kraft gesetzt werden.

Am 21.5.2013 beschloss die österreichische Bundesregierung einen Gesetzesentwurf für das Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz ("**BIRG**"), der sich an der RRD orientiert. Das oben erwähnte Schuldabschreibungs-Instrument und das bail-in Instrument sind in diesem Gesetzesentwurf zum BIRG jedoch nicht vorgesehen. Das BIRG wurde am 5.7.2013 vom Nationalrat verabschiedet und soll am 1.1.2014 in Kraft treten.

Es ist möglich, dass jene aufsichtsbehördlichen Befugnisse, die aus einer künftigen Änderung der anwendbaren Gesetze zur Umsetzung des Basel III-Rahmenwerkes resultieren, so eingesetzt werden, dass die Wertpapiere am Verlust der Emittentin beteiligt werden.

Solche rechtlichen Vorschriften und/oder aufsichtsbehördlichen Maßnahmen können die Rechte der Wertpapierinhaber maßgeblich beeinflussen, im Falle der Nicht-Tragfähigkeit (wie oben beschrieben) oder der Abwicklung der Emittentin zu einem Verlust des gesamten in die Wertpapiere investierten Kapitals führen und schon vor der Nicht-Tragfähigkeit (wie oben beschrieben) oder Abwicklung der Emittentin einen negativen Einfluss auf den Marktwert der Wertpapiere haben.

3.18 Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern (Inflationsrisiko)

Das Inflationsrisiko bezeichnet die Möglichkeit, dass der Wert von Vermögenswerten wie den Wertpapieren oder den Einnahmen daraus sinkt, wenn die Kaufkraft einer Währung auf Grund von Inflation schrumpft. Durch Inflation verringert sich der Wert eines möglichen Ertrags. Übersteigt die Inflationsrate die auf die Wertpapiere geleisteten Zahlungen, wird die Rendite der Wertpapiere negativ und Wertpapierinhaber erleiden Verluste. Wertpapierinhaber sind dem Risiko einer Wertminderung möglicher Erträge aus Wertpapieren durch Inflation ausgesetzt.

3.19 Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder regulatorischen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Wertpapiere und die Wertpapierinhaber haben

Die Emissionsbedingungen der Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht. Anleger sollten daher beachten, dass das geltende österreichische Recht unter Umständen nicht einen ähnlichen oder adäquaten Schutz bietet wie das Recht anderer Rechtsordnungen. Des Weiteren kann hinsichtlich der Auswirkungen einer etwaigen gerichtlichen Entscheidung oder einer Änderung österreichischen Rechts (oder des in Österreich anwendbaren Rechts) bzw. der nach dem Prospektdatum üblichen Verwaltungspraxis keine Zusicherung gegeben oder Aussage getroffen werden. Wertpapierinhaber sind daher dem Risiko für sie nachteiliger Bestimmungen des österreichischen Rechts und/oder einer für sie nachteiligen Rechtsänderung ausgesetzt.

4. Risiken in Zusammenhang mit den Basiswerten derivativer Wertpapiere

4.1 Inhaber von Wertpapieren mit indexabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko einer nachteiligen Wertentwicklung des zugrundeliegenden Index ausgesetzt

Indexabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen die Verzinsung und/oder der Rückzahlungsbetrag nicht im Vorhinein feststeht, sondern von der Entwicklung eines Index (oder eines Indexkorbes) abhängt, der selbst wiederum erhebliche Kredit-, Zinssatz- oder andere Risiken beinhaltet. Der Inhaber von Wertpapieren mit indexabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung ist Unsicherheiten in Bezug auf die Verzinsung und/oder den Rückzahlungsbetrag ausgesetzt. Die Rendite eines in Bezug auf die Verzinsung und/oder den Rückzahlungsbetrag indexierten Wertpapiers kann negativ sein und ein Wertpapierinhaber kann den Wert seiner Anlage ganz (Totalverlust) oder teilweise verlieren. Je volatil der (einer der) maßgebliche(n) Index(-izes) ist, desto größer ist die Ungewissheit in Bezug auf die Verzinsung und/oder den Rückzahlungsbetrag. Die Höhe der Kapitalrückzahlung, die, von der Emittentin zu zahlen ist, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom

Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Wertpapierinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert (Totalverlust).

Indexabhängige Wertpapiere werden von der maßgeblichen Indexberechnungsstelle (bzw. bei Indexkörben von den maßgeblichen Indexberechnungsstellen) weder gesponsert noch anderweitig unterstützt. Indexberechnungsstellen geben weder ausdrücklich noch konkludent irgendeine Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der Folgen ab, die sich aus der Verwendung des maßgeblichen Index und/oder dem Wert des maßgeblichen Index zu einem bestimmten Zeitpunkt ergeben. Die Zusammensetzung und Berechnung eines jeden Index geschieht durch die maßgebliche Indexberechnungsstelle ohne Rücksichtnahme auf die Emittentin oder die Wertpapierinhaber. Indexberechnungsstellen übernehmen auch keine Verpflichtung oder Haftung im Zusammenhang mit der Verwaltung, dem Vertrieb oder dem Handel der Wertpapiere.

4.2 Inhaber von Wertpapieren mit rohstoffabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Rohstoffes (oder des Rohstoffkorbes) ausgesetzt

Rohstoffabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen die Verzinsung und/oder der Rückzahlungsbetrag nicht im Vorhinein feststehen. Rohstoffabhängige Wertpapiere können sich auf einen oder mehrere Rohstoffe (Rohstoffkörbe) beziehen und sie werden zu einem rohstoffabhängigen Zinssatz verzinst und/oder zu einem rohstoffabhängigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt. Dieser Zins- und/oder Rückzahlungsbetrag wird unter Bezugnahme auf den oder die entsprechenden Rohstoffe berechnet. Veränderungen des Wertes der maßgeblichen Rohstoffe, d.h. des maßgeblichen Rohstoffpreises am maßgeblichen Markt (wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen beschrieben) wirken sich auf den Wert der rohstoffabhängigen Wertpapiere aus. Die Höhe der Kapitalrückzahlung, die von der Emittentin zu zahlen ist, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen mit der Folge, dass der Wertpapierinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert (Totalverlust).

4.3 Zahlungen auf Wertpapiere, bei denen die Verzinsung und/oder die Rückzahlung an den Wert von Aktien (oder Aktienkörben) gebunden ist, sind abhängig von der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe)

Ein Investment in Wertpapiere mit aktienabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung kann ähnliche Risiken aufweisen, wie jene, die mit einer direkten Anlage in den (die) dem Wertpapier unterliegenden Basiswert(e) verbunden sind und Investoren sollten, insbesondere im Hinblick auf die Volatilität an den internationalen Aktienmärkten, dementsprechende Beratung einholen.

Aktienabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen die Verzinsung und/oder der Rückzahlungsbetrag nicht im Vorhinein feststehen und die von der Wertentwicklung eines Aktienwertes oder eines Aktienkorbes an den maßgeblichen Märkten abhängt. Der Rückzahlungsbetrag hängt vom Marktwert der Basiswerte ab,

der unter Umständen erheblich geringer sein kann als der Emissionspreis oder der vom Wertpapierinhaber bezahlte Kaufpreis und sogar null betragen kann, in welchem Fall die Wertpapierinhaber ihr gesamtes Investment verlieren können (Totalverlust).

Aktienabhängige Wertpapiere werden von den Emittenten der Basiswerte in keiner Art und Weise gefördert, unterstützt oder verkauft. Die Emittenten der maßgeblichen Basiswerte geben keine ausdrückliche oder konkludente Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Basiswerte. Die Emittenten der Basiswerte sind nicht verpflichtet, die Interessen der Emittentin oder diejenigen der Wertpapierinhaber in irgendeiner Form zu berücksichtigen. Die Emittenten der Basiswerte sind nicht an dem aus den Wertpapieren resultierenden Erlösen beteiligt. Sie sind auch nicht für die Ermittlung des Preises, die Wahl des Zeitpunktes und den Umfang einer Emission von Wertpapieren verantwortlich und haben daran auch nicht mitgewirkt. Der Erwerb der Wertpapiere berechtigt weder zum Erhalt von Informationen von Emittenten der Basiswerte, die Ausübung von Stimmrechten oder den Erhalt von Dividenden aus Aktien.

4.4 Inhaber von Wertpapieren, die von Währungen abhängig sind, sind dem Risiko der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Währungen ausgesetzt

Wertpapiere, deren Verzinsung und/oder Rückzahlung von der Entwicklung einer Währung oder eines Währungskorbes abhängt, können dieselben komplexen Risiken aufweisen, wie ein direktes Investment in die maßgeblichen Basiswerte, und jeder Anleger sollte sich dementsprechend beraten lassen. Weiters sollten Anleger beachten, dass ein Investment in solche Wertpapiere nicht identisch mit einem direkten Investment in die maßgeblichen Basiswerte oder ein Instrument, welches direkt an die maßgeblichen Basiswerte gebunden ist, ist. Preisbewegungen der maßgeblichen Basiswerte beeinflussen den Wert der maßgeblichen Basiswerte. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der maßgeblichen Basiswerte gibt es keine Sicherheit. Der Tilgungsbetrag, den die Emittentin am Ende der Laufzeit an den Investor zu zahlen hat, kann den Emissionspreis substantiell unterschreiten oder sogar Null betragen, in welchem Fall der Investor sein gesamtes Investment verliert (Totalverlust).

4.6 Inhaber von Wertpapieren, die von hybriden Basiswertkörben abhängig sind, können einem wesentlich höheren Risiko als Inhaber von Wertpapieren, die nur von einem Basiswert (oder einer Art von Basiswerten) abhängig sind, ausgesetzt sein

Wertpapiere, deren Verzinsung und/oder Rückzahlung von der Entwicklung eines Basiswertkorbes, der sich aus Basiswerten unterschiedlicher Art (zB ein Index und zwei Aktienwerte) zusammensetzt ("**hybride Basiswertkörbe**") abhängt, weisen komplexe Risiken auf, die die Risiken eines direkten Investments in die Bestandteile des hybriden Basiswertkorbes oder eines Investments in mehrere Wertpapieren, deren Rückzahlung von der Entwicklung von Bestandteilen dieses hybriden Basiswertkorbes abhängen deutlich übersteigen kann und jeder Anleger sollte sich dementsprechend beraten lassen. Die Höhe der Kapitalrückzahlung, die, wenn überhaupt, von der Emittentin zu zahlen ist, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom

Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Wertpapierinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert (Totalverlust).

4.7 Interessenskonflikte können die den Wertpapieren zu Grunde liegenden Basiswerte negativ beeinflussen

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Emittentin und/oder ihre verbundenen Unternehmen möglicherweise mit Emittenten der Basiswerte, deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten der Basiswerte oder deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen Bankgeschäfte jeder Art und Investmentbankgeschäfte ein oder stehen anderweitig in Geschäftskontakt, so als ob die Wertpapiere nicht existent wären, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte, deren verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Emittentin kann von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit den Basiswerten beteiligt sein, die den Marktwert, die Liquidität oder den Wert der Wertpapiere beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Wertpapierinhaber auswirken können.

Interessenskonflikte können sich auch zwischen der Berechnungsstelle und den Wertpapierinhabern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter im Ermessen der Berechnungsstelle liegender Bestimmungen und Entscheidungen, die diese nach Maßgabe der Emissionsbedingungen zu treffen hat und die den Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere beeinflussen können.

5. Zusätzliche Risiken derivativer Wertpapiere

Bei den Wertpapieren handelt es sich teilweise um derivative Wertpapiere. Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist für Anleger mit nicht ausreichenden Kenntnissen im Finanzbereich nicht geeignet. Anleger sollten daher abwägen, ob eine Anlage in derivative Wertpapiere vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Umstände für sie geeignet ist. Eine Investition in derivative Wertpapiere erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Wertpapiere. Anleger sollten Erfahrung mit der Anlage in die den derivativen Wertpapiere zu Grunde liegenden Basiswerte haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist mit erheblichen Risiken verbunden, die bei einer vergleichbaren Anlage in konventionelle fest- oder variabel verzinsten Wertpapieren nicht auftreten.

Die Risiken einer Anlage in derivative Wertpapiere umfassen sowohl Risiken der zu Grunde liegenden Basiswerte als auch Risiken, die nur für die Wertpapiere selbst gelten. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen die verschiedenen Risiken in Bezug auf derivative Wertpapiere abzusichern.

Darüber hinaus ist der Wert der derivativen Wertpapiere am Sekundärmarkt einem höheren Risikoniveau ausgesetzt als der Wert nicht derivativer Wertpapiere. Eine Reihe von Faktoren wirken sich unabhängig von der Bonität der Emittentin auf einen etwaigen Sekundärmarkt für die derivativen Wertpapiere aus, das sind beispielsweise die Wertentwicklung der jeweils zu Grunde liegenden Basiswerte, die von einer Reihe zusammenhängender Faktoren abhängt, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Emittentin keine Kontrolle hat, die historische und erwartete Schwankungsbreite der Kurse des jeweiligen zu Grunde liegenden Basiswerts ("**Volatilität**"), die Restlaufzeit der Wertpapiere, der ausstehende Betrag der Schuldverschreibungen und das Marktzinsniveau.

6. Produktspezifische Risiken

6.1 Allgemeine Risiken von Zertifikaten

Zertifikate verbriefen typischerweise weder einen Anspruch auf periodische Zinszahlungen noch auf sonstige Ausschüttungen (zB Dividenden) und werfen daher typischerweise keinen laufenden Ertrag ab. Mögliche Wertverluste der Zertifikate können somit nicht durch andere Erträge aus den Zertifikaten kompensiert werden. Vielmehr besteht die einzige Ertragschance in einer für den Anleger positiven Entwicklung des Basiswerts und somit des Kurswertes der Zertifikate. Wenn sich dies nicht realisiert und das entsprechende Zertifikat über keinen Kapitalschutz verfügt, kann die Höhe der Kapitalrückzahlung, die, wenn überhaupt, von der Emittentin zu zahlen ist, erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Schuldverschreibungsinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Schuldverschreibungsinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert (Totalverlust).

6.2 Spezielle Risiken von Partizipations-Zertifikaten

Partizipations-Zertifikate verfügen typischerweise über keinen Schutzmechanismus. Inhaber von Partizipations-Zertifikaten nehmen an einer negativen Wertentwicklung der Basiswerte daher zumindest wie bei einem direkten Investment in diese Basiswerte teil. Partizipations-Zertifikate unterliegen zur Gänze dem Marktrisiko. Weiters sind etwaige Anpassungen der Bezugsverhältnisse und eventuell eingebaute Währungssicherungen (Quanto) zu beachten. Anleger, die ein Investment in Partizipations-Zertifikate erwägen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass Sie beim Erwerb eines Partizipations-Zertifikats dasselbe Risiko wie bei einem direkten Investment in die maßgeblichen Basiswerte eingehen und sie bei einer negativen Entwicklung eines oder mehrerer der Basiswerte ihr gesamtes eingesetztes Kapital verlieren können.

6.3 Spezielle Risiken von Bonus-Zertifikaten

Bonus-Zertifikate sind sehr riskante Investments. Wenn sich der Wert des Basiswerts

oder des Basiswertkorbes nachteilig entwickelt, kann dies den Verlust des ganzen oder eines substantiellen Teiles des investierten Kapitals bedeuten. Die Bonus-Zahlung ist ungewiss, weil sie von der Entwicklung des(der) Basiswerts(e) und der festgelegten Höhe der Barriere(n) abhängig ist. Wenn die Barriere während der Laufzeit auch nur ein Mal (von einem Basiswert) berührt oder unterschritten wird, erfolgt keine Bonus-Zahlung, der Schuldverschreibungsinhaber kommt auch bei einer nachträglichen Erholung des Kurses nicht mehr in den Genuss der Bonuszahlung. Ein Bonus-Zertifikat birgt im Vergleich zu einer Direktinvestition in den(die) Basiswert(e) ein größeres Verlustrisiko. Eine Kursänderung oder das Ausbleiben einer vom Anleger erwarteten Kursänderung des(der) zugrunde liegenden Basiswerts(e) kann den Wert des Bonus-Zertifikats überproportional mindern ("**Hebeleffekt**"), im Extremfall bis hin zur Wertlosigkeit (Totalverlust). Beim Kauf von Bonus-Zertifikaten ist deshalb zu berücksichtigen, dass mit der Größe des Hebeleffekts des Bonus-Zertifikats auch das mit ihm verbundene Verlustrisiko wächst.

6.4 Spezielle Risiken von Express-Zertifikaten

Anleger, die ein Investment in Express-Zertifikate erwägen, sollten beachten, dass die Laufzeit von Express-Zertifikaten im Vorhinein ungewiss ist. Wenn der Basiswert(-korb) an einem der Beobachtungstage mindestens auf Höhe des vorab definierten Auszahlungs- bzw. Tilgungslevels schließt, erfolgt automatisch eine vorzeitige Rückzahlung der Express-Zertifikate und Schuldverschreibungsinhaber haben keinen Anspruch auf ein Investment der durch die Rückzahlung erhaltenen Mittel zu denselben oder besseren Konditionen. Nur die maximale Laufzeit der Express-Zertifikate ist mit ihrer Gesamtlaufzeit beschränkt. Wird das Tilgungslevel des Basiswerts(-korbes) an den definierten Bewertungstagen während der gesamten Laufzeit nicht erreicht, erfolgt die Rückzahlung zum finalen Bewertungstag zu 100% des Nominales vorausgesetzt, dass der(die) Basiswert(e) am finalen Bewertungstag über einer bestimmten Barriere notiert. Erreicht der Kurs dieses Niveau nicht, so erfolgt die Rückzahlung 1:1 entsprechend der Basiswertentwicklung. In diesem Fall können Schuldverschreibungsinhaber erhebliche Verluste erleiden.

7. Risiken in Zusammenhang mit besonderen Ausstattungsmerkmalen

7.1 Digitale Optionen

Die Höhe des Zinssatzes für eine Zinsperiode hängt bei Wertpapieren, die mit digitalen Optionen ("**Digitale Optionen-Produkte**") ausgestaltet sind, davon ab, ob der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag auf oder über einem bestimmten, von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten Kursniveau ("**Barriere**") liegt. Liegt der Schlusskurs des Basiswerts auf oder über der im Vorhinein fixierten Barriere, so erhält der Investor für die maßgebliche Zinsperiode einen vorher festgelegten Kupon. Liegt der Kurs des Basiswerts unter der Barriere, wird für die maßgebliche Zinsperiode kein Kupon ausbezahlt.

Investoren, die ein Investment in Wertpapiere – ausgestattet mit einer digitalen Option

– erwägen, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie für Zinsperioden, bei denen der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag unter der maßgeblichen Barriere liegt, keine Verzinsung erhalten.

7.2 Range Accrual

Wertpapiere, die als Range Accrual Wertpapiere ausgestaltet sind ("**Range Accrual-Wertpapiere**"), sind sehr riskante Investments. Bei Range Accrual- Wertpapieren fallen Zinsen nur für Zeiträume an, in denen der maßgebliche Zinssatz in einer von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten und in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Bandbreite liegt. Potentielle Anleger sollten die Emissionsbedingungen der Range Accrual-Wertpapiere genau studieren und sich über die Funktionsweise des Range Accrual Mechanismus informieren; besonderen Wert sollten Anleger dabei auf die für die Beobachtung des Zinssatzes maßgeblichen Zeitpunkte/-spannen und die Auswirkungen einer Änderung des Zinssatzes über die Bandbreite hinaus legen. Inhaber von Range Accrual-Wertpapieren haben für jede Zinsberechnungsperiode das Risiko zu tragen, dass der Zinssatz in dieser Periode einmal, am Beobachtungstag, oder wie sonst in den Endgültigen Bedingungen angegeben, außerhalb der von der Emittentin angegebenen Bandbreite liegt und sie daher für diese Zinsberechnungsperiode keine Verzinsung erhalten.

7.3 Wertpapiere mit Kapitalgarantie

Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass auch bei Wertpapieren, die mit einer Kapitalgarantie in Höhe des Nennbetrages oder in geringerer Höhe ("**Teilschutzprodukte**") ausgestattet sind, das Risiko eines Verlusts nicht ausgeschlossen ist, da (i) die Kapitalgarantie nur bei Tilgung zum Laufzeitende zur Anwendung gelangt (nicht aber bei Kündigung, denn in diesem Fall gelangt ein Kündigungsbetrag zur Auszahlung, der von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der Wertpapiere bestimmt wird) und (ii) die Anleger in jedem Fall das Insolvenzrisiko der Emittentin, dh dass die Emittentin aufgrund von Zahlungsunfähigkeit keine Zahlungen auf die Wertpapiere leisten kann, zu tragen haben.

ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Die folgende Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wörter und Ausdrücke, die in den Emissionsbedingungen und/oder Endgültigen Bedingungen definiert sind, haben in diesem Abschnitt dieselbe Bedeutung, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt.

Emittentin	Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft
Beschreibung	Angebotsprogramm für Strukturierte Wertpapiere
Emissionsvolumen	Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter dem Programm ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.
Arten von Wertpapieren	Unter dem Programm kann die Emittentin nicht-nachrangige Wertpapiere jedweder Art emittieren, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, Stufenzins Schuldverschreibungen, basiswertabhängiger Verzinsung, Steepener-Schuldverschreibungen, Nullkupon-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe (die " Schuldverschreibungen ") sowie fix verzinste und variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie und Express-Zertifikate (die " Zertifikate " und zusammen mit den Schuldverschreibungen, die " Wertpapiere "). Die Basiswerte der Wertpapiere können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen oder Körbe der vorstehenden Basiswerte und daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Die Wertpapiere sehen ausnahmslos Erfüllung durch Zahlung eines Barbetrages vor und können als Produkte mit einem Garantie-Tilgungsbetrag in Höhe des Nenn- oder eines anderen Betrages ausgestaltet sein.

Emissionspreis

Wertpapiere können zum Nennbetrag oder zuzüglich eines Agios begeben werden. Im Falle von Daueremissionen wird der Emissionspreis angegeben und, allenfalls in Übereinstimmung mit den in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Regeln laufend von der Emittentin angepasst.

Ein allfälliger Ausgabeaufschlag ist in den Endgültigen Bedingungen (EB Punkt 6) angegeben.

Form der Wertpapiere

Jedes Wertpapier lautet auf den Inhaber und jede Serie von Wertpapieren ist durch eine oder mehrere auf den Inhaber lautende Sammelurkunde(n) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Emittentin tragen. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Wertpapiere oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

Hinterlegung der Wertpapiere

Am oder vor dem (Erst-)Begebungstag jeder Tranche wird die die Inhaberwertpapiere verbrieftende Sammelurkunde nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen bei der Verwahrstelle für das Clearing-System hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind.

Jede Sammelurkunde wird so lange von der Verwahrungsstelle verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind. Den Gläubigern stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Sammelurkunde zu, die gemäß den Regelungen und Bestimmungen der Verwahrungsstelle und anwendbarem Recht übertragen werden können.

Währungen

Die Wertpapiere lauten auf Euro oder eine andere Währung, wie in den Endgültigen Bedingungen bezeichnet.

Laufzeiten

Die Laufzeit der Wertpapiere ist in den Endgültigen Bedingungen bezeichnet.

Stückelung

Die Wertpapiere werden in Stückelungen, wie in den Endgültigen Bedingungen beschrieben, begeben.

Verzinsung

Die Verzinsung der Wertpapiere erfolgt, wenn es eine solche gibt, in Übereinstimmung mit den Emissionsbedingungen.

Vorzeitige Rückzahlung

Eine vorzeitige Rückzahlung durch die Emittentin ist bei Vorliegen einer Rechtsänderung sowie dann möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich angeführt ist. Eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Gläubiger ist möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich vorgesehen ist.

Anleger sollten beachten, dass Inhaber von Wertpapieren dort, wo die Emissionsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Wertpapiere erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Wertpapiere vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Inhaber von Wertpapieren, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Wertpapieren entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Wertpapiere durch die Inhaber nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Wertpapiere zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleger auf diese Wertpapiere erhalten, sinken würde. In den Endgültigen Bedingungen von Wertpapieren, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Anleger begeben werden, wird die Emittentin (so ihr dies möglich ist) die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben ("Zinsaufschlag für den

Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht"). Dies soll es potentiellen Anlegern erleichtern, das jeweilige Wertpapier mit anderen Wertpapieren oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Vergütung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitigen Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Vergütung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Wertpapiere investieren.

Anleger, die ein Investment in variabel verzinsliche Wertpapiere, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger ausgeschlossen ist, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Wertpapiere durch die Emittentin im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Inhabern solcher Wertpapiere nicht zu.

Rang von nicht nachrangigen Wertpapieren

Die Verpflichtungen der Emittentin aus den Wertpapieren begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

Rang von Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen

Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe begründen direkte, unbedingte, nicht-nachrangige Verpflichtungen der Emittentin, die den gleichen Rang untereinander haben und jeweils durch einen gesonderten Deckungsstock gemäß dem österreichischen Pfandbriefgesetz gesichert sind.

Anwendbares Recht	Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht.
Gerichtsstand	Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Wertpapieren entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren ist das für Handelssachen in Feldkirch zuständige Gericht. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
Börsennotiz und Zulassung zum Handel	Die Zulassung des Programms zum Geregelter Freiverkehr der Wiener Börse wird beantragt. Unter dem Programm können Wertpapiere ferner an einer oder mehrerer weiterer oder anderer Börsen eingeführt oder zum Handel zugelassen werden. In den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob eine Börseneinführung und/oder Einbeziehung in den Handel der Wertpapiere an der Wiener Börse und/oder an einer oder mehreren anderen Börse(n) und/oder Multilateralen Handelssystemen (Multilateral Trading Facility, "MTF") erfolgen soll. Die Emittentin kann ferner Wertpapiere ausgeben, für die keine Börseneinführung und/oder Einbeziehung in ein MTF vorgesehen ist.
Verwendung des Emissionserlöses	Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Wertpapiere werden, sofern in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes angegeben ist, von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.
Koordinatoren / Platzeure	Derzeit sind keine Koordinatoren und/oder Platzeure für die Emittentin bei der Emission der Wertpapiere tätig. Allenfalls künftig bestellte Koordinatoren und/oder Platzeure werden in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.
Verkaufsbeschränkungen	Die Wertpapiere wurden und werden weder gemäß dem U.S. Securities Act of 1933 registriert und noch von irgendeiner Behörde eines U.S. Bundesstaates oder gemäß den

anwendbaren wertpapierrechtlichen Bestimmungen von Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich registriert und dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch für oder auf Rechnung von U.S. Personen oder andere Personen, die in Australien, Kanada, Japan oder den Vereinigten Staaten ansässig sind angeboten oder verkauft werden.

ANGABEN ZUR EMITTENTIN

1. Verantwortliche Personen

1.1 Für die im Basisprospekt gemachten Angaben verantwortliche Personen

Für die inhaltliche Richtigkeit der Angaben zur Emittentin ist die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, 6900 Bregenz, eingetragen im Firmenbuch zu FN 145586y (die "**Emittentin**") verantwortlich.

1.2 Erklärung der für den Basisprospekt verantwortlichen Personen

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. Abschlussprüfer

2.1 Name und Anschrift der Abschlussprüfer

Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H, Wagramer Straße 19, IZD Tower, 1220 Wien, hat durch Mag. Ernst Schönhuber, Dr. Elisabeth Glaser und Mag. Wolfgang Tobisch als Wirtschaftsprüfer in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den nach § 59a Bankwesengesetz ("**BWG**") anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften die konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2012 und zum 31.12.2011 geprüft und uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt. Die für das Geschäftsjahr 2012 zum 31.12.2012 verantwortlichen Abschlussprüfer waren Mag. Ernst Schönhuber und Mag. Wolfgang Tobisch.

Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. ist Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und beim Institut der Wirtschaftsprüfer.

2.2 Wechsel Abschlussprüfer

Während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums gab es keinen Wechsel des Abschlussprüfers.

3. Risikofaktoren

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf den Seiten 37 ff dieses Prospekts.

4. Angaben über die Emittentin

4.1 Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Die Emittentin wurde 1897 vom Vorarlberger Landtag gegründet und nahm mit 1.1.1899 ihre Geschäftstätigkeit unter der Firma Hypothekenbank des Landes Vorarlberg auf. 1996 wurde die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Im Jahr 1998 wurde ein deutsches, international tätiges Bankenconsortium aus Baden-Württemberg Minderheitsaktionär und ist seitdem ein strategischer Partner der Emittentin: Aktuell hält die Austria Beteiligungsgesellschaft mbH (Landesbank Baden-Württemberg und Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank) 23,9692% der Anteile an der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft. Das Land Vorarlberg hält über die Vorarlberger Landesbank-Holding 76,0308% der Stimmrechte an der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft versteht sich als regionale Universalbank. Die Bilanzsumme per 31.12.2012 beläuft sich auf EUR 14.505.174.668,00, die Cost-Income-Ratio beträgt 47,10% per 31.12.2012 sowie 39,68% per 31.12.2011. Die Emittentin betreibt 21 Filialen in Vorarlberg sowie weitere Standorte in Wien, Graz, Wels, Bozen (Italien), Treviso (Italien), Como (Italien), und St. Gallen (Schweiz) und beschäftigte 2012 im Durchschnitt 728 Mitarbeiter.

4.2 Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin

Der juristische Name der Emittentin lautet "Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft". Die Emittentin verwendet die kommerziellen Namen "Hypo Vorarlberg" und "Hypo Landesbank Vorarlberg".

4.3 Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer

Die Emittentin ist beim Landesgericht Feldkirch als zuständiges Handelsgericht unter der FN 145586y im Firmenbuch eingetragen.

4.4 Datum der Gründung

Die Emittentin wurde am 24.8.1996 auf unbestimmte Zeit gegründet.

4.5 Sitz und Rechtsform der Emittentin

Die Emittentin wurde nach dem Recht der Republik Österreich in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft gegründet und hat ihren Sitz in Bregenz. Ihre Geschäftsanschrift lautet A-6900 Bregenz, Hypo-Passage 1. Die Telefonnummer der Emittentin lautet: +43 (0) 5 0414-1000. Die Emittentin ist in und entsprechend der Rechtsordnung der Republik Österreich tätig.

4.6 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin

Im Jahr 2012 erfolgte eine Kapitalerhöhung in der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft durch die Vorarlberger Landesbank-Holding, welche 12.605 Stück Aktien zeichnete und einen Betrag von EUR 27.748.142,80 in das Unternehmen eingezahlt hat. Davon wurde ein Betrag von EUR 6.453.129,75 dem Grundkapital und EUR 21.295.013,05 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen. Das gezeichnete Kapital besteht aus dem Grundkapital in der Höhe von EUR 156.453.129,75 (2011: EUR 150.000.000,00), welches zur Gänze einbezahlt wurde. Die entsprechende Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 9.1.2013.

5. Geschäftsüberblick

5.1 Haupttätigkeitsbereiche

5.1.1 Haupttätigkeit der Emittentin

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft ist eine regionale Universalbank und ist in Österreich sowie im angrenzenden Ausland als Finanzdienstleister tätig.

Als Universalbank stellt die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft ihren Kunden neben den klassischen Bankprodukten über Tochtergesellschaften banknahe Leistungen wie Leasing, Immobilienservice und Versicherungen, Beteiligungsfinanzierungen und Betreuung bezüglich Förderprogrammen zur Verfügung.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft ist gemäß ihrer Konzession zum Betrieb der folgenden Bankgeschäfte berechtigt:

§ 1 Abs. 1 Z 1 BWG: Die Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage (Einlagengeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 2 BWG: Die Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs in laufender Rechnung für andere (Girogeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 3 BWG: Der Abschluss von Geldkreditverträgen und die Gewährung von Gelddarlehen (Kreditgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 4 BWG: Der Kauf von Schecks und Wechseln, insbesondere die Diskontierung von Wechseln (Diskontgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 5 BWG: Die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren für andere (Depotgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 6 BWG: Die Ausgabe und Verwaltung von Zahlungsmitteln wie Kreditkarten und Reiseschecks

§ 1 Abs. 1 Z 7 BWG: Der Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit

- a) ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen- und Valutengeschäft);
- b) Geldmarktinstrumenten;
- c) Finanzterminkontrakten (Futures) einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung und Kauf- und Verkaufsoptionen auf die in lit. a und d bis f genannten Instrumente einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung (Termin - und Optionsgeschäft);
- d) Zinsterminkontrakten, Zinsausgleichsvereinbarungen (Forward Rate Agreements, FRA), Zins- und Devisenswaps sowie Swaps auf Substanzwerte oder auf Aktienindizes ("equity swaps");
- e) Wertpapieren (Effektengeschäft);
- f) von lit. b bis e abgeleiteten Instrumenten;

§ 1 Abs. 1 Z 7a BWG: Der Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit Finanzinstrumenten gemäß § 1 Abs. 1 Z 6 lit. e bis g und j WAG 2007, ausgenommen der Handel durch Personen gemäß § 2 Abs. 1 Z 11 und 13 WAG 2007

§ 1 Abs. 1 Z 8 BWG: Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen für andere, sofern die übernommene Verpflichtung auf Geldleistungen lautet (Garantiegeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 9 BWG: Die Ausgabe von Pfandbriefen, Kommunalpfandbriefen und fundierten Bankschuldverschreibungen und die Veranlagung des Erlöses nach den hierfür geltenden besonderen Rechtsvorschriften (Wertpapieremissionsgeschäft) - ausgenommen die Ausgabe von fundierten Bankschuldverschreibungen

§ 1 Abs. 1 Z 10 BWG: Die Ausgabe anderer festverzinslicher Wertpapiere zur Veranlagung des Erlöses in anderen Bankgeschäften (sonstiges Wertpapieremissionsgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 11 BWG: Die Teilnahme an der Emission Dritter eines oder mehrerer der in Z 7 lit. b bis f genannten Instrumente und die diesbezüglichen Dienstleistungen (Loroemissionsgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 15 BWG: Das Finanzierungsgeschäft durch Erwerb von Anteilsrechten und deren Weiterveräußerung (Kapitalfinanzierungsgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 16 BWG: Der Ankauf von Forderungen aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die Übernahme des Risikos der Einbringlichkeit solcher Forderungen - ausgenommen die Kreditversicherung - und im Zusammenhang damit der Einzug solcher Forderungen (Factoringgeschäft)

§ 1 Abs. 1 Z 17 BWG: Der Betrieb von Geldmaklergeschäften im Interbankenmarkt

§ 1 Abs. 1 Z 18 BWG: Die Vermittlung von Geschäften nach

- a) Z 1, ausgenommen durch Unternehmen der Vertragsversicherung;

- b) Z 3, ausgenommen die im Rahmen der Gewerbe der Immobilienmakler und der Vermittlung von Personalkrediten, Hypothekarkrediten und Vermögensberatung vorgenommene Vermittlung von Hypothekar- und Personalkrediten;
- c) Z 7 lit. a, soweit diese das Devisengeschäft betrifft;
- d) Z 8;

5.1.2 Wichtige neue Produkte und/oder Dienstleistungen

Im Frühjahr 2012 ist die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft mit einem neuen Online-Service unter der Bezeichnung hypodirekt.at gestartet. Über diesen Service können österreichische Kunden ihre Geldgeschäfte im Internet abwickeln. Derzeit wird über hypodirekt.at ein kostenloses, täglich fälliges Online-Sparkonto angeboten; weitere Produkte sind in Planung.

5.1.3 Wichtige Märkte

Die wichtigsten Märkte der Emittentin sind

- Kernmarkt Vorarlberg: In ihrem Kernmarkt – dem Bundesland Vorarlberg – verfügt die Emittentin mit 21 Standorten über ein gut ausgebautes Filialnetz.
- In Ostösterreich, in der Ostschweiz, Süddeutschland und Norditalien verfolgt die Emittentin eine Nischenpolitik.

Österreich. Mit Wien, Graz und Wels ist die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft in wesentlichen Wirtschaftszentren Österreichs vertreten.

Deutschland. Der deutsche Markt wird von Bregenz und Riezlern (Kleinwalsertal) aus betreut.

Schweiz. Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft ist mit einer Niederlassung in St. Gallen vertreten und umfasst das Gebiet der deutschsprachigen Schweiz, insbesondere der Ostschweiz.

CEE. In der Filiale Wien wurde ein CEE-Desk ("Central and Eastern Europe Desk") eingerichtet.

Italien. Die Tochtergesellschaft der Emittentin in Bozen mit Niederlassungen in Como und Treviso entwickelt Lösungen im Bereich Leasing.

Berichterstattung nach Regionen:

in Tsd EUR		Österreich	Drittland	Gesamt
Zinsüberschuss	2012	143.531	33.714	177.245
	2011	141.075	33.832	174.907
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2012	-30.958	-4.002	-34.960
	2011	-22.502	-3.072	-25.574
Provisionsüberschuss	2012	36.757	831	37.588
	2011	39.136	771	39.907
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	2012	-2.853	0	-2.853
	2011	-639	0	-639
Handelsergebnis	2012	63.732	592	64.324
	2011	-20.543	-381	-20.924
Ergebnis aus sonstigen Finanzinstrumenten	2012	2.120	0	2.120
	2011	-9.861	0	-9.861
Verwaltungsaufwand	2012	-80.961	-10.039	-91.000
	2011	-70.268	-9.402	-79.670
Sonstige Erträge	2012	6.444	5.155	11.599
	2011	4.724	8.581	13.305
Sonstige Aufwendungen	2012	-13.521	-8.236	-21.757
	2011	-9.277	-9.319	-18.596
Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung	2012	4.038	-1	4.037
	2011	8.765	0	8.765
Ergebnis vor Steuern	2012	128.329	18.014	146.343
	2011	60.610	21.010	81.620
Vermögenswerte	2012	12.947.960	1.557.215	14.505.175
	2011	12.694.172	1.519.192	14.213.364
Eigenkapital und Verbindlichkeiten	2012	14.396.125	109.050	14.505.175
	2011	13.989.554	223.810	14.213.364
Verbindlichkeiten (inkl. Eigene Emissionen)	2012	13.630.324	92.929	13.723.253
	2011	13.377.374	207.149	13.584.523

(Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2012 geendet hat)

Berichterstattung nach Geschäftsbereichen:

in Tsd EUR		Firmenkunden	Privatkunden	Financial Markets	Corporate Center	Gesamt
Zinsüberschuss	2012	73.505	32.052	34.729	36.959	177.245
	2011	71.714	33.554	38.110	31.529	174.907
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2012	-27.931	-837	-37	-6.155	-34.960
	2011	-19.693	-4.831	1.679	-2.729	-25.574
Provisionsüberschuss	2012	12.083	16.590	5.585	3.330	37.588
	2011	13.718	16.464	6.376	3.349	39.907
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	2012	0	0	-2.853	0	-2.853
	2011	0	0	-639	0	-639
Handelsergebnis	2012	-1.804	1.650	64.694	-216	64.324
	2011	3.055	1.624	-24.603	-1.000	-20.924
Ergebnis aus sonstigen Finanzinstrumenten	2012	-917	0	-952	3.989	2.120
	2011	0	0	-10.184	323	-9.861
Verwaltungsaufwand	2012	-29.018	-40.114	-11.398	-10.470	-91.000
	2011	-25.550	-35.662	-10.448	-8.010	-79.670
Sonstige Erträge	2012	736	367	21	10.475	11.599
	2011	231	354	42	12.678	13.305
Sonstige Aufwendungen	2012	-3.555	-1.164	-3.655	-13.383	-21.757
	2011	-2.096	-872	-3.303	-12.325	-18.596
Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung	2012	0	0	0	4.037	4.037
	2011	0	0	0	8.765	8.765
Ergebnis vor Steuern	2012	23.099	8.544	86.134	28.566	146.343
	2011	41.379	10.631	-2.970	32.580	81.620
Vermögenswerte	2012	5.573.554	1.732.531	5.499.211	1.699.879	14.505.175
	2011	5.407.927	1.720.962	5.626.347	1.458.128	14.213.364
Eigenkapital und Verbindlichkeiten	2012	2.562.362	2.802.493	8.855.374	284.946	14.505.175
	2011	1.872.865	2.655.042	9.352.885	332.572	14.213.364
Verbindlichkeiten (inkl. Eigene Emissionen)	2012	2.078.645	2.692.290	8.722.036	230.282	13.723.253
	2011	1.584.074	2.496.517	9.211.359	292.573	13.584.523

(Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2012 geendet hat)

5.1.4 Grundlage für Angaben zur Wettbewerbsposition

Trifft nicht zu.

6. Organisationsstruktur

6.1. Gruppe, Stellung der Emittentin innerhalb dieser Gruppe

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft ist eine Aktiengesellschaft und mehrheitlich im Besitz der Vorarlberger Landesbank-Holding.

Eigentümer / Aktionäre	Anteile gesamt	Stimmrecht
Vorarlberger Landesbank-Holding	76,0308%	76,0308%
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH	23,9692%	23,9692%
- Landesbank Baden-Württemberg	15,9795%	
- Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank	7,9897%	
Grundkapital	100,0000%	100,0000%

(Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2012 geendet hat)

Die Hypo Landesbank Vorarlberg-Gruppe (die "**Hypo Vorarlberg-Gruppe** ") besteht aus der Emittentin und ihren wesentlichen Beteiligungen (siehe nachfolgende Aufstellung), welche entweder voll konsolidiert oder mittels "at equity"-Bewertung in den Konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin einbezogen werden. Die Emittentin ist die Konzernmutter.

Voll konsolidierte Unternehmen, Stand 31.12.2012:

Gesellschaftsname, Ort	Anteil am Kapital in %
"Hypo-Rent" Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Bregenz	100,00%
LD-Leasing GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Vorarlberg Leasing AG, IT-Bozen	100,00%
Hypo Vorarlberg Holding (Italien) - GmbH, IT-Bozen	100,00%
Hypo Vorarlberg Immo Italia srl, IT-Bozen (zuvor Hypo-Vorarlberg GmbH, IT-Bozen)	100,00%
IMMOLEAS Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilien Besitz GmbH, Dornbirn	100,00%
"ImmoLeas IV" Leasinggesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilienleasing Gesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
"HERA" Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
Hypo Informatikgesellschaft m.b.H., Bregenz	100,00%
Hypo Immobilien Bankgebäudemanagement GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Versicherungsmakler GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilien Investment GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilien & Leasing GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Mobilienleasing GmbH & Co KG, Dornbirn (zuvor HIL Mobilien GmbH)	100,00%
HIL Beteiligungs GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Immobilien GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL ALPHA Mobilienverwaltung GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL BETA Mobilienverwaltung GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL EPSILON Mobilienleasing GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Car Fleet GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Real Estate alpha GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Real Estate Austria Holding, Dornbirn	100,00%
HIL Real Estate International Holding GmbH, Dornbirn	100,00%
"Mongala" Beteiligungsverwaltung GmbH, Dornbirn	100,00%
Inprox Praha Michle - Hypo SüdLeasing s.r.o., CZ-Prag	100,00%
Inprox Praha Letnany - Hypo SüdLeasing s.r.o., CZ-Prag	100,00%
Inprox GY - Hypo SüdLeasing Kft., HU-Budapest	100,00%
Inprox BP XX - Hypo SüdLeasing Kft. HU-Budapest	100,00%
HSL Logisztika Hungary Kft, HU-Budapest	100,00%
"HO-IMMOTREU" Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
"POSEIDON" Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H.	100,00%
Hypo Immobilien Cinemabetriebs GmbH	100,00%
Edeltraut Lampe GmbH & Co KG	100,00%
D. TSCHERNE Gesellschaft m.b.H.	100,00%
HSL-Lindner Traktorenleasing GmbH, Dornbirn	76,00%

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

Unternehmen, die nach der EQUITY-METHODE im Konzernjahresabschluss konsolidiert

werden, Stand: 31.12.2012:

Gesellschaftsname, Ort	Anteil am Kapital in %
HTV KAPPA Immobilienleasing GmbH, Dornbirn	50,00%
Silvretta-Center Leasing GmbH, Bregenz	50,00%
HYPOTHEKÄRENTEN-UNTERNEHMENS BETEILIGUNGEN AG, Bregenz	43,29%
MASTERINVEST Kapitalanlage GmbH, Wien	37,50%
Vorarlberger Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
VKL II Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
VKL III Gebäudeleasing-Gesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
VKL IV Leasinggesellschaft mbH, Dornbirn	33,33%
VKL V Immobilien Leasinggesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
'Seestadt Bregenz' Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Bregenz	20,00%

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

6.2 Abhängigkeit innerhalb dieser Gruppe

Die Emittentin ist von anderen Einheiten innerhalb der Hypo Vorarlberg-Gruppe nicht abhängig.

7. Trend Informationen

7.1 Erklärung betreffend negative Veränderungen seit dem letzten Jahresabschluss

Seit dem 31.12.2012 gab es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin.

7.2 Informationen über die Beeinflussung der Aussichten der Emittentin im laufenden Geschäftsjahr

Seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres sind der Emittentin keine Trends, Unsicherheiten, Nachfrage, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

8. Gewinnprognosen oder -schätzungen

Die Emittentin stellt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen zur Verfügung.

9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

9.1 Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Die nachfolgenden Tabellen enthalten auch die Angaben zu allen Unternehmen und

Gesellschaften, bei denen Mitglieder des Aufsichtsrates oder des Vorstandes während der letzten fünf Jahre Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane oder Partner waren.

Alle derzeit im Amt befindlichen Organmitglieder sind unter der Adresse der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, A-6900 Bregenz, Hypo-Passage 1, erreichbar.

Es bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den in den nachfolgenden Tabellen angeführten Personen. Kein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats der Emittentin

- ist oder war während der letzten 5 Jahre neben den unten offen gelegten Tätigkeiten Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Partner einer Gesellschaft oder eines Unternehmens außerhalb der Tochtergesellschaften der Emittentin;
- wurde während der letzten 5 Jahre in Bezug auf betrügerische Straftaten schuldig gesprochen;
- war während der letzten 5 Jahre als Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder als Mitglied des oberen Managements einer Gesellschaft in die Insolvenz, oder die Insolvenzverwaltung oder Liquidation einer solchen Gesellschaft involviert, mit Ausnahme von Herrn Dr. Kurt Adolf Rupp, der Vorstand folgender Privatstiftungen in Liquidation ist: Arnold Schneider Privatstiftung in Liquidation, Christine Moosbrugger Privatstiftung in Liquidation, Dipl. Ing. Michael Manhart Privatstiftung in Liquidation, Dr. Sepp Manhart Privatstiftung in Liquidation sowie der Paul Pfefferkorn Privatstiftung in Liquidation;
- war von öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände) betroffen; ausgenommen davon sind Mag. Dr. Michael Grahammer und Mag. Dr. Johannes Hefel, über die Verwaltungsstrafen verhängt wurden – 2010 wegen Verletzung des § 95 Abs. 2 Z 1 iVm § 41 Abs. 1 und 2 WAG sowie der §§ 48 Abs. 1 Z 7, 18 Z 1 BörseG unter Heranziehung von § 9 Abs. 1 VStG und im Jahr 2008 wegen Verletzung der §§ 98 Abs. 2 Z 4a iVm 28a Abs. 4 BWG unter Heranziehung von § 9 Abs. 1 VStG. Weiters wurde 2010 über den Verwaltungsrat der Hypo Vorarlberg Leasing AG (Bozen), deren Präsident Mag. Dr. Michael Grahammer zum damaligen Zeitpunkt war, von der Banca d'Italia eine Verwaltungsstrafe gemäß Legislativdekret 385/93, Art. 107 verhängt;
- wurde jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan eines Emittenten als untauglich angesehen; sowie
- wurde während der letzten 5 Jahre von einem Gericht für die Tätigkeit im Management oder für die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen.

Sämtliche Vorstände haben einschlägige Erfahrung im Banken- und Finanzierungsbereich.

9.1.1. Vorstand

Name und Funktion innerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	Wesentliche Funktionen außerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	Position aufrecht
Mag. Dr. Michael Grahammer, geboren 1964, Vorstandsvorsitzender	Vorstandsvorsitzender der Vorarlberger Landesbank-Holding	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der "Wirtschafts-Standort Vorarlberg" Betriebsansiedlungs GmbH	Nein
	Aufsichtsratsvorsitzender der HYPO EQUITY Beteiligungs AG	Ja
	Aufsichtsratsvorsitzender der HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungen AG	Ja
	Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Hypo Immobilien & Leasing GmbH	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Hypo-Bildung GmbH	Nein
	Geschäftsführer der "Hypo-Rent" Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft	Ja
	Mitglied im Verwaltungsrat der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	Ja
	Vorstandsmitglied der Bregenzer Festspiele Privatstiftung	Ja
	Ausländische Mandate: Verwaltungsratspräsident der Hypo-Vorarlberg GmbH, Bozen	Nein
	Verwaltungsratspräsident der Hypo Vorarlberg Holding (Italien) GmbH, Bozen	Nein
Verwaltungsratspräsident der Hypo-Vorarlberg Leasing A.G., Bozen	Nein	
Mag. Dr. Johannes Hefel, geboren 1957, Mitglied des Vorstandes	Vorstandsmitglied der Vorarlberger Landesbank-Holding	Ja
	Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der "Wirtschafts-Standort Vorarlberg" Betriebsansiedlungs GmbH	Ja

Name und Funktion innerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	Wesentliche Funktionen außerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	Position aufrecht
	<p>Aufsichtsratsmitglied der Hefel Realvermögen AG</p> <p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Alpine Equity Management AG</p> <p>Aufsichtsratsmitglied des Rechenzentrum West Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Gesellschafter der Skilifte Warth GmbH</p> <p>Gesellschafter der Tourismusbetriebe Warth Holding GmbH</p> <p>Gesellschafter der Hefel Textil GmbH</p> <p>Geschäftsführer der "Hypo-Rent" Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH</p> <p>Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der Tourismusbetriebe Warth Holding GmbH</p> <p>Mitglied der Geschäftsführung der Hypo Informatikgesellschaft m.b.H.</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungs AG</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der HYPO EQUITY Beteiligungs AG</p>	<p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Nein</p> <p>Nein</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p>
<p>Mag. Michel Haller geboren 1971, Mitglied des Vorstandes</p>	<p>Vorstandsmitglied der Vorarlberger Landesbank-Holding</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der „Wirtschafts-Standort Vorarlberg“ Betriebsansiedlungs GMBH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Hypo Immobilien & Leasing GmbH</p> <p>Geschäftsführer der „Hypo-Rent“ Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH</p> <p>Ausländische Mandate: Verwaltungsratspräsident der Hypo-Vorarlberg GmbH, Bozen</p> <p>Verwaltungsratspräsident der Hypo Vorarlberg Holding (Italien) GmbH, Bozen</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p>

Name und Funktion innerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft	Wesentliche Funktionen außerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft	Position aufrecht
	Verwaltungsratspräsident der Hypo-Vorarlberg Leasing A.G., Bozen	Ja

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin basierend auf aktuellen Firmenbuchdaten und eigenen Erhebungen der Emittentin unter den Vorstandsmitgliedern)

Gemäß § 16 der Satzung der Emittentin besteht der Vorstand aus zwei bis drei Mitgliedern. Die Emittentin wird gemäß § 25 ihrer Satzung durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder durch eines von ihnen gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten.

9.1.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Emittentin besteht aus folgenden 15 Mitgliedern. Die wesentlichen Funktionen der Mitglieder des Aufsichtsrates außerhalb der Emittentin sind:

Name und Funktion innerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft	Wesentliche Funktionen außerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft	Position aufrecht
MMag. Dr. Alfred Geismayr, geboren 15.07.1965, Vorsitzender des Aufsichtsrats	Vorstandsmitglied der Achim Doppelmayr Privatstiftung	Ja
	Geschäftsführer und Gesellschafter der „plastoform“ Spritzguss GmbH	Ja
	Geschäftsführer der PricewaterhouseCoopers Vorarlberg Wirtschaftsprüfungs GmbH	Ja
	Geschäftsführer und Gesellschafter der RTG Dr. Rümmele Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft	Ja
	Geschäftsführer der RTG Riezler Steuerberatung GmbH	Ja
	Geschäftsführer und Gesellschafter der RÄTIA-Treuhand Gesellschaft mbH	Ja
	Unbeschränkt haftender Gesellschafter der Kögl & Co OEG	Ja
	Geschäftsführer der MKM baits GmbH	Nein
Dr. Jodok Simma, geboren 25.08.1946, Stellvertretender	Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Fohrenburg Beteiligungs-Aktiengesellschaft	Ja

Vorsitzender des Aufsichtsrats	Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo Immobilien & Leasing GmbH	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Management Trust Holding Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger Kraftwerke Aktiengesellschaft	Ja
	Vorstandsmitglied der Dr. Rudolf Mandl Privatstiftung	Nein
	Vorstandsvorsitzender der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	Nein
	Vorstandsvorsitzender der Vorarlberger Landesbank-Holding	Nein
	Geschäftsführer der „Hypo-Rent“ Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Nein
	Geschäftsführer der Hypo Immobilien Besitz GmbH	Nein
	Aufsichtsratsvorsitzender der ASTRA-Beteiligungs AG	Nein
	Aufsichtsratsvorsitzender der Alpine Equity Management AG	Nein
	Aufsichtsratsvorsitzender der HIL Mobilien GmbH	Nein
	Aufsichtsratsvorsitzender der HYPO EQUITY Beteiligungs AG	Nein
	Aufsichtsratsvorsitzender der HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungen AG	Nein
Aufsichtsratsmitglied der MASTERINVEST Kapitalanlage GmbH	Nein	
Aufsichtsratsmitglied der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft	Nein	
Mag. Karlheinz Rüdissler, geboren 25.02.1955, Aufsichtsratsmitglied	Aufsichtsratsvorsitzender der „Wirtschafts-Standort Vorarlberg“ Betriebsansiedlung GmbH	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Dornbirner Messe Gesellschaft mbH	Ja
	Aufsichtsratsmitglied des Europäischen Olympisches Jugendfestival Vorarlberg-	Ja

	<p>Liechtenstein 2015 GmbH</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender des Verkehrsverbundes Vorarlberg Gesellschaft mbH</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender der Vorarlberg Tourismus GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger Energienetze GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied des Medizinisches Zentrallaboratorium Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Vorarlberger Informatik- und Telekommunikationsdienstleistungsgesellschaft mbH</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Nein</p>
<p>Christian Brand, geboren 1949, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Präsident des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands</p> <p>Vorstandsvorsitzender der L-Bank, Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank</p> <p>Verwaltungsratsmitglied der Sächsische Aufbaubank-Förderbank</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Wüstenrot & Württembergische AG</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Wüstenrot Holding AG, Ludwigsburg</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der BioPro Baden-Württemberg GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der BWK GmbH, Stuttgart</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Schwäbische Hüttenwerke Automotive GmbH</p> <p>Verwaltungsratsmitglied der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Baden in Karlsruhe e.V.</p> <p>Verwaltungsratsmitglied der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht</p> <p>Verwaltungsratsmitglied der KfW Bankengruppe</p> <p>Mitglied des Kuratoriums und Präsidialausschussmitglied der Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Ja</p>

	Aufsichtsratsmitglied der SHW AG, Aalen	Ja
Michael Horn, geboren 1955, Aufsichtsratsmitglied	Verwaltungsratsmitglied der LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A. Luxemburg	Nein
	Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Nein
	Stellvertreter des Beiratsvorsitzenden der MMV Leasing GmbH, Koblenz	Nein
	Aufsichtsratsmitglied der SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart	Nein
	Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	
	Verwaltungsratsvorsitzender des Bankhaus Ellwanger & Geiger KG, Stuttgart	Nein
	Verwaltungsratsmitglied der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart/Karlsruhe	Nein
	Aufsichtsratsmitglied der Grieshaber Logistik AG, Weingarten	
	Mitglied des Beirats der Burk GmbH & Co. KG	Nein
	Mitglied des Beirats der Elektro Stotz GmbH & Co. KG	Ja
	Aufsichtsratsvorsitzender der LBBW Bank CZ a.s., Prag	Nein
	Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der LBBW Luxemburg S.A.	Nein
	Verwaltungsratsmitglied der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt	Nein
	Aufsichtsratsmitglied der Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Nein
Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der B+S Card Service GmbH, Frankfurt	Nein	

		Nein
		Ja
Dr. Christian Konzett, geboren 1950, Aufsichtsratsmitglied	Gesellschafter und Geschäftsführer der Dr. Christian Konzett Rechtsanwalt GmbH	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der ASFINAG Alpenstraßen GmbH	Ja
	Aufsichtsratsvorsitzender der Fohrenburg Beteiligungs-Aktiengesellschaft	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Gebrüder Weiss Gesellschaft m.b.H.	Ja
	Aufsichtsratsmitglied der Gebrüder Weiss Holding AG	Ja
	Aufsichtsratsvorsitzender der Hefel Textil GmbH	Ja
	Aufsichtsratsvorsitzender der Hirschmann Automotive GmbH	Ja
	Aufsichtsratsvorsitzender der Huber Tricot Gesellschaft m.b.H.	Nein
	Vorstandsmitglied der ALPLA Privatstiftung	Ja
	Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden der Collini Privatstiftung	Ja
	Vorstandsvorsitzender der E.R. Privatstiftung	Ja
	Vorstandsmitglied der EMS Privatstiftung	Ja
	Vorstandsvorsitzender der Meierhof Privatstiftung	Nein
	Vorstandsvorsitzender der Osang Privatstiftung	Ja
	Vorstandsmitglied der Otten Privatstiftung	Nein
	Vorstandsvorsitzender der R & R Privatstiftung	Ja
	Vorstandsvorsitzender der R.E. Privatstiftung	Ja
	Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden der RAIGA Privatstiftung	Ja
Vorstandsvorsitzender der RHENO Privatstiftung	Ja	
Vorstandsmitglied der Rauch Privatstiftung	Ja	
Vorstandsvorsitzender der Rhomberg	Ja	

	<p>Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der Rätikon Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der Staufen Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der Walter Bösch Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der Weiss Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der Alpila Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der GST Privatstiftung</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p> <p>Ja</p>
<p>Mag. Nicolas Stieger, geboren 1968, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Unbeschränkt haftender Gesellschafter der Summer, Schertler, Stieger OEG</p> <p>Gesellschafter und Mitglied der Geschäftsführung der „GANYMED“ Grundstücksverwaltungs GmbH</p> <p>Kommanditist der „GANYMED“ Grundstücksverwaltung GmbH & Co KG</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p>
<p>Mag. Karl Fenkart, geboren 02.11.1966, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Aufsichtsratsmitglied der Dornbirner Messe Gesellschaft mbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied des Medizinisches Zentrallaboratorium Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberg Tourismus GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger Krankenhaus-Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger Kulturhäuser-Betriebsgesellschaft mbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft mbH</p> <p>Geschäftsführer der Landesvermögen-Verwaltungsgesellschaft m.b.H</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Gemeinnützige Verwaltungsvereinigung Kaplan Bonetti Wohnungsprojekte GmbH</p>	<p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Ja</p> <p>Nein</p>
<p>Fritz Amann, geboren 17.02.1950, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Geschäftsführer und Gesellschafter der „PROTEC“ Steuerungen + Prozesstechnik GmbH</p>	<p>Ja</p>

	Gesellschafter der SUPERGAU NETWORK Vermögensberatung GmbH	Ja
	Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der HLC Pharmaentwicklung AG	Nein
Albert Büchele, geboren 1966, Aufsichtsratsmitglied	-	-
Bernhard Egger, geboren 1976, Aufsichtsratsmitglied	-	-
Bernhard Köb, geboren 1956, Aufsichtsratsmitglied	-	-
Elmar Köck, geboren 1963, Aufsichtsratsmitglied	-	-
Veronika Moosbrugger, geboren 1965, Aufsichtsratsmitglied	-	-
Cornelia Vonach, geboren 1979, Aufsichtsratsmitglied	-	-

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin basierend auf aktuellen Firmenbuchdaten und eigenen Erhebungen der Emittentin unter den Aufsichtsratsmitgliedern)

9.1.3 Staatskommissäre

Der Bundesminister für Finanzen hat bei Kreditinstituten deren Bilanzsumme eine Milliarde Euro übersteigt einen Staatskommissär und dessen Stellvertreter für eine Funktionsperiode von längstens fünf Jahren (diese kann verlängert werden) zu bestellen. Die Staatskommissäre und deren Stellvertreter handeln als Organe der Finanzmarktaufsicht und sind in dieser Funktion ausschließlich deren Weisungen unterworfen.

Gegenwärtig wurden vom Bundesminister für Finanzen folgende Personen als Staatskommissäre in die Emittentin entsandt:

Name	Funktionsbeginn	Stellung
Ministerialrätin Mag. Gabriele Petschinger	01.07.1999	Staatskommissärin
Ministerialrat Mag. Dr. Josef Nickerl	01.05.1993	Stellvertreter

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

Ministerialrätin Mag. Gabriele Petschinger sowie Ministerialrat Dr. Josef Nickerl sind seit Funktionsbeginn unbefristet in ihrer Funktion tätig.

Ihnen kommen im Hinblick auf die Emittentin folgende Rechte und Pflichten zu:

Teilnahmerecht. Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter sind von der

Emittentin zu den Hauptversammlungen, zu den Sitzungen des Aufsichtsrates sowie zu entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates rechtzeitig einzuladen. Auf ihren Antrag ist ihnen jederzeit das Wort zu erteilen. Alle Niederschriften über diese Sitzungen sind dem Staatskommissär und seinem Stellvertreter zu übersenden.

Einspruchsrecht. Der Staatskommissär oder im Falle von dessen Verhinderung dessen Stellvertreter haben gegen Beschlüsse der Hauptversammlung sowie gegen Beschlüsse des Aufsichtsrates und entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates, durch die sie gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA für verletzt erachten, unverzüglich Einspruch zu erheben und hiervon der FMA zu berichten. Im Einspruch haben sie anzugeben, gegen welche Vorschriften nach ihrer Ansicht der Beschluss verstößt.

Wirkung des Einspruchs. Durch den Einspruch wird die Wirksamkeit des Beschlusses bis zur aufsichtsbehördlichen Entscheidung aufgeschoben. Die Emittentin kann binnen einer Woche, gerechnet vom Zeitpunkt des Einspruches, die Entscheidung der FMA beantragen. Wird nicht binnen einer Woche nach Einlangen des Antrages entschieden, tritt der Einspruch außer Kraft. Wird der Einspruch bestätigt, so ist die Vollziehung des Beschlusses unzulässig.

Einsichtsrecht. Dem Staatskommissär und dessen Stellvertreter steht das Recht zu, in die Schriftstücke und Datenträger der Emittentin Einsicht zu nehmen, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften und Bescheide des Bundesministers für Finanzen und der Finanzmarktaufsicht erforderlich ist.

Berichtspflicht. Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter haben ihnen bekannt gewordene Tatsachen, auf Grund derer die Erfüllung der Verpflichtungen der Emittentin gegenüber ihren Gläubigern und insbesondere die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte nicht mehr gewährleistet ist, unverzüglich der Finanzmarktaufsicht mitzuteilen und jährlich einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit zu übermitteln;

9.2 Potentielle Interessenkonflikte

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Emittentin üben wesentliche Organfunktionen und sonstige leitende Funktionen (zB als Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Geschäftsleiter, Prokurist) in anderen Gesellschaften in- und außerhalb des österreichischen Hypothekenbankensektors aus. Aus dieser Tätigkeit können sich potentielle Interessenkonflikte mit ihrer Organfunktion bei der Emittentin ergeben. Derartige Interessenkonflikte bei den Organmitgliedern können insbesondere dann auftreten, wenn diese über Maßnahmen zu entscheiden haben, bei welchen die Interessen der Emittentin von jenen anderer Banken und/oder Gesellschaften des österreichischen Hypothekenbankensektors abweichen (zB bei Veräußerung wichtiger Vermögensgegenstände, gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, wie Spaltungen, Verschmelzungen oder Kapitalerhöhungen, Übernahmen, der Genehmigung des Jahresabschlusses, Gewinnausschüttung, Beteiligungen, etc.). Die Emittentin erklärt,

dass ihr derzeit keine Interessenkonflikte bekannt sind.

Es bestehen keine Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Hauptaktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen, aufgrund deren eine in Punkt 9.1 genannte Person zum Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans bzw. zum Mitglied des oberen Managements bestellt wurde.

Keine der in Punkt 9.1 genannten Personen hält Wertpapiere der Emittentin, die sie zur Ausübung des Stimmrechtes in der Hauptversammlung der Emittentin berechtigen bzw. die in solche Wertpapiere umgewandelt werden können. Entsprechend bestehen auch keine Verkaufsbeschränkungen.

10. Hauptaktionäre

10.1 Hauptaktionäre

Das Grundkapital der Emittentin beträgt EUR 156.453.129,75 und ist in 305.605 Stückaktien geteilt, wobei jede Stückaktie in gleichem Umfang beteiligt ist. Der auf jede Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt rund EUR 511,9456.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Beteiligungsverhältnisse an der Emittentin.

Eigentümer / Aktionäre	Anteile gesamt	Stimmrecht
Vorarlberger Landesbank-Holding	76,0308%	76,0308%
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH	23,9692%	23,9692%
- Landesbank Baden-Württemberg	15,9795%	
- Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank	7,9897%	
Grundkapital	100,0000%	100,0000%

(Quelle: Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2012 geendet hat)

Die Vorarlberger Landesbank-Holding Vorarlberg und die Austria Beteiligungsgesellschaft mbH sind direkt an der Emittentin beteiligt. Die Landesbank Baden-Württemberg und die Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank sind indirekt über die Austria Beteiligungsgesellschaft mbH an der Emittentin beteiligt und haben daher kein Stimmrecht.

Als Mehrheitseigentümerin der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft ist die Vorarlberger Landesbank-Holding in der Lage Mehrheitsbeschlüsse zu fassen und die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft zu kontrollieren.

10.2 Vereinbarung betreffend die Kontrolle der Emittentin

Der Emittentin sind keine Vereinbarungen bekannt, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle der Emittentin führen

könnten.

11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

11.1 Historische Finanzinformationen

Die in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den ergänzend nach § 59a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften erstellten geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2012 und zum 31.12.2011 sind durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen und können auf der Homepage der Emittentin (www.hypovbg.at) unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung "Hypo Landesbank/Investor Relations/Geschäfts-/Zwischenberichte und Jahres-/Konzernabschlüsse" eingesehen werden.

Die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2012 und zum 31.12.2011 sind bei der Finanzmarktaufsichtsbehörde hinterlegt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie den International Financial Reporting Standards erstellt.

11.2 Jahresabschluss

Siehe Punkt 11.1 oben.

11.3 Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

11.3.1 Erklärung über die Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die historischen Finanzinformationen wurden von den jeweils darin angeführten Abschlussprüfern geprüft.

11.3.2 Angabe sonstiger Informationen

Abgesehen von den im Kapitel 11.1. "Historische Finanzinformationen" angeführten Informationen wurden in diesen Basisprospekt keine sonstigen von den Abschlussprüfern geprüften Informationen aufgenommen.

11.3.3 Andere Quellen von Finanzdaten

Mit Ausnahme von Daten aus den in diesen Prospekt durch Verweis aufgenommenen geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2012 und zum 31.12.2011 und aus dem ungeprüften konsolidierten Halbjahresbericht der Emittentin zum 30.6.2013, enthält das Registrierungsformular keine Finanzdaten, die nicht dem geprüften Jahresabschluss der Emittentin entnommen wurden.

11.4 Alter der jüngsten Finanzinformationen

Die letzten geprüften Finanzinformationen datieren vom 31.12.2012 und sind damit jünger als 18 Monate.

11.5 Zwischenfinanzinformationen- und sonstige Finanzinformationen

11.5.1 Veröffentlichte Interims-Finanzinformationen

Der konsolidierte Halbjahresbericht der Emittentin zum 30.6.2013 ist durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen und kann auf der Homepage der Emittentin unter www.hypovbg.at unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung "Hypo Landesbank/Investor Relations/Geschäfts-/Zwischenberichte und Jahres-/Konzernabschlüsse" eingesehen werden. Der Halbjahresbericht der Emittentin zum 30.6.2013 wurde weder von einem Wirtschaftsprüfer geprüft noch prüferisch durchgesehen.

11.5.2 Zwischenabschluss

Siehe den in diesen Prospekt durch Verweis aufgenommenen ungeprüften konsolidierten Halbjahresbericht der Emittentin zum 30.6.2013.

11.6 Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Aktuell ist die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft in Südtirol in ein laufendes Verfahren involviert. Der Vorstand ist optimistisch, dass dieses Verfahren im laufenden Geschäftsjahr abgeschlossen werden kann und hat dafür entsprechende Rückstellungen gebildet. Abhängig vom Ausgang der Verhandlungen könnte das Geschäftsergebnis im Konzern dadurch voraussichtlich unwesentlich belastet werden.

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, gab es gegen die Emittentin (mit Ausnahme des vorstehendes Absatzes) keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren, die im Zeitraum der letzten 12 Monate bestanden bzw. abgeschlossen wurden, oder die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder die Hypo Vorarlberg-Gruppe auswirken bzw. ausgewirkt haben. Nach Kenntnis der Emittentin sind solche Verfahren auch nicht anhängig, eingeleitet oder droht deren Einleitung.

11.7 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angeben ist, gab es seit dem 31.12.2012 keine wesentlichen Veränderung in der Finanzlage der Hypo Vorarlberg-Gruppe.

12. Wesentliche Verträge

Die Emittentin hat außerhalb ihrer normalen Geschäftstätigkeit keine wesentlichen Verträge abgeschlossen, die dazu führen könnten, dass jedwedes Mitglied der Hypo Vorarlberg-Gruppe eine Verpflichtung oder ein Recht erlangt, die bzw. das für die Fähigkeit der Emittentin, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wertpapierinhabern in Bezug auf die Wertpapiere nachzukommen, von wesentlicher Bedeutung ist.

13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen

13.1 Sachverständigen-Berichte

In diesem Prospekt wurden keine Erklärungen oder Berichte von Personen aufgenommen, die als Sachverständige handeln.

13.2 Angaben von Seiten Dritter

In diesem Prospekt wurde mit Ausnahme der Informationen zu Ratings von Moody's Investor Services Inc. keine Erklärungen oder Berichte von Seiten Dritter aufgenommen. Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei übermittelten Informationen ableiten konnte - keine Fakten unterschlagen wurden, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

14. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospekts können die Kopien der folgenden Dokumente am Sitz der Emittentin, 6900 Bregenz, Hypo-Passage 1, eingesehen werden:

- dieser Prospekt;
- die Satzung der Emittentin;
- die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2012 und zum 31.12.2011; und
- der ungeprüfte konsolidierte Halbjahresbericht der Emittentin zum 30.6.2013.

WERTPAPIERBESCHREIBUNG

Die Wertpapiere unter diesem Prospekt werden gemäß den jeweils anwendbaren Emissionsbedingungen (samt ergänzenden Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung , soweit anwendbar) und den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen begeben.

1. Verantwortliche Personen

1.1 Für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortliche Personen

Für die inhaltliche Richtigkeit der Angaben der Wertpapierbeschreibung ist die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, 6900 Bregenz, eingetragen im Firmenbuch zu FN 145586y, verantwortlich.

1.2 Erklärung der für den Prospekt verantwortlichen Personen

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in der Wertpapierbeschreibung gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen der Wertpapierbeschreibung wahrscheinlich verändern können.

2. Risikofaktoren

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf Seiten 37 ff dieses Prospekts.

3. Zentrale Angaben

3.1 Interessen von an der Emission/dem Angebot beteiligten Personen

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Emittentin und/oder ihre verbundenen Unternehmen möglicherweise mit Emittenten der Basiswerte oder Referenzschuldern, deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten der Basiswerte oder den Referenzschuldern oder deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen Bankgeschäfte jeder Art und Investmentbankgeschäfte ein oder stehen anderweitig in Geschäftskontakt, so als ob die Wertpapiere nicht existent wären, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte oder die Referenzschuldner, deren verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Emittentin ist möglicherweise von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit den Basiswerten oder Referenzschuldern beteiligt, die den

Marktwert, die Liquidität oder den Wert der Wertpapiere beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Inhaber der Wertpapiere auswirken können.

Mögliche Interessenkonflikte können sich auch zwischen der Berechnungsstelle und den Gläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter im Ermessen der Berechnungsstelle liegender Bestimmungen und Entscheidungen, die diese nach Maßgabe der Emissionsbedingungen zu treffen hat und die den Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere beeinflussen können.

Im Falle einer Übernahme der Wertpapiere durch eine oder mehrere Banken erhalten die übernehmenden Banken für die Übernahme und die Platzierung der Schuldverschreibungen gegebenenfalls eine Provision, über die die Endgültigen Bedingungen informieren. Etwaige weitere Interessen der Emittentin oder anderer an der Emission beteiligter Personen werden gegebenenfalls in den Endgültigen Bedingungen dargestellt.

Die Emittentin und/oder ihre Gruppengesellschaften können am Tag der Emission von Wertpapieren und danach über Informationen verfügen, welche die Wertpapiere oder die Basiswerte betreffen, deren Wert maßgeblich beeinflussen und nicht öffentlich verfügbar sind.

3.2 Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Wertpapiere werden, sofern in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes angegeben ist, von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.

Wenn die Gründe für das Angebot und die Verwendung der Erlöse in den Endgültigen Bedingungen angegeben werden, wird in den Endgültigen Bedingungen auch der Nettobetrag der Erlöse der Emission und der geschätzten Gesamtkosten der Emission sowie gegebenenfalls die geschätzten Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel dargestellt.

4. Angaben über die anzubietenden bzw zum Handel zuzulassenden Wertpapiere

4.1 Angaben über die Wertpapiere

4.1.1 (i) Art und Gattung

Die Wertpapiere sind entweder Schuldtitel im Sinne des Art 8 oder 16 der Prospektverordnung oder derivative Schuldverschreibungen im Sinne des Art 15 der Prospektverordnung.

Die Emittentin beabsichtigt, unter diesem Programm nicht-nachrangige Wertpapiere

jedweder Art zu emittieren, einschließlich fix verzinste, variabel verzinste, Stufenzins-, oder basiswertabhängige Schuldverschreibungen, Steepener-Schuldverschreibungen, Nullkupon-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe (die "**Schuldverschreibungen**") sowie fix verzinste, variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Express-Zertifikate jeweils bezogen auf einen oder mehrere Basiswerte (die "**Zertifikate**" und zusammen mit den Schuldverschreibungen, die "**Wertpapiere**") und diese Wertpapiere privat oder öffentlich anzubieten. Die Wertpapiere können auch als digitale Optionen und/oder Range Accrual und/oder Kapitalschutzprodukte ausgestaltet sein. Die Basiswerte der Wertpapiere können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen, oder Körbe der vorstehenden Basiswerte oder daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Die Wertpapiere sehen ausschließlich Erfüllung durch Zahlung eines Barbetrages vor.

Die ISIN (*International Securities Identification Number*) oder eine andere Kennziffer der Wertpapiere ist in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen (auf dem Deckblatt und in der Zeile "ISIN, WKN") enthalten.

Es folgt eine kurze Darstellung wesentlicher Merkmale der Wertpapiere die unter dem Programm begeben werden können:

SCHULDVERSCHREIBUNGEN MIT BESONDEREN AUSSTATTUNGSMERKMALEN

Pfandbriefe

Pfandbriefe sind Schuldverschreibungen mit fixer oder variabler Verzinsung, die nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes durch eine gesonderte Deckungsmasse besichert sind, die hauptsächlich aus erstrangigen Hypotheken auf bestimmte Liegenschaften besteht. Im Falle eines Konkurses der Emittentin haben die Inhaber der Pfandbriefe ein unmittelbares Vorzugsrecht, aus der Deckungsmasse befriedigt zu werden.

Kommunalpfandbriefe

Kommunalpfandbriefe sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes durch ein Sondervermögen (Deckungsstock) besichert, das hauptsächlich aus Kreditforderungen gegen Gebietskörperschaften und staatliche Behörden des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz oder Forderungen, die von einer dieser Gebietskörperschaften oder staatliche Behörden garantiert sind, bestehen. Im Falle der Insolvenz der Emittentin haben die Inhaber von Kommunalschuldverschreibungen ein direktes Recht auf Befriedigung aus dem Deckungsstock.

Zertifikate

Allgemein

Die unter dem Programm begebenen Zertifikate sind an bestimmte Basiswerte gekoppelt. Die Höhe des Tilgungsbetrags, den Anleger erhalten, ist von der Entwicklung des Wertes eines oder mehrerer Basiswerte abhängig.

Partizipations-Zertifikate

Anleger, die in Partizipations-Zertifikate investieren, nehmen 1:1 und unbegrenzt an der Wertentwicklung eines Basiswerts teil. Der Basiswert entspricht dabei beispielsweise einem Korb verschiedener Aktien, die einen Markt und dessen Entwicklung repräsentativ abbilden. Entscheidet sich der Anleger zum Beispiel für ein ATX-Zertifikat, fällt und steigt der Kurs des Zertifikates im gleichen Ausmaß, in dem sich auch der Wiener-Börse-Index ATX auf und ab bewegt.

Partizipations-Zertifikate sollen es Anlegern ermöglichen, ihre Markterwartung direkt umsetzen. Je nach Zusammensetzung des betreffenden Basiswertkorbes können Anleger ihr Risiko streuen. Im Vergleich zu einer Investition in einzelne Basiswerte können bei einem Partizipations-Zertifikat Verluste bei einem Basiswert möglicherweise innerhalb des Basiswertkorbes durch Gewinne bei einem anderen Basiswert ausgeglichen werden. Umgekehrt können aber auch Kursgewinne eines Basiswerts von Verlusten anderer Basiswerte aufgezehrt werden.

Die Kursentwicklung von Partizipations-Zertifikaten korreliert typischerweise 1:1 mit jener des Basiswerts.

Bei Partizipations-Zertifikaten mit Kapitalgarantie entspricht der Tilgungsbetrag einem Mindestbetrag des eingesetzten Kapitals.

Bonus-Zertifikate

Am Fälligkeitstag sind Inhaber von Bonus-Zertifikaten berechtigt, von der Emittentin die Rückzahlung durch Zahlung eines Tilgungsbetrags zu verlangen, der zumindest dem Bonusbetrag ("Bonus"; siehe EB Ziffer 21) entspricht, wenn der Kurs des Basiswerts während der Laufzeit des Bonus-Zertifikates ein von der Emittentin am Ausgabetag festgelegtes Kursniveau ("Barriere"; siehe EB Ziffer 20) nie erreicht und/ oder unterschritten hat.

Falls der Kurs des Basiswerts (auch nur ein Mal) während der Laufzeit des Bonus-Zertifikats die Barriere erreicht oder unterschritten hat, erhalten die Inhaber der Bonus-Zertifikate einen Tilgungsbetrag, dessen Höhe von der Entwicklung des Basiswerts abhängt und der gemäß den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen berechnet wird.

Während ihrer Laufzeit entwickelt sich der Wert von Bonus-Zertifikaten typischerweise in Übereinstimmung mit dem Wert des Basiswerts, allerdings nicht

linear. Bonus-Zertifikate können aufgrund der Einwirkung bestimmter Faktoren (zB Volatilität, Restlaufzeit, Entfernung von der Barriere etc) stärker oder schwächer auf Veränderungen des Basiswerts reagieren. Wenn sich der Kurs des Basiswerts für den Schuldverschreibungsinhaber nachteilig entwickelt, kann es bei Bonus-Zertifikaten ohne Kapitalgarantie zum Verlust eines wesentlichen Teil oder des gesamten angelegten Kapitals kommen (Totalverlust).

Bei Bonus-Zertifikaten mit Kapitalgarantie entspricht der Tilgungsbetrag zumindest dem Nennbetrag.

Express Zertifikate

Express-Zertifikate sollen es Anlegern ermöglichen, an der Wertentwicklung eines Basiswerts (typischerweise Indizes oder Aktien) oder eines Korbes von Basiswerten mit der Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung teilzunehmen. Wenn der Kurs des Basiswerts an einem der Beobachtungstage die von der Emittentin festgelegte Schwelle überschreitet, erfolgt automatisch eine vorzeitige Rückzahlung zu dem an diesem Beobachtungstag maßgeblichen Tilgungsbetrag. Wenn der Kurs des Basiswerts die festgelegte Schwelle auch am letzten Beobachtungstag nicht erreicht, entspricht die Rückzahlung der prozentualen Entwicklung des maßgeblichen Schlusskurses des Basiswertes am Endbeobachtungstag gegenüber dem maßgeblichen Schlusskurs des Basiswertes zum Anfangsbeobachtungstag. Wenn die Emittentin in diesem Fall am Ausgabetag zusätzlich eine Barriere festgelegt hat und der Kurs des Basiswerts diese Barriere während des Beobachtungszeitraums weder erreicht noch überschritten hat, erfolgt die Rückzahlung zumindest zum Nennbetrag.

Der Wert von Express-Zertifikaten entwickelt sich während ihrer Laufzeit in Übereinstimmung mit dem Wert des Basiswerts, allerdings nicht linear. Express-Zertifikate können aufgrund der Einwirkung bestimmter Faktoren (zB Volatilität, Restlaufzeit, Entfernung von der Barriere etc) stärker oder schwächer auf Veränderungen des Basiswerts reagieren.

4.1.1 (ii) ISIN

Die ISIN der Wertpapiere wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

4.1.2 Erläuterung zur Wertentwicklung für derivative Wertpapiere

Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ist die Höhe des Zinssatzes von der Entwicklung eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen hingegen steht bereits am Begebungstag fest und ändert sich nicht. Der Marktwert der Schuldverschreibungen neigt typischerweise weniger zu Schwankungen ("Volatilität") als der Marktwert von Zertifikaten. Der Marktwert der Schuldverschreibungen hängt unter anderem von der Einschätzung des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen ab. Geht der Markt von einer Erhöhung der Rendite der Schuldverschreibungen aus,

erhöht sich in der Regel auch der Marktwert der Schuldverschreibungen. Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von der Differenz zwischen dem Preis, zu dem die Schuldverschreibungen erworben werden, und dem Preis, zu dem sie verkauft werden bzw dem Rückzahlungsbetrag sowie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen abhängig. Da die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung einen festen Rückzahlungsbetrag aufweisen, kommt der Veränderung des Basiswerts eine maßgebliche Bedeutung für die Veränderung des Marktwerts zu. Je nach der Zuordnung zwischen Basiswert und Zinssatz, ist bei einer Änderung des Marktwertes des Basiswertes grundsätzlich von einer Änderung des Marktwertes der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung auszugehen. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung bemisst sich die Höhe des auf eine Zinsperiode anwendbaren Zinssatzes nach der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum.

Bei Zertifikaten ist die Höhe des Tilgungsbetrags von der Entwicklung des Wertes eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Zertifikate können zudem eine fixe oder variable Verzinsung aufweisen. Die Rendite der Zertifikate bemisst sich daher maßgeblich vom Tilgungsbetrag und der allfälligen Verzinsung. Der Marktwert von Zertifikaten ist typischerweise sehr volatil, wenn sie keine laufende Verzinsung aufweisen, da der Tilgungsbetrag (meist) ungewiss ist. Für die Zuordnung zwischen Basiswert und Tilgungsbetrag gilt dasselbe wie oben. Darüber hinaus können die Zertifikate je nach Zertifikate-Art auch noch weitere Merkmale bzw Strukturen aufweisen. Der Marktwert der Zertifikate wird maßgeblich von ihrem Tilgungsbetrag bzw der Einschätzung des Marktes über die voraussichtliche Höhe des Tilgungsbetrags der Zertifikate bei Laufzeitende beeinflusst.

4.1.3 Rechtsvorschriften

Der vorliegende Basisprospekt wurde nach dem derzeit geltenden Recht der Republik Österreich erstellt.

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus den unter diesem Angebotsprogramm begebenen Wertpapiere gilt österreichisches Recht unter Ausschluss der Regelungen des internationalen Privatrechtes, soweit diese zur Anwendung eines ausländischen Rechts führen würden. Erfüllungsort ist Bregenz.

Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Wertpapieren entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren ist, soweit rechtlich zulässig, das für Handelssachen in Feldkirch zuständige Gericht, wobei sich die Emittentin vorbehält, eine Klage bei jedem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

4.1.4(i) Stückelung, Form und Verbriefung, Verwahrung und Übertragung

Jede Serie der Wertpapieren wird zur Gänze durch eine veränderbare

Sammelurkunde gemäß § 24 lit b Depotgesetz, BGBl Nr. 424/1969 idgF ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Emittentin trägt.

Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Wertpapiere (effektiver Stücke) oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

4.1.4(ii) Name und Anschrift des die Buchungsunterlagen führenden Instituts

Jede Sammelurkunde wird nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen entweder von der Emittentin oder von einem oder im Namen des Clearing-Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind.

4.1.5 Währung der Wertpapiere

Die Wertpapiere lauten auf Euro oder eine andere Währung, wie in den Endgültigen Bedingungen bezeichnet.

4.1.6 Rang der Wertpapiere

Die Verpflichtungen aus den Wertpapieren, mit Ausnahme der Pfandbriefe und der Kommunalpfandbriefe begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

Die Verpflichtungen aus den Pfandbriefen und den Kommunalpfandbriefen begründen direkte, unbedingte, nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die jeweils durch einen gesonderten Deckungsstock gemäß Pfandbriefgesetz besichert sind, die untereinander und mit allen anderen Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen der Emittentin gleichrangig sind.

4.1.7 An die Wertpapiere gebundene Rechte

Die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte ergeben sich aus den Emissionsbedingungen der jeweiligen Emission von Wertpapieren, insbesondere:

- im Fall von Schuldverschreibungen das Recht, Zinszahlungen gemäß den Emissionsbedingungen zu erhalten, sofern solche anfallen;
- im Fall von Zertifikaten erfolgt in der Regel keine laufende Verzinsung, soweit in den Emissionsbedingungen nicht anders vorgesehen;
- im Fall von Zertifikaten das Recht, Tilgungszahlungen zu erhalten, sofern solche anfallen, wobei diese von einem in den Emissionsbedingungen beschriebenen Basiswert (oder einem Korb von Basiswerten) abhängen und/oder eine

Bonuszahlung vorsehen können, wenn der Wert des Basiswerts eine festgelegte Barriere nicht erreicht und nicht unterschreitet;

- eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere ist (außer bei Vorliegen einer Rechtsänderung) nur zulässig, wenn dies in den Emissionsbedingungen ausdrücklich vorgesehen ist;
- die Wertpapiere unterliegen keiner Negativverpflichtung;
- die Wertpapiere sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor, aber eine vorzeitige Rückzahlung kann in bestimmten außergewöhnlichen Fällen (zB beharrlicher Zahlungsverzug auf Seiten der Emittentin) erlaubt sein; und
- Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere verjähren, sofern sie nicht innerhalb von 30 Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

4.1.8 Angaben zur Verzinsung bei nicht-derivativen Wertpapieren

Die Verzinsung von Schuldverschreibungen erfolgt in Übereinstimmung mit den Emissionsbedingungen. Zinssatz, Zinsschuld, Zinszahlungstage und Fälligkeitsdatum ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

Ist der Zinssatz nicht festgelegt:

Zu den Bestimmungen zum Basiswert bzw Basiswerten verweist die Emittentin auf die Endgültigen Bedingungen.

- (i)** Beschreibung aller etwaigen Ereignisse, die eine Störung des Markts oder der Abrechnung bewirken und den Basiswert beeinflussen,

Ereignisse und/oder Situationen, die eine Marktstörung begründen, sind in § 6 der Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und Zertifikate dargestellt.

- (ii)** Anpassungsregeln in Bezug auf Ereignisse, die den Basiswert betreffen

Die rechtsverbindlichen Regeln zu Anpassungsereignissen und Anpassungs-/Beendigungsereignissen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und Zertifikate finden sich gegebenenfalls in § 7 der Emissionsbedingungen.

- (iii)** Name der Berechnungsstelle

Siehe Punkt 5.4.2

- (iv)** wenn das Wertpapier bei der Zinszahlung eine derivative Komponente aufweist,

klare und umfassende Erläuterung, die den Anlegern verständlich macht, wie der Wert ihrer Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird, insbesondere in Fällen, in denen die Risiken am offensichtlichsten sind

Siehe Punkt 4.1.2

4.1.9 (i) Fälligkeitstermin

Schuldverschreibungen werden zu ihrem in den Endgültigen Bedingungen definierten Rückzahlungsbetrag am in den Endgültigen Bedingungen definierten Fälligkeitstag zurückgezahlt.

4.1.9 (ii) Tilgungsmodalitäten

Eine vorzeitige Rückzahlung durch die Emittentin ist bei Vorliegen einer Rechtsänderung sowie dann möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich angeführt ist. Eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Wertpapierinhaber ist möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich vorgesehen ist.

4.1.10 (i) Rendite von nicht-derivativen Schuldverschreibungen

Die Rendite (bestimmt durch Ausgabekurs, Zinssatz, Laufzeit und Tilgungszahlung; siehe die folgenden Ausführungen) wird bei fix verzinsten nicht-derivativen Schuldverschreibungen im Vorhinein in den Endgültigen Bedingungen angegeben, wobei davon ausgegangen wird, dass die Emission bis zum Laufzeitende gehalten wird und die Verzinsung sowie der Rückzahlungsbetrag im Vorhinein feststehen. Allfällige zusätzlich zum Ausgabepreis/-kurs anfallende Nebenkosten (beispielsweise Zeichnungsspesen) sowie laufende Nebenkosten (beispielsweise Depotgebühren) finden in die Berechnung der Emissionsrendite keinen Eingang.

Für variabel verzinsten nicht-derivativen Schuldverschreibungen und für Wertpapiere mit basiswertabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlungsbetrag mit derivativer Komponente kann keine Rendite berechnet werden, daher entfällt in diesen Fällen die Angabe einer Rendite in den Endgültigen Bedingungen.

4.1.10 (ii) Methode zur Berechnung der Rendite

Eine allenfalls in den Endgültigen Bedingungen angegebene Rendite wird am Begebungstag auf Basis des Emissionspreises berechnet und stellt keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft dar. Die Rendite wird mit Hilfe der ICMA Methode berechnet. Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen.

4.1.11 Vertretung von Wertpapierinhabern

Grundsätzlich sind alle Rechte aus Emissionen durch den einzelnen Inhaber der Wertpapiere selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Emittentin direkt, an deren Sitz zu den üblichen Geschäftsstunden, sowie in schriftlicher Form (ingeschriebene Postsendung) oder im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen.

Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Wertpapierinhaber vorgesehen.

Generell gilt jedoch, dass zur Wahrung der Ausübung der Rechte von Gläubigern von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren (Teil-) Schuldverschreibungen (wie den Wertpapieren) inländischer Emittenten und bestimmter anderer Schuldverschreibungen, wenn deren Rechte wegen Mangels einer gemeinsamen Vertretung gefährdet oder die Rechte der Emittentin in ihrem Gange gehemmt würden, insbesondere im Konkursfall der Emittentin, nach den Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Schuldverschreibungsgläubiger zu bestellen ist. Die Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 können durch Vereinbarung oder Emissionsbedingungen nicht aufgehoben oder verändert werden, es sei denn, es ist eine für die Gläubiger gleichwertige gemeinsame Interessensvertretung vorgesehen.

4.1.12 Beschlüsse, die die Grundlage für die Schaffung der Wertpapiere bilden

Emissionen von Wertpapieren werden von der Emittentin auf Grundlage der jeweils geltenden Pouvoirregelung begeben.

4.1.13 Angabe des erwarteten Emissionstermins der Wertpapiere

Der erwartete Emissionstermin und Tilgungstermin der Wertpapiere wird in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen angegeben.

4.1.14 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Wertpapiere lauten auf den Inhaber und sind frei übertragbar.

4.1.15 (i) Verfalltermin der derivativen Wertpapiere

Der Fälligkeitstag der Wertpapiere ist, ebenso wie die Fälligkeitstage aller anderen Zahlungen, in den Endgültigen Bedingungen und/oder den Emissionsbedingungen angeführt.

4.1.15 (i) Ausübungstermin oder letzter Referenztermin

Im Fall der vorzeitigen Rückzahlung nach Wahl der Wertpapierinhaber muss der Wertpapierinhaber innerhalb der Kündigungsfrist (Put) eine schriftliche Ausübungserklärung bei der Zahlstelle abgeben. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Außer im Fall der vorzeitigen Rückzahlung ist keine Ausübungserklärung vorgesehen. Wenn in den Endgültigen Bedingungen (Abweichender Tilgungszeitpunkt, EB Ziffer 13) nichts anderes angegeben ist, werden die Zertifikate innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nach Ende der Laufzeit automatisch durch die Emittentin rückgelöst und der Tilgungsbetrag am Fälligkeitstag (EB Ziffer 11) an die Investoren ausbezahlt.

4.1.16 Abrechnungsverfahren

Sämtliche Zahlungen gemäß den Wertpapieren erfolgen, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Wertpapierinhaber depotführende Stelle.

Als Zahlstelle fungiert die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, 6900 Bregenz, oder eine (oder mehrere) andere in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n).

4.1.17 (i) Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren

Die Wertpapiere werden zu ihrem Rückzahlungs-bzw Tilgungsbetrag (wie in den Endgültigen Bedingungen festgelegt) am Fälligkeitstag (wie in den Endgültigen Bedingungen festgelegt) zurückgezahlt.

Weitere oder andere Modalitäten zur Abwicklung können in den Endgültigen Bedingungen enthalten sein. Die Rechtsfolgen bei allfälligen Lieferstörungen sind in den Emissionsbedingungen näher dargestellt.

4.1.17 (ii) Zahlungs- oder Liefertermin

Die Zahlungs- und Liefertermin ergeben sich aus den Emissionsbedingungen.

4.1.17 (iii) Berechnungsweise

Der Rückzahlungsbetrag/Tilgungsbetrag wird wie in den Emissionsbedingungen angegeben errechnet.

4.1.18 Besteuerung in Österreich

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im

Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Wertpapiere in der Republik Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Diese Ausführungen sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Diese Zusammenfassung basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der bisher ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Käufern der Schuldverschreibungen wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Wertpapiere ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Wertpapieren trägt der Käufer. Im Folgenden wird angenommen, dass die Wertpapiere an einen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unbestimmten Personenkreis angeboten werden.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die in Österreich einen Wohnsitz und/oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Einkommensteuer in Österreich (unbeschränkte Einkommensteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Einkommensteuerpflicht).

Körperschaften, die in Österreich ihre Geschäftsleitung und/oder ihren Sitz haben, unterliegen mit ihrem gesamten Welteinkommen der Körperschaftsteuer in Österreich (unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht). Körperschaften, die in Österreich weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Körperschaftsteuerpflicht).

Sowohl in Fällen der unbeschränkten als auch der beschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht in Österreich kann Österreichs Besteuerungsrecht durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt werden.

Einkommensbesteuerung von Schuldverschreibungen (wie den Wertpapieren)

Gemäß § 27 Abs 1 Einkommensteuergesetz (**EStG**) gelten als Einkünfte aus Kapitalvermögen:

- Einkünfte aus der Überlassung von Kapital gemäß § 27 Abs 2 EStG, dazu gehören Dividenden und Zinsen;

- Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen gemäß § 27 Abs 3 EStG, dazu gehören Einkünfte aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern, deren Erträge Einkünfte aus der Überlassung von Kapital sind, einschließlich Einkünfte aus Nullkuponanleihen und Stückzinsen; und
- Einkünfte aus Derivaten gemäß § 27 Abs 4 EStG, dazu gehören Differenzausgleiche, Stillhalterprämien und Einkünfte aus der Veräußerung oder sonstigen Abwicklung von Termingeschäften wie Optionen, Futures und Swaps sowie sonstigen derivativen Finanzinstrumenten wie Indexzertifikaten.

Auch die Entnahme und das sonstige Ausscheiden der Schuldverschreibungen aus einem Depot sowie Umstände, die zum Verlust des Besteuerungsrechtes der Republik Österreich im Verhältnis zu anderen Staaten führen, wie zB der Wegzug aus Österreich, gelten im Allgemeinen als Veräußerung (§ 27 Abs 6 Z 1 EStG).

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Privatvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit den Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen – das sind im Allgemeinen Einkünfte, die über eine inländische auszahlende oder depotführende Stelle ausbezahlt werden – unterliegen der Kapitalertragsteuer (KESt) von 25 %. Über den Abzug von KESt hinaus besteht keine Einkommensteuerpflicht (Endbesteuerung nach § 97 Abs 1 EStG). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen einer Besteuerung mit dem Sondersteuersatz von 25 %. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). § 27 Abs 8 EStG sieht unter anderem folgende Beschränkungen betreffend den Verlustausgleich vor: negative Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen bzw Derivaten dürfen nicht mit Zinserträgen aus Geldeinlagen und sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten sowie Zuwendungen von Privatstiftungen oder ausländischen Stiftungen oder sonstigen Vermögensmassen, die mit einer Privatstiftung vergleichbar sind, ausgeglichen werden; Einkünfte, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, dürfen nicht mit Einkünften ausgeglichen werden, die dem progressiven Einkommensteuersatz unterliegen (dies gilt auch bei Inanspruchnahme der Regelbesteuerungsoption); Verluste von Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit den Einkünften aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KESt von 25 %. Während die KESt Endbesteuerungswirkung bezüglich Einkünften aus der Überlassung von Kapital entfaltet, müssen Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünfte aus Derivaten in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (nichtsdestotrotz Sondersteuersatz von 25 %). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen müssen immer in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (Sondersteuersatz von 25 %). In beiden Fällen besteht auf Antrag die

Möglichkeit, dass sämtliche dem Steuersatz von 25 % unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Gemäß § 6 Z 2 lit c EStG sind Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG, die dem Sondersteuersatz von 25 % unterliegen, vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen solcher Wirtschaftsgüter zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zur Hälfte ausgeglichen (und vorgetragen) werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften unterliegen mit den Zinsen aus den Schuldverschreibungen einer Besteuerung von 25 %. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen der KEST von 25 %, die auf die Körperschaftsteuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 5 EStG kommt es von vornherein nicht zum Abzug von KEST. Einkünfte aus der Veräußerung der Schuldverschreibungen unterliegen der Körperschaftsteuer von 25 %. Verluste aus der Veräußerung der Schuldverschreibungen sind grundsätzlich mit anderen Einkünften ausgleichsfähig (und können vorgetragen werden).

Privatstiftungen nach dem Privatstiftungsgesetz (PSG), welche die Voraussetzungen des § 13 Abs 3 und 6 KStG erfüllen und die Schuldverschreibungen nicht in einem Betriebsvermögen halten, unterliegen mit Zinsen, Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünften aus (unter anderem, verbrieften) Derivaten der Zwischenbesteuerung von 25 %. Diese entfällt in jenem Umfang, in dem im Veranlagungszeitraum KEST-pflichtige Zuwendungen an Begünstigte getätigt werden. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (wie oben beschrieben) unterliegen grundsätzlich der KEST von 25 %, die auf die anfallende Steuer angerechnet werden kann. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 12 EStG kommt es nicht zum Abzug von KEST.

In Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen und Kapitalgesellschaften unterliegen mit den Einkünften aus Kapitalvermögen aus den Schuldverschreibungen gemäß § 98 Abs 1 Z 3 EStG (iVm § 21 Abs 1 Z 1 KStG) nur dann der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, wenn sie eine Betriebsstätte in Österreich haben und die Schuldverschreibungen dieser Betriebsstätte zurechenbar sind.

Die österreichische depotführende Stelle ist gemäß § 93 Abs 6 EStG verpflichtet, unter Einbeziehung aller bei ihr geführten Depots negative Kapitaleinkünfte automatisch mit positiven Kapitaleinkünften auszugleichen. Werden zunächst negative und zeitgleich oder später positive Einkünfte erzielt, sind die negativen Einkünfte mit diesen positiven Einkünften auszugleichen. Werden zunächst positive und später negative Einkünfte erzielt, ist die für die positiven Einkünfte einbehaltene KEST gutzuschreiben, wobei die Gutschrift höchstens 25 % der negativen Einkünfte betragen darf. In bestimmten Fällen ist kein Ausgleich möglich. Die depotführende Stelle hat dem Steuerpflichtigen eine Bescheinigung über den Verlustausgleich gesondert für jedes Depot zu erteilen.

EU-Quellensteuer

Das EU-Quellensteuergesetz (**EU-QuStG**) sieht – in Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – vor, dass Zinsen, die eine inländische Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer in Höhe von 35 % unterliegen, sofern er seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU (oder in bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten, zu denen derzeit Anguilla, Aruba, die British Virgin Islands, Guernsey, die Isle of Man, Jersey, Montserrat, die Niederländischen Antillen sowie die Turks and Caicos Islands gehören) hat und keine Ausnahmen vom Quellensteuerverfahren vorliegen. Gemäß § 10 EU-QuStG ist die EU-Quellensteuer nicht zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt des Mitgliedstaats seines steuerlichen Wohnsitzes auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung vorlegt, die Name, Anschrift, Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen Geburtsdatum und -ort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen das Kennzeichen des Wertpapiers enthält. Eine solche Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von maximal drei Jahren.

Betreffend die Frage, ob auch Indexzertifikate der EU-Quellensteuer unterliegen, unterscheidet die österreichische Finanzverwaltung zwischen Indexzertifikaten mit und ohne Kapitalgarantie, wobei eine Kapitalgarantie bei Zusicherung der Rückzahlung eines Mindestbetrages des eingesetzten Kapitals oder auch bei der Zusicherung von Zinsen besteht. Die genaue steuerliche Behandlung von Indexzertifikaten hängt in weiterer Folge vom jeweiligen Basiswert des Indexzertifikats ab.

Steuerabkommen Österreich-Schweiz

Am 1. Jänner 2013 trat das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt in Kraft. Dieses sieht vor, dass schweizerische Zahlstellen im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen im eigenen Namen und als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten, die von einer Sitzgesellschaft gehalten werden) auf, unter anderem, Zinserträge, Dividendenerträge und Veräußerungsgewinne aus Vermögenswerten, die auf einem Konto oder Depot bei der schweizerischen Zahlstelle verbucht sind, eine der österreichischen Einkommensteuer entsprechende Steuer in Höhe von 25 % zu erheben haben. Diese Steuer hat Abgeltungswirkung, soweit das EStG für die der Steuer unterliegenden Erträge Abgeltungswirkung vorsieht. Das Steuerabkommen findet jedoch keine Anwendung auf Zinserträge, die erfasst sind von dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind. Der Steuerpflichtige hat die Möglichkeit, anstatt der Erhebung der Abgeltungssteuer zur freiwilligen Meldung zu optieren, indem er die schweizerische Zahlstelle ermächtigt, der zuständigen österreichischen Behörde die Erträge eines Kontos oder Depots zu melden, wodurch diese in die Veranlagung einbezogen werden müssen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Österreich erhebt keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer.

Bestimmte unentgeltliche Zuwendungen an (österreichische oder ausländische) privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen unterliegen jedoch der Stiftungseingangssteuer nach dem Stiftungseingangssteuergesetz (StiftEG). Eine Steuerpflicht entsteht, wenn der Zuwendende und/oder der Erwerber im Zeitpunkt der Zuwendung einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder den Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben. Ausnahmen von der Steuerpflicht bestehen bezüglich Zuwendungen von Todes wegen von Kapitalvermögen im Sinn des § 27 Abs 3 und 4 EStG (ausgenommen Anteile an Kapitalgesellschaften), wenn auf die daraus bezogenen Einkünfte der besondere Steuersatz von 25 % anwendbar ist. Die Steuerbasis ist der gemeine Wert des zugewendeten Vermögens abzüglich Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung. Der Steuersatz beträgt generell 2,5 %, in speziellen Fällen jedoch 25 %.

Zusätzlich besteht eine Anzeigepflicht für Schenkungen von Bargeld, Kapitalforderungen, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen, Betrieben, beweglichem körperlichen Vermögen und immateriellen Vermögensgegenständen. Die Anzeigepflicht besteht wenn der Geschenkgeber und/oder der Geschenknehmer einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder die Geschäftsleitung im Inland haben. Nicht alle Schenkungen sind von der Anzeigepflicht umfasst: Im Fall von Schenkungen unter Angehörigen besteht ein Schwellenwert von EUR 50.000 pro Jahr; in allen anderen Fällen ist eine Anzeige verpflichtend, wenn der gemeine Wert des geschenkten Vermögens innerhalb von fünf Jahren EUR 15.000 übersteigt. Darüber hinaus sind unentgeltliche Zuwendungen an Stiftungen iSd StiftEG wie oben beschrieben von der Anzeigepflicht ausgenommen. Eine vorsätzliche Verletzung der Anzeigepflicht kann zur Einhebung einer Strafe von bis zu 10 % des gemeinen Werts des geschenkten Vermögens führen.

Zu beachten ist außerdem noch, dass gemäß § 27 Abs 6 Z 1 EStG die unentgeltliche Übertragung der Schuldverschreibungen den Anfall von Einkommensteuer auf Ebene des Übertragenden auslösen kann (siehe oben).

4.1.19 Besteuerung in Deutschland

Bundesrepublik Deutschland

Dieser Abschnitt enthält eine kurze Zusammenfassung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen (wie den Wertpapieren) bedeutsam sind oder werden können. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende und vollständige Darstellung sämtlicher möglicherweise relevanter steuerlicher Aspekte. Da dieser Prospekt die Ausgabe einer Vielzahl verschiedener Arten von Schuldverschreibungen ermöglicht, kann die steuerliche Behandlung der Schuldverschreibungen im Einzelfall von den folgenden Ausführungen abweichen. Ferner berücksichtigt die nachfolgende Darstellung nicht die steuerliche Behandlung von

Zahlungen in Bezug auf Basiswertpapiere. Die insoweit anwendbaren steuerlichen Vorschriften können (in einigen Fällen erheblich) von denen abweichen, die in der folgenden Darstellung beschrieben sind.

Grundlage dieser Zusammenfassung ist das zur Zeit der Erstellung dieses Prospekts geltende nationale deutsche Steuerrecht. Es wird darauf hingewiesen, dass sich steuerrechtliche Bestimmungen – unter Umständen und in gewissen Grenzen auch rückwirkend – ändern können. Soweit auf Stellungnahmen der Finanzverwaltung verwiesen wird, ist zu beachten, dass Änderungen in der Sichtweise der Finanzverwaltung möglich und zudem die Gerichte nicht an entsprechende Vorgaben gebunden sind. Selbst für den Fall, dass gerichtliche Entscheidungen zu bestimmten Arten von Schuldverschreibungen bestehen, müssen die entwickelten Grundsätze nicht auf solche Schuldverschreibungen Anwendung finden, die in ihrer Ausgestaltung von spezifischen Eigenheiten geprägt sind.

Diese Zusammenfassung kann die individuelle Situation potenzieller Käufer nicht berücksichtigen. Diesen wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der unentgeltlichen Übertragung von Schuldverschreibungen sowie von Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Inhabers angemessen zu berücksichtigen.

Steuerinländer

Schuldverschreibungen im Privatvermögen

Zinsen und Veräußerungsgewinne

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen an Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Privatvermögen halten (Privatanleger) und bei denen es sich für steuerliche Zwecke um in Deutschland Ansässige handelt, (d. h., Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt sich in Deutschland befindet), stellen Einkünfte aus Kapitalvermögen dar und unterliegen gemäß §§ 20 Abs. 1, 32d Abs. 1 Einkommensteuergesetz grundsätzlich einem besonderen Steuersatz in Höhe von 25 % (sog. Abgeltungsteuer, nachfolgend als „Abgeltungsteuer“ bezeichnet) zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % gemäß §§ 1 und 4 Solidaritätszuschlaggesetz und ggf. Kirchensteuer.

Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen, einschließlich etwaiger bis zur Veräußerung oder Abtretung der Schuldverschreibungen aufgelaufener und getrennt verrechneter Zinsen ("Stückzinsen"), stellen – unabhängig von einer Haltedauer – Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Abs. 2 Einkommensteuergesetz dar und unterliegen ebenfalls der Abgeltungsteuer zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % und ggf. Kirchensteuer. Die Einlösung, Rückzahlung, Abtretung oder verdeckte Einlage von Schuldverschreibungen in eine Kapitalgesellschaft gilt ebenfalls als Veräußerung.

Veräußerungsgewinne werden ermittelt aus der Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen) und dem Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen. Werden Schuldverschreibungen in einer anderen Währung als Euro begeben, sind die Erlöse aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung und die Ausgabe- oder Kaufpreise in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung umzurechnen.

Werbungskosten (andere als solche, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen), die im Zusammenhang mit Zinszahlungen oder Gewinnen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen stehen, sind – abgesehen von dem Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehepaaren) – nicht abzugsfähig.

Nach den Regelungen zur Abgeltungsteuer sind Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen nur mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechenbar. Sofern eine Verrechnung in dem Veranlagungszeitraum, in dem die Verluste realisiert werden, nicht möglich ist, können diese Verluste nur in zukünftige Veranlagungszeiträume vorgetragen und dort mit positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen, die in diesen zukünftigen Veranlagungszeiträumen erzielt werden, verrechnet werden. Verluste aus sog. privaten Veräußerungsgeschäften gemäß § 23 Einkommensteuergesetz in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung, die vor dem 1. Januar 2009 realisiert wurden, können mit positiven Kapitaleinkünften nach den Regelungen zur Abgeltungsteuer noch bis zum 31. Dezember 2013 verrechnet werden.

Für den Fall, dass der Inhaber der Schuldverschreibung von der Emittentin am Fälligkeitstag eine Lieferung der zugrunde liegenden Wertpapiere statt einer Zahlung in Geld erhält, ist die Einlösung der Schuldverschreibung in Abweichung von den vorstehenden Ausführungen steuerneutral. Dies gilt unabhängig davon, ob der Verkehrswert der Wertpapiere die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung im Zeitpunkt der Lieferung über- oder unterschreitet, da in diesem Fall die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung gemäß § 20 Abs. 4a Satz 3 Einkommensteuergesetz als Veräußerungspreis der Schuldverschreibung und als Anschaffungskosten der gelieferten Wertpapiere gelten. Gewinne aus einer späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere unterliegen gemäß § 20 Abs. 2 Einkommensteuergesetz der Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % und ggf. Kirchensteuer). Verluste aus einer späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere können mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechnet werden, ausgenommen Verluste aus der Veräußerung von Aktien, welche nur mit Gewinnen aus anderen Aktienverkäufen verrechenbar sind. § 20 Abs. 4a Satz 3 Einkommensteuergesetz findet auch in Bezug auf sog. Vollrisikozertifikate (d. h. index- oder Aktienkorb-bezogene Schuldverschreibungen, bei denen sowohl die Höhe der Rückzahlung als auch das Entgelt ungewiss sind) mit Andienungsrecht Anwendung.

Weitere Besonderheiten gelten für Vollrisikozertifikate mit mehreren Zahlungszeitpunkten. Gemäß dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 9. Oktober 2012 (IV C 1 - S 2252/10/10013) sollen bei diesen Zertifikaten sämtliche Zahlungen, die der Anleger vor Ende der Laufzeit erhält, bei ihm als Erträge aus einer sonstigen Kapitalforderung nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG zu versteuern sein. Etwas anderes soll nur dann gelten, wenn vertraglich vereinbart ist, dass diese Zahlungen Kapitalrückzahlungen (Tilgung) sind. Fehlen Tilgungsvereinbarungen und hat der Anleger am Ende der Laufzeit des Vollrisikozertifikats keinen Anspruch auf eine abschließende Zahlung bzw. erfolgt keine abschließende Zahlung mehr, so soll im Zeitpunkt der Endfälligkeit kein veräußerungsgleicher Vorgang i. S. d. § 20 Abs. 2 Einkommensteuergesetz vorliegen. Gleichfalls soll kein veräußerungsgleicher Vorgang vorliegen, wenn der Anleger bei Zertifikaten am Ende der Laufzeit des Zertifikats keine Zahlung erhält, weil nach den Emissionsbedingungen der Wert des Basiswertes vor Endfälligkeit einen in den Emissionsbedingungen festgeschriebenen Wert über- oder unterschritten hat oder es deshalb zu einer vorzeitigen Beendigung des Zertifikats kommt (z. B. bei einem Zertifikat mit „knock-out“-Struktur). Im Ergebnis bedeutet die von der Finanzverwaltung vertretene Auffassung eine Einschränkung bzw. Versagung der Geltendmachung von entsprechenden Verlusten. Auch wenn sich das Schreiben des Bundesfinanzministeriums nur auf Vollrisikozertifikate bezieht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung die oben dargestellten Grundsätze auch auf andere Arten von Schuldverschreibungen anwendet.

Darüber hinaus vertritt das Bundesfinanzministerium die Auffassung, dass auch ein Forderungsausfall oder ein Forderungsverzicht nicht als Veräußerung anzusehen ist, so dass entsprechende Verluste steuerlich nicht abziehbar wären. In diesem Zusammenhang ist nicht geklärt, ob die Auffassung der Finanzverwaltung auch Wertpapiere betrifft, die sich auf einen Referenzwert beziehen, sofern bei einem solchen ein Wertverlust eintritt. Schließlich könnte die Geltendmachung von Verlusten auch eingeschränkt sein, soweit bestimmte Arten von Schuldverschreibungen als Finanzderivate zu qualifizieren wären und bei Wertlosigkeit verfallen.

Steuereinbehalt

Werden die Schuldverschreibungen in einem Wertpapierdepot verwahrt oder verwaltet, das der Gläubiger bei einem inländischen Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich einer inländischen Zweigniederlassung eines solchen ausländischen Instituts), einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank (die "Auszahlende Stelle") unterhält, wird die Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % und ggf. Kirchensteuer) auf Zinsen sowie auf den positiven Unterschiedsbetrag zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung in Zusammenhang stehen) und den Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen (ggf. umgerechnet in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung) von der Auszahlenden Stelle einbehalten.

Die Auszahlende Stelle wird eine Verrechnung von Verlusten mit laufenden Kapitalerträgen und Veräußerungsgewinnen aus anderen Kapitalanlagen vornehmen. Für den Fall, dass eine Verlustverrechnung mangels entsprechender positiver Kapitalerträge bei der Auszahlenden Stelle nicht möglich ist, hat die Auszahlende Stelle auf Verlangen des Gläubigers eine Bescheinigung über die Höhe des nicht ausgeglichenen Verlusts nach amtlich vorgeschriebenem Muster zu erteilen; der Verlustübertrag durch die Auszahlende Stelle ins nächste Jahr entfällt in diesem Fall zugunsten einer Verlustverrechnung mit Kapitalerträgen im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Der Antrag auf Erteilung der Bescheinigung muss der Auszahlenden Stelle bis zum 15. Dezember des laufenden Jahres zugehen.

Hat das verwahrende Institut seit der Anschaffung gewechselt und können die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen werden oder sind sie nicht relevant, wird der Steuersatz in Höhe von 25 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer) auf 30 % der Erlöse aus Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen erhoben. Im Zuge des Steuereinbehalts durch die Auszahlende Stelle können ausländische Steuern im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften angerechnet werden.

Werden die Schuldverschreibungen nicht in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt, fällt Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge an, die bei Vorlage eines Kupons oder der Schuldverschreibung an den Inhaber eines solchen Kupons oder einer Schuldverschreibung (außer einem ausländischen Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut) gezahlt werden (Tafelgeschäft).

Die Abgeltungsteuer wird grundsätzlich nicht erhoben, sofern der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle einen Freistellungsauftrag vorlegt (maximal in Höhe des Sparer-Pauschbetrages von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehepaaren)), jedoch nur in dem Umfang, in dem die Kapitaleinkünfte den im Freistellungsauftrag ausgewiesenen Betrag nicht übersteigen. Entsprechend wird keine Abgeltungsteuer einbehalten, wenn der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle eine vom zuständigen Finanzamt ausgestellte Nichtveranlagungsbescheinigung übergeben hat.

Für Privatanleger ist die einbehaltene Abgeltungsteuer grundsätzlich definitiv. Eine Ausnahme vom Grundsatz der abgeltenden Besteuerung ist gegeben, wenn die beim Kapitalertragsteuerabzug angesetzte Bemessungsgrundlage kleiner ist als die tatsächlich erzielten Erträge. In diesem Fall tritt die Abgeltungswirkung nur insoweit ein, als die Erträge der Höhe nach dem Steuerabzug unterlegen haben. Der darüber hinausgehende Betrag, den der Anleger in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben hat, unterliegt der Abgeltungsteuer im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Nach dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 9. Oktober 2012 (IV C 1 - S 2252/10/10013) kann aus Billigkeitsgründen hiervon abgesehen werden, wenn die Differenz je Veranlagungszeitraum nicht mehr als EUR 500 beträgt und keine anderen Gründe für eine Veranlagungspflicht nach § 32d Abs.3 Einkommensteuergesetz bestehen. Weiterhin können Privatanleger, deren persönlicher Steuersatz unter dem Abgeltungsteuersatz liegt, die Kapitaleinkünfte in ihrer persönlichen

Einkommensteuererklärung angeben, um auf Antrag eine niedrigere Besteuerung zu erreichen. Zum Nachweis der Kapitaleinkünfte und der einbehaltenen Kapitalertragsteuer kann der Anleger von der Auszahlenden Stelle eine entsprechende Bescheinigung gemäß dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck verlangen.

Kapitaleinkünfte, die nicht dem Steuereinbehalt unterliegen haben (z. B. mangels Auszahlender Stelle) müssen im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung angegeben werden und unterliegen im Veranlagungsverfahren der Abgeltungsteuer in Höhe von 25 % (zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer), sofern der persönliche Steuersatz des Anlegers nicht niedriger ist und er eine Besteuerung zu diesem niedrigeren Steuersatz beantragt. Im Zuge des Veranlagungsverfahrens können ausländische Steuern auf Kapitaleinkünfte sowie Quellensteuern, die aufgrund der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehalten werden, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften angerechnet bzw. gutgeschrieben werden.

Anwendbarkeit der steuerlichen Bestimmungen des deutschen Investmentsteuergesetzes

Andere als die vorstehend beschriebenen steuerlichen Folgen können sich ergeben, wenn die Schuldverschreibungen oder die diesen Schuldverschreibungen zugrunde liegenden und an den Inhaber bei Rückzahlung der Schuldverschreibung physisch übergebenen Wertpapiere (Referenzwerte) als Anteil an einem ausländischen Investmentvermögen qualifizieren. In einem solchen Fall würden sich die Bestimmungen bezüglich des Steuereinhalts durch die Auszahlende Stelle sowie die Besteuerung des Inhabers der Schuldverschreibung danach richten, ob die Bekanntmachungs- und Offenlegungspflichten nach dem Investmentsteuergesetz erfüllt sind. Ist dies nicht der Fall, könnte der Inhaber der Schuldverschreibungen der Besteuerung nach fiktiven Gewinnen unterliegen.

Nach bisherigem Verständnis galten index- oder fondsbezogene Schuldverschreibungen grundsätzlich nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentvermögen. Ob dies auch nach der Ersetzung des Investmentgesetzes durch das neue Kapitalanlagegesetzbuch ab dem 22. Juli 2013 sowie der noch nicht in Kraft getretenen Änderung des Investmentsteuergesetzes durch das Gesetz zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz, AIFM-StAnpG) gilt, ist bisher noch nicht abschließend geklärt. Allerdings sprechen gute Gründe dafür, dass solche Schuldverschreibungen auch in Zukunft nicht vom Investmentsteuergesetz erfasst werden sollen.

Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen und Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen, einschließlich etwaiger Stückzinsen, unterliegen bei Anlegern, die die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen halten (betriebliche Anleger) und bei denen es sich für steuerliche Zwecke um in Deutschland Ansässige handelt (d. h., Anleger, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), der Körperschaftsteuer beziehungsweise Einkommensteuer in Höhe des für den betrieblichen Anleger geltenden Steuersatzes. Sie müssen auch für Zwecke der

Gewerbsteuer berücksichtigt werden, sofern die Schuldverschreibungen zu einem inländischen Betriebsvermögen gehören. Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen werden steuerlich grundsätzlich berücksichtigt; etwas anderes kann gelten, wenn bestimmte (z. B. indexbezogene) Schuldverschreibungen als Finanzderivate zu qualifizieren wären.

Werden bei Fälligkeit einer Schuldverschreibung anstelle der Rückzahlung des Nominalbetrags in Geld Wertpapiere geliefert, wird diese Lieferung als steuerbare Veräußerung behandelt und ein entsprechender Veräußerungsgewinn ist zu versteuern.

Etwaig einbehaltene Kapitalertragsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags hierauf werden als Vorauszahlung auf die deutsche Körperschaft- oder persönliche Einkommensteuerschuld und den Solidaritätszuschlag im Rahmen der Steuerveranlagung angerechnet, d. h. ein Steuereinbehalt ist nicht definitiv. Übersteigt der Steuereinbehalt die jeweilige Steuerschuld, wird der Unterschiedsbetrag erstattet. Ein Steuereinbehalt erfolgt jedoch grundsätzlich und vorbehaltlich weiterer Voraussetzungen nicht auf Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen, wenn (i) die Schuldverschreibungen von einer unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse gehalten werden (§ 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Einkommensteuergesetz) oder (ii) die Kapitalerträge aus den Schuldverschreibungen Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind und der Gläubiger der Kapitalerträge dies gegenüber der Auszahlenden Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt (Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug, § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 Einkommensteuergesetz).

Ausländische Steuern und aufgrund der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehaltene Quellensteuern können im Rahmen der gesetzlichen Regelungen angerechnet bzw. für Quellensteuern, die aufgrund der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehalten wurden, auch gutgeschrieben werden. Ausländische Steuern können auch von der für deutsche Steuerzwecke maßgeblichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden.

Steuerausländer

Zinszahlungen und Veräußerungsgewinne, einschließlich etwaiger Stückzinsen, in Bezug auf die Schuldverschreibungen unterliegen nicht der deutschen Besteuerung, es sei denn, (i) die Schuldverschreibungen gehören zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte (einschließlich eines ständigen Vertreters) oder festen Einrichtung, die der Gläubiger der Schuldverschreibungen in Deutschland unterhält, (ii) die Zinseinkünfte stellen in sonstiger Weise Einkünfte aus deutschen Quellen dar oder (iii) die Schuldverschreibungen werden nicht in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt und die Zinsen oder Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen werden von der Auszahlenden Stelle bei Vorlage eines Kupons an den Inhaber eines solchen Kupons oder einer Schuldverschreibung (außer einem ausländischen Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut) gezahlt (Tafelgeschäft). In den Fällen (i), (ii) und (iii) gelten ähnliche Regeln wie oben unter "Steuerinländer" erläutert.

Steuerausländer sind grundsätzlich von der deutschen Abgeltungsteuer und dem Solidaritätszuschlag darauf befreit. Sofern Zinsen oder Veräußerungsgewinne jedoch

nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes in Deutschland steuerpflichtig sind und Schuldverschreibungen in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt werden oder im Falle eines Tafelgeschäfts, wird ein Steuereinbehalt – wie oben unter "Steuerinländer" erläutert – vorgenommen.

Es kann jedoch eine Erstattung der Abgeltungsteuer im Rahmen der Veranlagung oder aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens in Betracht kommen.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Erbschaft- und Schenkungsteuer fällt nicht an, wenn – im Erbfall – weder der Erwerber noch der Erblasser oder – im Falle einer Schenkung – weder der Schenker noch der Beschenkte in Deutschland ansässig sind und die Schuldverschreibung nicht Teil des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte einschließlich eines ständigen Vertreters des Gläubigers in Deutschland sind. Unter gewissen Voraussetzungen kann Erbschaft- und Schenkungsteuer jedoch für Personen entstehen, die ehemals in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig waren (Auswanderer).

Sonstige Steuern

Im Zusammenhang mit der Emission, Ausgabe oder Ausfertigung der Schuldverschreibungen fällt in Deutschland keine Stempel-, Emissions-, Registrierungs- oder ähnliche Steuer oder Abgabe an. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Deutschland hat die Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie) mit der Zinsinformationsverordnung (ZIV) in nationales Recht umgesetzt. Beginnend ab dem 1. Juli 2005 hat Deutschland daher begonnen, über Zahlungen von Zinsen und zinsähnlichen Erträgen unter den Schuldverschreibungen an wirtschaftliche Eigentümer, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft haben, Auskunft zu erteilen, wenn die Schuldverschreibungen bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt werden.

4.2 Angaben über die zugrunde liegenden Basiswerte

Unter "**Basiswert**" werden jene Referenzgrößen verstanden, auf welche die Berechnung einer Zahlung auf derivative Wertpapiere (insbesondere Rückzahlungsbetrag, Tilgungsbetrag und Bonuszahlung bei Bonus-Zertifikaten) Bezug nimmt. Diese Basiswerte können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen, Körbe der vorstehenden Basiswerte oder daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Eine detaillierte Nennung und Beschreibung des/der jeweiligen Basiswerte(s) erfolgt in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen.

4.2.1 Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts

Die Wertpapiere werden zu ihrem Rückzahlungs- oder Tilgungsbetrag (wie in den Endgültigen Bedingungen definiert und weiter ausgeführt) am Fälligkeitstag zurückgezahlt. Bei Bonus-Zertifikaten erfolgt die Zahlung eines Bonus, wenn der Kurs des Basiswerts während der Laufzeit eine in den Endgültigen Bedingungen genannte Barriere weder erreicht noch unterschreitet. Weitere Regelungen zur Berechnung des Rückzahlungs- oder Tilgungsbetrages (insbesondere wenn die Tilgung basiswertabhängig ist), zum Beobachtungszeitraum, Startwert und allenfalls zum Verfahren zu dessen Feststellung, Barriere, Feststellungstag, Höchst- und/oder Mindestrückzahlungsbetrag, Mindestlaufzeit, Mindestrestlaufzeit, Bonus, Bezugsverhältnis, Schlusskurs, Höchstrückzahlungsbetrag, Marktstörungs- und Anpassungsereignisse und/oder sonstige Details zur Rückzahlung sind in den Emissionsbedingungen und Endgültigen Bedingungen enthalten.

4.2.2 Erklärung zur Art des Basiswerts

Der Typ des Basiswerts und Einzelheiten darüber, wo Angaben über den Basiswert eingeholt werden können, sind in den Endgültigen Bedingungen enthalten. Die mit den Basiswerten verbundenen Risiken sind im Kapitel "Risikofaktoren" beschrieben.

Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und seiner Volatilität können auf der Homepage der jeweils maßgeblichen Börse (siehe Endgültige Bedingungen), soweit der Basiswert dort börsennotiert ist, gegebenenfalls auf der Homepage der Emittentin, auf freien Börseinformationsseiten und bei kostenpflichtigen Informationssystemen (wie zB Reuters, Bloomberg) bezogen werden, sofern derartige Informationen dort zur Verfügung stehen.

Handelt es sich bei dem Basiswert um ein Wertpapier, können der Namen des Wertpapieremittenten und die ISIN (*International Security Identification Number*) oder ein ähnlicher Sicherheitsidentifikationscode den Endgültigen Bedingungen entnommen werden. Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Index, wird die Bezeichnung des Index (oder Indexkorbes) und eine Angabe des Ortes, wo Informationen zu diesem Index (oder Indexkorb) zu finden sind, in den Endgültigen Bedingungen festgelegt. Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Zinssatz, wird eine Beschreibung des Zinssatzes in die Endgültigen Bedingungen aufgenommen. Fällt der Basiswert nicht unter eine der vorgenannten Kategorien, werden gleichwertige Informationen in den Endgültigen Bedingungen enthalten sein. Im Falle eines Korbes von Basiswerten werden die entsprechenden Gewichtungen jedes einzelnen Basiswerts im Korb in den Endgültigen Bedingungen beschrieben.

4.2.3 Beschreibung von Marktstörungen

Die Emissionsbedingungen enthalten Bestimmungen zu etwaigen Störungen des Marktes und/oder der Abrechnung, und Bestimmungen über die daran allenfalls geknüpften Konsequenzen.

4.2.4 Anpassungsregelungen

Die Emissionsbedingungen enthalten Bestimmungen zur Vorgangsweise bei etwaigen Vorfällen, welche den Wert des Basiswerts beeinflussen können und zu einer Anpassung des Basiswerts führen können.

5. Bedingungen und Voraussetzungen für das Angebot

5.1 Konditionen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Zeichnung des Angebots

5.1.1 Angebotskonditionen

Das Angebot der Wertpapiere unter diesem Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Wertpapieren.

5.1.2 Gesamtvolumen

Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter diesem Prospekt ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und, soweit anwendbar, des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit bestehenden Wertpapieren eine einheitliche Serie bilden.

5.1.3 (i) Angebotsfrist

Das Programm sieht dauernde und/oder wiederholte Emissionen von Wertpapieren vor. Bei Daueremissionen entspricht die Angebotsfrist der Laufzeit, wobei der Emissionspreis laufend angepasst werden kann. Die Emittentin kann auch eine Angebotsfrist in den Endgültigen Bedingungen bestimmen.

5.1.3 (ii) Zeichnungsverfahren

Die Einladung zur Angebotsstellung gegenüber Ersterwerbern erfolgt durch die Emittentin sowie etwaige Vertriebspartner. Die Angebotsstellung zur Zeichnung der Wertpapiere hat durch die Anleger zu erfolgen. Die Emittentin behält sich die (gänzliche oder teilweise) Annahme der Zeichnungsangebote vor.

5.1.4 Reduzierung von Zeichnungen, Erstattung von Beträgen

Eine Reduzierung der Zeichnungen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Der Emittentin steht aber das Recht zur Verkürzung der Zeichnungen in ihrem freien Ermessen zu; falls die Emittentin von diesem Recht Gebrauch macht, werden von den Anlegern zu viel bezahlte Beträge diesen rückerstattet werden.

5.1.5 Mindest-/Höchstzeichnungsbeträge

Die Stückelung der Wertpapiere und/oder allfällige Mindest- oder Höchstzeichnungsbeträge ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

5.1.6 Bedienung und Lieferung

Sofern in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, erfolgt die Zahlung des Emissionspreises auf Basis des zwischen dem Anleger und der Emittentin abzuschließenden Zeichnungsvertrages über den Erwerb der Wertpapiere. Die Lieferung erfolgt gegen oder, wenn in den Endgültigen Bedingungen angegeben, frei von Zahlung zu den marktüblichen Fristen.

5.1.7 Termin für die Ergebnisse des Angebotes

Die Ergebnisse eines Angebotes von Wertpapieren werden nach Ablauf der jeweils anwendbaren Zeichnungsfrist durch die Emittentin der Verwahrungsstelle und der Börse, an der die Wertpapiere allenfalls notiert sind, offen gelegt.

5.1.8 Vorzugsrechte, Übertragbarkeit der Zeichnungsrechte und nicht ausgeübte Zeichnungsrechte

Nicht anwendbar.

5.2 Plan für die Verbreitung der Wertpapiere und deren Zuteilung

5.2.1 (i) Angabe der verschiedenen Anlegerkategorien, denen die Wertpapiere angeboten werden:

Grundsätzlich erfolgt die Einladung zur Angebotsstellung an keine bestimmte oder begrenzte Zielgruppe. Es gibt daher keine verschiedenen Kategorien von Investoren.

5.2.1 (ii) werden die Papiere gleichzeitig an den Märkten zweier oder mehrerer Staaten angeboten und ist eine bestimmte Tranche einigen dieser Märkte vorbehalten, so ist diese Tranche anzugeben.

Entfällt. Ein Angebot an den Märkten zweier oder mehrerer Staaten und der Vorbehalt einer bestimmten Tranche an Wertpapieren für bestimmte Märkte ist nicht vorgesehen.

5.2.2 Zuteilung

Eine Kürzung der Zeichnungsanträge ist nicht vorgesehen (siehe oben Punkt 5.1.4). Es kommt kein Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags zur Anwendung. Eine Angabe, ob eine Aufnahme des Handels vor dem Meldeverfahren möglich ist, entfällt dementsprechend.

5.3 Preisfestsetzung

5.3.1 (i) Preises, zu dem die Wertpapiere voraussichtlich angeboten werden, oder

Siehe Endgültige Bedingungen.

5.3.1 (ii) Methode, nach der der Preis festgesetzt wird, und Verfahren für seine Bekanntgabe

Der Emissionspreis der Wertpapiere wird von der Emittentin unter Berücksichtigung verschiedener preisrelevanter Faktoren wie zB Kurs des zugrunde liegenden Basiswerts, des aktuellen Zinsniveaus, künftig erwarteter Dividenden sowie sonstiger produktspezifischer Kriterien festgesetzt. Zusätzlich kann der Emissionspreis auch einen Ausgabeaufschlag beinhalten, welcher Provisionen für die Emittentin oder sonstige im Zusammenhang mit der Ausgabe und Absicherung der Wertpapiere entstehende Nebenkosten abdecken soll.

Der anfängliche Emissionspreis wird bei Daueremissionen in oder gemäß den Endgültigen Bedingungen festgelegt, die weiteren Emissionspreise werden nach billigem Ermessen der jeweiligen Marktlage angepasst.

5.3.1 (iii) Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden

Kosten und Spesen, die im mittelbaren Erwerb anfallen, unterliegen nicht dem Einfluss der Emittentin.

5.4 Platzierung und Übernahme

5.4.1 Angebot/Übernahmesyndikat

Es sind derzeit keine Koordinatoren und/oder Platzeure für die Emittentin bei der Emission der Wertpapiere tätig. Allenfalls künftig bestellte Koordinatoren und/oder Platzeure werden in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

5.4.2 Zahl-, und Verwahrstellen

Soweit nicht anderweitig in den Endgültigen Bedingungen genannt, handelt die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, 6900 Bregenz, als Zahlstelle.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere beauftragten Stellen zu bestellen, wobei diese im EWR sein werden.

Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Wertpapierinhabern begründet.

Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen die beauftragten Stellen keine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Wertpapiere, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

Jede Sammelurkunde wird nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen von der Emittentin oder von einem oder im Namen des Clearing-Systems (Verwahrstelle) verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind.

5.4.3 Übernahmezusage

Die Wertpapiere werden nicht fest übernommen oder auf Basis einer Vereinbarung "zu den bestmöglichen Bedingungen" vertrieben, ausgenommen die Endgültigen Bedingungen sehen anderes vor.

5.4.4 Datum des Übernahmevertrages

Wenn ein Übernahmevertrag geschlossen wird, wird das Datum desselben in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

5.4.5 Berechnungsstelle, Optionsstelle

Siehe die Angaben bei Punkt 5.4.2.

6. Zulassung zum Handel und Handelsregeln

6.1 (i) Zulassung zum Handel

Die Emittentin hat die Zulassung des Programms zum Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse beantragt, wobei diesem Antrag aber nicht entsprochen werden muss. Die Märkte oder MTFs, bei denen die Notierung oder Einbeziehung in den Handel von Wertpapieren beantragt wird oder wurde, sind in den Endgültigen Bedingungen angegeben. Die Wertpapiere können börsotächlich börslich und auerborlich fortlaufend gehandelt werden.

6.1 (ii) Termin der Zulassung zum Handel

Die Emittentin strebt die Zulassung von Wertpapieren für die ein entsprechender Antrag gestellt wird grundsätzlich für den Ausgabetag an.

6.2 Bereits zugelassene vergleichbare Wertpapiere

Vergleichbare Wertpapiere notieren derzeit an den regulierten Märkten und dem nicht regulierten Markt der Wiener Börse.

6.3 Intermediäre im Sekundärhandel

Es sind derzeit keine Intermediäre für die Emittentin im Sekundärhandel tätig. Allfällige künftige Intermediäre werden in den Endgültigen Bedingungen bestimmt.

7. Zusätzliche Angaben

7.1 Funktionen von an der Emission beteiligten Beratern

Es sind derzeit keine Berater für die Emittentin bei der Emission der Wertpapiere tätig.

7.2 Prüfungsbericht der Abschlussprüfer zu Informationen in der Wertpapierbeschreibung

Nicht anwendbar.

7.3 Sachverständigen-Erklärung/-Bericht

Es sind keine Sachverständigen für die Emittentin bei der Emission der Wertpapiere tätig.

7.4 Angaben von Seiten Dritter

Nicht anwendbar.

7.5 (i) Kreditrating der Emittentin

Angaben zum Rating der Emittentin finden sich in den Risikofaktoren auf Seite 42.

7.5 (ii) Rating der Wertpapiere

Angaben zu einem allfälligen Rating der Wertpapiere finden sich in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen.

7.6 Veröffentlichung nach erfolgter Emission

Die Emittentin beabsichtigt keine Veröffentlichung nach erfolgter Begebung (ausgenommen Veröffentlichungen gemäß den Emissionsbedingungen oder aufgrund anwendbarer Gesetze oder Verordnungen).

GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Zur leichteren Lesbarkeit finden sich nachstehend bestimmte Abkürzungen und Definitionen, die in diesem Prospekt verwendet werden. Die Leser dieses Prospekts sollten immer die vollständige Beschreibung eines in diesem Prospekt enthaltenen Ausdrucks verwenden.

"Barriere"	meint ein bestimmtes Wertniveau, dessen Erreichen oder Nichterreichen durch den Basiswert Auswirkungen auf die Verzinsung oder die Höhe des Tilgungsbetrags bestimmter Wertpapiere hat
"Basiswerte"	sind jene Referenzgrößen, auf welche die Berechnung einer Zahlung auf derivative Wertpapiere (insbesondere Verzinsung bei basiswertabhängig verzinsten Schuldverschreibungen sowie Tilgungsbetrag bei Zertifikaten und Bonuszahlung bei Bonus-Zertifikaten) Bezug nimmt
"BMF"	meint das österreichische Bundesministerium für Finanzen
"BWG"	Bankwesengesetz (BGBl Nr 532/1993 idgF)
"CHF"	Schweizer Franken
"Digitale Optionen-Produkte"	meint Wertpapiere, bei denen die Höhe der Verzinsung davon abhängt, ob der Kurs des Basiswerts am Fälligkeitstag auf oder über einem bestimmten, von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten Kursniveau (Barriere) liegt. Liegt der Kurs des Basiswerts auf oder über der im Vorhinein fixierten Barriere, so erhält der Investor einen vorher festgelegten Kupon. Liegt der Kurs des Basiswerts unter der Barriere, wird kein oder nur ein geringerer Kupon ausbezahlt.
"EB"	meint Endgültige Bedingungen
"Emittentin"	Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, 6900 Bregenz, eingetragen im Firmenbuch zu FN 145586y
"Ernst & Young"	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H., Wagramer Straße 19, IZD Tower, 1220

Wien, Österreich

"EStG"	Einkommensteuergesetz 1988 (BGBl Nr 400/1988 idgF)
"EU-Prospekt-Richtlinie"	Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.11.2003 in der geltenden Fassung
"Prospektverordnung"	Verordnung (EG) 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 in der geltenden Fassung
"EU-QuStG"	EU-Quellensteuergesetz in der geltenden Fassung
"EWR"	Europäischer Wirtschaftsraum
"FMA"	Finanzmarktaufsichtsbehörde
"Hebeleffekt"	meint einen Effekt, durch den bei einem Wert, dessen Entwicklung von einem anderen Wert abhängig ist, die Entwicklung des beeinflussten Wertes im Vergleich zu der des beeinflussenden Wertes überproportional ist (zB aufgrund einer Verdoppelung des Wertes A vervierfacht sich der Wert B)
"Hybrider Basiswertkorb"	meint einen Basiswertkorb, der sich aus Basiswerten unterschiedlicher Art zusammensetzt (zB ein Index und zwei Aktien)
"Hypo Vorarlberg-Gruppe "	meint die Emittentin und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften
"IFRS"	International Financial Reporting Standards
"ISDA"	International Swaps and Derivatives Association
"ISIN"	International Securities Identification Number
"IT-Systeme"	Informationstechnologiesysteme
"KESt"	Kapitalertragsteuer
"KMG"	Kapitalmarktgesetz idgF (Bundesgesetz über das öffentliche Anbieten von Wertpapieren und anderen Kapitalveranlagungen und über die Aufhebung des Wertpapier-Emissionsgesetzes, BGBl Nr 625/1991)

"KStG"	Körperschaftsteuergesetz 1988 (BGBl. Nr. 401/1988 idgF)
"Moody's"	Moody's Investor Services Inc.
"Multiplikator"	meint in Zusammenhang mit Bestimmungen zur variablen Verzinsung von Wertpapieren einen Wert, mit dem ein Referenzzinssatz zu multiplizieren ist, um den für die jeweilige Zinsperiode auf die Verzinsung der Wertpapiere anwendbaren Zinssatz zu erhalten
"MTF"	Multilaterales Handelssystem (<i>Multilateral Trading Facility</i>)
"Notifizierung"	Übermittlung von Bescheinigungen durch die FMA an eine zuständige Behörde eines EWR Staates über die Billigung des Prospekts, aus denen hervorgeht, dass der Prospekt gemäß dem KMG erstellt wurde
"Performance"	meint die Entwicklung eines Wertes und wird durch den Quotienten aus (i) dem Wert zum Ende des maßgeblichen Zeitraums und (ii) diesem Wert zu Beginn des maßgeblichen Zeitraums dargestellt
"Range Accrual-Schuldverschreibungen"	meint Schuldverschreibungen, bei denen Zinsen nur für jene Zeiträume anfallen, in denen der maßgebliche Zinssatz in einer von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten und in den Emissionsbedingungen angegebenen Bandbreite liegt
"Sammelurkunde"	meint eine auf Inhaber lautende Dauersammelurkunde, durch die jede Serie von Schuldverschreibungen verbrieft wird
"Schuldverschreibungen"	meint die von der Emittentin unter diesem Programm begebenen Schuldverschreibungen, Pfandbriefe oder Kommunalpfandbriefe mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, Stufenzins-Schuldverschreibungen, basiswertabhängiger Verzinsung, Steepener-Schuldverschreibungen, und Nullkupon-Schuldverschreibungen
"Wertpapierinhaber"	meint die Inhaber von unter diesem Prospekt emittierten Wertpapieren der Emittentin

"Securities Act"	U.S. Securities Act of 1933
"Volatilität"	meint die Schwankungsbreite von Werten (zB Aktienkursen)
"WAG"	Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 (BGBl. I Nr. 60/2007 idgF)
"Wertpapiere"	meint die Schuldverschreibungen und die Zertifikate
"Zertifikate"	meint die von der Emittentin unter diesem Programm begebenen fix verzinsten und variabel verzinsten Zertifikate, Partizipations-Zertifikate und Bonus-Zertifikate (jeweils mit oder ohne Kapitalgarantie), sowie Express-Zertifikate, jeweils bezogen auf einen oder mehrere Basiswerte

UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS

Die Emittentin mit Sitz in Bregenz und der Geschäftsanschrift Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, eingetragen im Firmenbuch unter der FN 145586y, übernimmt die Haftung für die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft
als Emittentin gemäß § 8 KMG

Bregenz, am 6.9.2013

DR. MICHAEL GRAHAMMER
als kollektiv zeichnungsberechtigter Vorsitzender des Vorstandes

MAG. FLORIAN GORBACH, MSC
als kollektiv zeichnungsberechtigter Prokurist

EMISSIONSBEDINGUNGEN

Die nachfolgenden Muster-Emissionsbedingungen der Wertpapiere (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") sind in zwei Ausgestaltungsvarianten (Optionen) aufgeführt:

- **Option 1** umfasst die Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen und ergänzende Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung
- **Option 2** umfasst die Muster-Emissionsbedingungen für Zertifikate

Die Muster-Emissionsbedingungen für jede Option enthalten bestimmte weitere Optionen, die durch Instruktionen und Erklärungen in eckigen Klammern innerhalb der Muster-Emissionsbedingungen gekennzeichnet sind.

In den Endgültigen Bedingungen wird die Emittentin festlegen, welche der Optionen 1 oder 2 der Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) für die einzelne Serie von Wertpapieren zur Anwendung kommt, indem die betreffenden Angaben wiederholt oder die entsprechende Option ausgewählt wird.

Soweit die Emittentin zum Zeitpunkt der Billigung des Prospektes keine Kenntnis von bestimmten Angaben hatte, die auf eine Serie von Wertpapieren anwendbar sind, enthält dieser Prospekt Leerstellen in eckigen Klammern, die durch die Endgültigen Bedingungen vervollständigt werden.

Die nachfolgenden Muster-Emissionsbedingungen sind gemeinsam mit dem Teil 1 der "**Endgültigen Bedingungen**", die die Muster-Emissionsbedingungen jeder Serie von Wertpapieren ergänzen und konkretisieren, zu lesen. Die [Muster-Emissionsbedingungen und die] Endgültigen Bedingungen bilden [zusammen] die "**Emissionsbedingungen**" der jeweiligen Serie von Wertpapieren. [Die Leerstellen in den auf die Wertpapiere anwendbaren Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angabe ausgefüllt wären, alternative oder wählbare Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausgefüllt oder gestrichen sind, gelten als aus diesen Muster-Emissionsbedingungen gestrichen; sämtliche auf die Wertpapiere nicht anwendbare Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich der Anweisungen, Anmerkungen und der Texte in eckigen Klammern) gelten als aus diesen Muster-Emissionsbedingungen gestrichen.]

Kopien der Emissionsbedingungen sind auf der Website der Emittentin unter www.hypovbg.at oder kostenlos am Sitz der Emittentin während der üblichen Geschäftszeiten verfügbar.

ANHÄNGE

- Anhang 1** Muster-Emissionsbedingungen der **Schuldverschreibungen** und ergänzende Emissionsbedingungen der **Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung**
- Anhang 2** Muster-Emissionsbedingungen der **Zertifikate**
- Anhang 3** Muster der **Endgültigen Bedingungen** für **Schuldverschreibungen**
- Anhang 4** Muster der **Endgültigen Bedingungen** für **Zertifikate**

Anhang 1

**Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen und ergänzende
Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger
Verzinsung**

Emissionsbedingungen

**der fix verzinsten, variabel verzinsten, Stufenzins-, oder basiswertabhängigen
Schuldverschreibungen, Steepener-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe,
Kommunalfandbriefe und Nullkupon Schuldverschreibungen**

der

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

**emittiert unter dem
Programm zur Begebung von
strukturierten Schuldverschreibungen**

§ 1

Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**") gemäß diesen Emissionsbedingungen (die "**Emissionsbedingungen**") in der Festgelegten Währung (EB Ziffer 4) (die "**Festgelegte Währung**") am Begebungstag (EB Ziffer 8) (der "**Begebungstag**") oder, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 9) bestimmt ist, als Daueremission ab dem Begebungstag begeben. Die Serie von Schuldverschreibungen ist eingeteilt in Stückelungen mit dem Nennbetrag (oder den Nennbeträgen) (EB Ziffer 2) (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist den Gesamtnennbetrag (EB Ziffer 3) auf. Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis (EB Ziffer 5) im Ausmaß von zumindest einem Stück oder, wenn dieser bestimmt ist, zum Mindestzeichnungsbetrag (EB Ziffer 6) und/oder zum Höchstzeichnungsbetrag (EB Ziffer 7). Im Falle einer Daueremission wird der Emissionspreis, allenfalls in Übereinstimmung mit den in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Regeln (EB Ziffer 5), laufend von der Emittentin angepasst.
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der Schuldverschreibungen wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz, BGBl Nr. 424/1969 idgF ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der

erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Emittentin trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

- (4) **Verwahrung.** Die Sammelurkunden werden bei der Verwahrstelle (EB Ziffer 29 (i)) für das Clearing-System (EB Ziffer 29 (ii)) hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind.

§ 2 Status

Teil A – Rang der nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

Teil B – Rang der Pfandbriefe (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)

Pfandbriefe (das sind Schuldverschreibungen, die in den EB als Pfandbriefe bezeichnet werden) begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander.

Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus Pfandbriefen.

Pfandbriefe sind geeignete Anlagen für Mündelgeld gemäß § 217 Z 3 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.

Teil C – Rang der Kommunalpfandbriefe (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)

Kommunalpfandbriefe (Öffentliche Pfandbriefe) (das sind Schuldverschreibungen, die in den EB als Kommunalpfandbriefe bezeichnet werden) begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verpflichtungen der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander.

Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des österreichischen Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus Pfandbriefen.

Kommunalpfandbriefe (Öffentliche Pfandbriefe) sind geeignete Anlagen für Mündelgeld gemäß § 217 Z 3 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 3 Verzinsung

Teil A - Fixverzinsliche Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt)

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag jährlich mit dem Zinssatz (EB Ziffer 15) ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum Fälligkeitstag (wie in § 4 (1) definiert) oder, wenn eine solche vorhanden ist, bis zum Ende der Fixzinsperiode (EB Ziffer 15) (ausschließlich) verzinst.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an den in den EB (EB Ziffer 21) genannten Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar.

Teil B – Stufenzins-Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt)

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum Fälligkeitstag (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) bezogen auf ihren Nennbetrag jährlich mit den für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Zinssätzen wie in den EB (EB Ziffer 16) angegeben verzinst.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an den in den EB (EB Ziffer 21) genannten Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar.

Teil C - Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen (Leitzinssatz) (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt)

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich), längstens jedoch bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [] definiert) verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag oder, wenn vorhanden, an den in den EB (EB Ziffer 21) genannten Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie in [] definiert) entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) dem Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor (EB Ziffer 17, der "**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor**") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie in [] definiert) und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge (EB Ziffer 17).

- (3) **Zinsberechnungsbasis.** Die "**Zinsberechnungsbasis**" entspricht dem Angebotssatz oder dem arithmetischen Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung (EB Ziffer 4, oder einer anderen in den Endgültigen Bedingungen Festgelegten Währung) wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr (Londoner Ortszeit im Falle von LIBOR, oder Brüsseler Ortszeit im Falle EURIBOR) (die "**Festgelegte Zeit**") am Zinsfeststellungstag (EB Ziffer 17) angezeigt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der Bildschirmseite verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) von der Berechnungsstelle zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen.

Die Bildschirmseite wird in den Endgültigen Bedingungen bestimmt (EB Ziffer 17) (die "**Bildschirmseite**"). Sollte zur Festgelegten Zeit kein Angebotssatz auf der Bildschirmseite erscheinen, wird die Berechnungsstelle von je einer Geschäftsstelle von vier Banken, deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der Bildschirmseite erschienenen Angebotssatzes verwendet wurden oder von anderen Referenzbanken (EB Ziffer 17) (die "**Referenzbanken**") deren Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung für die jeweilige Zinsperiode (wie in [] definiert) gegenüber führenden Banken im relevanten Markt (EB Ziffer 17) (der "**Relevante Markt**") etwa zur Festgelegten Zeit am Zinsfeststellungstag anfordern. Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste tausendstel Prozent, falls EURIBOR der Referenzzinssatz ist, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist, oder in allen anderen Fällen auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,00005 aufgerundet wird) der Angebotssätze, jeweils wie durch die Berechnungsstelle festgelegt.

Falls an irgendeinem Zinsfeststellungstag nur eine oder keine der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennt, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode derjenige Zinssatz, den die Berechnungsstelle als das arithmetische Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) der Sätze feststellt, zu denen zwei oder mehr Referenzbanken nach deren Angaben gegenüber der Berechnungsstelle am betreffenden Zinsfeststellungstag etwa zur Festgelegten Zeit Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode von führenden Banken im Relevanten Markt angeboten bekommen haben; falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, soll die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die Bank(en) (die nach Ansicht der Berechnungsstelle und der Emittentin für diesen Zweck geeignet ist/sind) der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an den betreffenden Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken am Relevanten Markt nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen). Für den

Fall, dass die Zinsberechnungsbasis nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, ist die Zinsberechnungsbasis der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

**Teil D - Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen (Swapsatz)
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt)**

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich), längstens jedoch bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [] definiert) verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an den in den EB (EB Ziffer 21) genannten Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie in [] definiert) entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) dem Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor (EB Ziffer 18, der "**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor**") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie in [] definiert) und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge (EB Ziffer 18).
- (3) **Swapsatz.** Der Swapsatz entspricht dem maßgeblichen Swapsatz, wie er am Zinsfeststellungstag (EB Ziffer 18) auf der maßgeblichen Bildschirmseite (EB Ziffer 18), die "**Bildschirmseite**") (oder eine andere Seite desselben oder eines anderen Anbieters, auf die diese Veröffentlichung übertragen wurde) angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird.

Sollte der Swapsatz zur Festgelegten Zeit nicht auf der Bildschirmseite erscheinen oder die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Berechnungsstelle ungefähr um 11:00 Uhr (Frankfurter Zeit) von je einer Geschäftsstelle der fünf Referenzbanken (wie in [] definiert), Swapsatz-Quotierungen einholen. Wenn mindestens drei Quotierungen genannt werden, wird der maßgebliche Swapsatz das rechnerische Mittel der Quotierungen unter Ausschluss der höchsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der höchsten Quotierungen) und der niedrigsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der niedrigsten Quotierungen) sein.

"**Swapsatz-Quotierungen**" bedeutet das rechnerische Mittel der nachgefragten und angebotenen Sätze für den jährlichen Fixzinsszahlungsstrom (berechnet auf einer 30/360 Tagesberechnungsbasis) einer fixed-for-floating Euro Zinsswap-Transaktion, (x) die eine dem maßgeblichen Swapsatz entsprechende Laufzeit hat und am Beginn der Zinsperiode, für die der Swapsatz maßgeblich ist beginnt, (y) die auf einen Betrag lautet, der dem einer repräsentativen einzelnen Transaktion in dem Relevanten Markt zur relevanten Zeit eines anerkannten Händlers mit guter Bonität im Swap-Markt

entspricht, und (z) deren variabler Zahlungsstrom auf dem für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz (EB Ziffer 18) beruht (berechnet auf einer Actual/360 Tage-Berechnungsbasis).

"Referenzbanken" bedeutet diejenigen Banken, deren Angebotssätze vom Informationsanbieter der Bildschirmseite zur Ermittlung des maßgeblichen Angebotssatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als solch ein Angebot letztmals auf der Bildschirmseite angezeigt wurde.

Für den Fall, dass der Swapsatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Swapsatz der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, am letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

Teil E - Zinsen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt)

- (1) **Verzinsung.** Für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (EB Ziffer 19) gelten ergänzend die "Ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung", welche als Anhang einen integrativen Bestandteil dieser Emissionsbedingungen bilden.

Teil F – Nullkupon Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt)

- (1) **Keine laufende Verzinsung.** Es erfolgen keine laufenden Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.

Teil G – Steepener-Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt)

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) längstens jedoch bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [] definiert) verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag wie unten definiert oder, wenn vorhanden, an dem in den EB (EB Ziffer 21) genannten Tag zahlbar.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie in [] definiert) entspricht dem Produkt des Zins-Partizipationsfaktors (EB Ziffer 20) und der Differenz zwischen dem Swapsatz 1 (EB Ziffer 20) und dem Swapsatz 2 (EB Ziffer 20).
- (3) **Swapsätze.** Die Swapsätze (1 und 2) entsprechen den jeweils maßgeblichen Swapsätzen, wie sie auf der maßgeblichen Bildschirmseite (EB Ziffer 20), die "**Bildschirmseite**" (oder eine andere Seite desselben oder eines anderen Anbieters,

auf die diese Veröffentlichung übertragen wurde) angezeigt werden, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird.

Sollte einer der Swapsätze zur Festgelegten Zeit nicht auf der Bildschirmseite erscheinen oder die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Berechnungsstelle ungefähr um 11:00 Uhr (Frankfurter Zeit) von je einer Geschäftsstelle der fünf Referenzbanken (wie in [] definiert), Swapsatz-Quotierungen einholen. Wenn mindestens drei Quotierungen genannt werden, wird der maßgebliche Swapsatz das rechnerische Mittel der Quotierungen unter Ausschluss der höchsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der höchsten Quotierungen) und der niedrigsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der niedrigsten Quotierungen) sein.

"**Swapsatz-Quotierungen**" bedeutet das rechnerische Mittel der nachgefragten und angebotenen Sätze für den jährlichen Fixzinsszahlungsstrom (berechnet auf einer 30/360 Tagesberechnungsbasis) einer fixed-for-floating Euro Zinsswap-Transaktion, (x) die eine dem maßgeblichen Swapsatz entsprechende Laufzeit hat und am Beginn der Zinsperiode, für die der Swapsatz maßgeblich ist beginnt, (y) die auf einen Betrag lautet, der dem einer repräsentativen einzelnen Transaktion in dem Relevanten Markt zur relevanten Zeit eines anerkannten Händlers mit guter Bonität im Swap-Markt entspricht, und (z) deren variabler Zahlungsstrom auf dem für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz (EB Ziffer 20) beruht (berechnet auf einer Actual/360 Tage-Berechnungsbasis).

"**Referenzbanken**" bedeutet diejenigen Banken, deren Angebotssätze vom Informationsanbieter der Bildschirmseite zur Ermittlung des maßgeblichen Angebotssatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als solch ein Angebot letztmals auf der Bildschirmseite angezeigt wurde.

Für den Fall, dass der Swapsatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Swapsatz der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, am letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

Teil H –Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen (bei Nullkupon Schuldverschreibungen löschen)

- ([2]) **Zinsberechnung.** Die Berechnungsstelle wird (ausgenommen bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen und Stufenzins) zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist, den auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende Zinsperiode berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie in [] definiert) auf die einzelnen Nennbeträge der Schuldverschreibungen angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der Festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.

- ([3]) **Mitteilungen zur Verzinsung.** Ausgenommen bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen wird die Berechnungsstelle veranlassen, dass der Zinssatz, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag der Emittentin und den Anleihegläubigern gemäß § 11 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die Berechnungsstelle wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den Anleihegläubigern mitgeteilt.
- ([4]) **Mindest- und Maximalzinssatz.** Der Zinssatz ist durch einen in den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 21) allenfalls bestimmten Maximalzinssatz und/oder Mindestzinssatz begrenzt.
- ([5]) **Verzugszinsen.** Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Schuldverschreibungen aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die Gläubiger (ausschließlich) mit 4 % *per annum* verzinst.
- ([6]) **Zinszahlungstage.** "Zinszahlungstag" bedeutet nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen jeden Festgelegten Zinszahlungstag (EB Ziffer 21) oder, im Fall von Festgelegten Zinsperioden jeweils den Tag, der auf den Ablauf der Festgelegten Zinsperiode (EB Ziffer 21) nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt. Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:
- (a) Im Falle der Anwendung der Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 21) auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.
 - (b) Im Falle der Anwendung der Floating Rate Note Konvention (EB Ziffer 21) auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Geschäftstag des Monats, in der die Festgelegte Zinsperiode (EB Ziffer 21) nach dem vorhergehenden anwendbaren Zinszahlungstag liegt.
 - (c) Im Falle der Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 21) auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.

(d) Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 21) auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.

([8]) Zinsperiode. Die "**Zinsperiode**" meint, falls in den EB (EB Ziffer 21) keine Festgelegten(n) Zinsperiode(n) angegeben sind, den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich).

([9]) Zinstagequotient. Der "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

(a) Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Ziffer 13):

(i) Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden in einem Jahr.

(ii) Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr.

(b) Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Ziffer 13):

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen Berechnungszeitraum, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).

(c) Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Ziffer 13):

Die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist, es sei denn, im Fall des letzten

Zinsberechnungszeitraumes fällt der Fälligkeitstag auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).

- (d) Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Ziffer 13):

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 365).

- (e) Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Ziffer 13):

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.

- (f) Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Ziffer 13):

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360.

§ 4 Rückzahlung

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die Schuldverschreibungen werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag (EB Ziffer 22) am Fälligkeitstag (EB Ziffer 11) (der "**Fälligkeitstag**") zurückgezahlt.
- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Wenn dies gemäß den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 23) vorgesehen ist, steht es der Emittentin frei, zu jedem Wahlrückzahlungstag (Call) (EB Ziffer 23) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") die Schuldverschreibungen vollständig oder teilweise zu kündigen und zu ihrem Wahlrückzahlungsbetrag (Call) (wie in [] definiert) zuzüglich bis zum Wahlrückzahlungstag (Call) aufgelaufener Zinsen bzw im Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen zu ihrem Amortisationsbetrag (wie in [] definiert) zurückzuzahlen, nachdem sie die Anleihegläubiger mindestens fünf Geschäftstage (oder einer anderen in den Endgültigen Bedingungen genannten Kündigungsfrist (Call) (EB Ziffer 23) vor dem Wahlrückzahlungstag (Call) gemäß § 11 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen maßgeblichen Wahlrückzahlungstag (Call) angeben muss). Jede solche Rückzahlung muss sich auf Schuldverschreibungen im Nominalbetrag des Mindest-Rückzahlungsbetrages (EB Ziffer 23) oder eines höheren Rückzahlungsbetrages (EB Ziffer 23) beziehen. Im Falle einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen von der Emittentin spätestens 10 Geschäftstage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum ausgewählt. Die

Rückzahlung erfolgt innerhalb der in den EB festgelegten Zahlungsfrist (Call) (EB Ziffer 23).

Hinweis: Anleger sollten beachten, dass Anleihegläubigern dort, wo die Emissionsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Anleihegläubiger, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleihegläubiger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. In den Endgültigen Bedingungen von Schuldverschreibungen, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Anleihegläubiger begeben werden, wird die Emittentin (so ihr dies möglich ist) die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben. Die Information potentieller Anleger über diesen Differenzwert soll es ihnen erleichtern, die gegenständliche Anleihe mit anderen Anleihen oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Verzinsung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitigen Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Verzinsung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.

Anleger, die ein Investment in variabel verzinsliche Schuldverschreibungen, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleihegläubiger ausgeschlossen ist, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Anleihegläubigern nicht zu.

- (3) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Wenn dies gemäß den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 24) vorgesehen ist, hat die Emittentin, sofern ein Anleihegläubiger der Emittentin die entsprechende Absicht mindestens 15 und höchstens 30 Geschäftstage (oder einer anderen in den Endgültigen Bedingungen genannten Kündigungsfrist (Put) (EB Ziffer 24) im Voraus mitteilt, die entsprechenden Schuldverschreibungen am Wahlrückzahlungstag (Put) (EB Ziffer 24) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem Wahlrückzahlungsbetrag (Put) (wie in [] definiert) zuzüglich bis zum Wahlrückzahlungstag (Put) aufgelaufener Zinsen bzw im

Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen zu ihrem Amortisationsbetrag (wie in [] definiert) zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt innerhalb der in den EB festgelegten Zahlungsfrist (Put) (EB Ziffer 24). Um dieses Recht auszuüben, muss der Anleihegläubiger innerhalb der Kündigungsfrist (Put) eine schriftliche Ausübungserklärung abgeben (entsprechende Formulare sind bei der Zahlstelle oder der Emittentin erhältlich). Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

- (4) **Vorzeitige Kündigung bei Vorliegen einer Rechtsänderung.** Wenn dies gemäß den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 25) vorgesehen ist, kann die Emittentin die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Fälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie in [] definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die Emittentin wird die Schuldverschreibungen einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten Geschäftstag zurückzahlen, nachdem die Benachrichtigung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 11 zugegangen ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei Geschäftstage vor dem Fälligkeitstag liegt (der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") und wird den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag bzw im Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen zu ihrem Amortisationsbetrag (wie in [] definiert) im Hinblick auf die Schuldverschreibungen an die entsprechenden Anleihegläubiger zahlen oder eine entsprechende Zahlung veranlassen, im Einklang mit den maßgeblichen Steuergesetzen oder sonstigen gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften und in Einklang mit und gemäß diesen Emissionsbedingungen und den Bestimmungen der maßgeblichen Endgültigen Bedingungen. Die Rückzahlung erfolgt innerhalb der in den EB festgelegten Zahlungsfrist (EB Ziffer 25). Zahlungen von Steuern oder vorzeitigen Rückzahlungsgebühren sind von den entsprechenden Gläubigern zu tragen und die Emittentin übernimmt keine Haftung hierfür.

Wobei:

"**Rechtsänderung**" bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) (X) das Halten, der Erwerb oder die Veräußerung der auf die Schuldverschreibungen bezogenen Basiswerte rechtswidrig geworden ist, oder (Y) die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden.

- (5) **Definitionen:**

"Wahlrückzahlungsbetrag (Call)/(Put)" meint, wenn ein solcher vorhanden ist, den Nennbetrag der Schuldverschreibungen (wenn nicht in EB Ziffern 23 oder 24 anders definiert), allenfalls auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.

"Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint, wenn ein solcher vorhanden ist, den Nennbetrag der Schuldverschreibungen (wenn nicht in EB Ziffer 25 anders definiert), allenfalls auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.

"Amortisationsbetrag" meint den vorgesehenen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung am Endfälligkeitstag, abgezinst mit einem jährlichen Satz (als Prozentsatz ausgedrückt) in Höhe eines Satzes, der einem Amortisationsbetrag in Höhe des Ausgabepreises der Schuldverschreibungen entspräche, würden diese am Begebungstag auf ihren Emissionspreis abgezinst, auf Basis einer jährlichen Verzinsung bereits aufgelaufener Zinsen. Ist eine solche Rechnung für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr aufzustellen, so liegt ihr der Zinstagequotient zugrunde.

§ 5 Zahlungen

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital und Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgen bei Fälligkeit in der Festgelegten Währung. Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Inhaber der Schuldverschreibungen depotführende Stelle.
- (2) **Geschäftstag.** Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, hat der Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Geschäftstag am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"Geschäftstag" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem (a) die Banken im (oder in den) maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (falls solche in den EB Ziffer 21 angegeben sind) für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind und, falls die Festgelegte Währung Euro ist, (b) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind.

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf "Kapital" schließen, soweit anwendbar, den Rückzahlungsbetrag, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag, den Wahlrückzahlungsbetrag sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 Besteuerung

Sämtliche Zahlungen von Kapital und Zinsen in Bezug auf die Schuldverschreibungen werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.

§ 7 Verjährung

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern sie nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 8 Beauftragte Stellen

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die Berechnungsstelle (zusammen die "**beauftragten Stellen**") und ihre Geschäftsstellen sind in den EB (EB Ziffern 27 und 28) angegeben.
- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder Berechnungsstellen im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die Berechnungsstelle werden den Anleihegläubigern gemäß § 11 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Anleihegläubigern begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, Zahlstelle(n) und Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Anleihegläubiger bindend.

- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die Berechnungsstelle noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9

Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Ankauf, Einziehung und Entwertung

- (1) **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.
- (2) **Ankauf.** Die Emittentin und jedes ihrer Tochterunternehmen sind berechtigt, Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder eingezogen und entwertet werden.

§ 10

Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen in Kraft.

§ 11

Mitteilungen

Alle Bekanntmachungen, welche die Schuldverschreibungen betreffen, erfolgen nach Wahl der Emittentin rechtsgültig an jener Stelle und auf jene Weise, die in den Endgültigen Bedingungen angegeben sind (EB Ziffer 31), oder, soweit zulässig, auf der Homepage der Emittentin (EB Ziffer 31) oder durch schriftliche Benachrichtigung der Inhaber der Schuldverschreibungen.

Sofern in diesen Emissionsbedingungen nichts anderes vorgesehen ist, dienen diese Bekanntmachungen nur zur Information und stellen keine Wirksamkeitsvoraussetzungen dar.

§ 12
Börseeinführung

Wenn in den Endgültigen Bedingungen angegeben (EB Ziffer 30), beabsichtigt die Emittentin, die Notierung der Schuldverschreibungen an dem in den Endgültigen Bedingungen genannten Markt zu beantragen, oder, wenn in den Endgültigen Bedingungen so angegeben, hat sie dies bereits beantragt.

§ 13
Anwendbares Recht; Gerichtsstand; Erfüllungsort

Die Schuldverschreibungen sowie alle damit verbundenen Rechte und Pflichten unterliegen österreichischem Recht. Erfüllungsort ist Bregenz. Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, das für Handelssachen in Feldkirch zuständige Gericht, wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

Ergänzende Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung

Die "Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen" werden, wenn in den Endgültigen Bedingungen die "Modalitäten bei basiswertabhängiger Verzinsung" als anwendbar bezeichnet werden (EB Ziffer 19), durch Einfügung der unten abgedruckten Bestimmungen vervollständigt und ergänzt. Soweit sich die unten abgedruckten ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und die "Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen" widersprechen sollten, gehen die nachstehenden ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung vor.

§ 3a Definitionen

"Anpassungsereignis" ist jedes Ereignis in Bezug auf den betreffenden Basiswert, bei dessen Eintritt die Maßgebliche Terminbörse eine Anpassung des Preises, des Wertes, der Kontraktgröße oder der Anzahl oder sonstigen Ausstattung der auf den betreffenden Basiswert gehandelten Optionskontrakte vornimmt oder vornehmen würde, wenn Optionskontrakte auf den betreffenden Basiswert an der Maßgeblichen Terminbörse gehandelt würden.

"Börsegeschäftsstage" sind solche Tage, an denen a) planmäßig der Beobachtungs- bzw Schlusskurs des betreffenden Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und b) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Terminbörse vorgesehen ist.

"Feststellungsstelle" ist die in den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 26) bestimmte Stelle.

"Handels- oder Notierungssystem" meint ein System, bei dem Preise eines Basiswerts aufgrund von Handelsaktivitäten oder Quotierungen von Marktteilnehmern zustande kommen.

"Marktstörung" bedeutet jedes der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung der Berechnungsstelle wesentlich für die Bewertung eines Basiswerts oder von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Schuldverschreibungen ist:

- (a) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung der Berechnungsstelle eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist:
 - (i) die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem Börsegeschäftsstag geöffnet ist; oder
 - (ii) falls es sich bei dem (einem) Basiswert um einen Index handelt: (A) die jeweilige Indexberechnungsstelle den Stand eines Basiswerts, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem Börsegeschäftsstag nicht veröffentlicht oder (B) die jeweils Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären

Handelszeiten geöffnet ist; oder

- (iii) an einem Börsengeschäftstag zum Zeitpunkt der Notierung für einen Basiswert bzw. zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen Basiswert endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:
 - (A) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen):
 - (I) für einen Basiswert an der Feststellungsstelle; oder
 - (II) an der Feststellungsstelle insgesamt, sofern es sich bei dem Basiswert nicht um einen Multi-Exchange Index handelt; oder
 - (III) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen Basiswert an Maßgeblichen Terminbörse; oder
 - (IV) an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der Basiswert zugelassen ist oder notiert wird, oder
 - (B) ein Ereignis, das (nach Bestimmung der Berechnungsstelle) allgemein die Möglichkeit der Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der Feststellungsstelle Transaktionen in Bezug auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktwerte für einen Basiswert zu ermitteln oder (ii) an der Maßgeblichen Terminbörse Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktwerte für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln; oder
 - (iv) der Handel an einem Börsengeschäftstag an der Feststellungsstelle oder der Maßgeblichen Terminbörse vor dem Üblichen Börsenschluss geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (A) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an dem betreffenden Börsengeschäftstag oder (B) dem Orderschluss (sofern gegeben) der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem Börsengeschäftstag angekündigt.
- (b) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung der Berechnungsstelle keine Börse und kein Handels- oder Notierungssystem ist:

Wenn aus Gründen, auf welche die Berechnungsstelle keinen Einfluss hat, die

Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis- oder Wertbestandteils) des betreffenden Basiswerts unter Bezugnahme auf die jeweilige Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat).

"Maßgebliche Terminbörse" ist die Terminbörse mit dem größten Handelsvolumen von Optionskontrakten, die auf den Basiswert gehandelt werden oder die in den Endgültigen Bedingungen als solche bezeichnete Börse (EB Ziffer 19).

"Üblicher Börsenschluss" ist, in Bezug auf eine Feststellungsstelle Maßgebliche Terminbörse und einen Börsegeschäftstag, der zu Werktagen übliche Börsenschluss der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an diesem Börsegeschäftstag, ohne Berücksichtigung eines nachbörslichen Handels oder anderer Handelsaktivitäten außerhalb der regulären Handelszeiten.

"Zeitpunkt der Notierung" ist in Bezug auf einen Basiswert:

- (i) sofern der Basiswert kein Multi-Exchange Index ist, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem die Berechnungsstelle den Stand oder Wert dieses Basiswerts bestimmt, und
- (ii) sofern der jeweilige Basiswert ein Index sowie ein Multi-Exchange Index ist,
 - (A) zur Feststellung, ob eine Marktstörung vorliegt,
 - (I) in Bezug auf einen Basiswert, der Übliche Börsenschluss an der jeweiligen Feststellungsstelle für diesen Basiswert und
 - (II) in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf diesen Basiswert, der Börsenschluss an der Maßgeblichen Terminbörse;
 - (B) in allen anderen Fällen, der Zeitpunkt, an dem der amtliche Schlusstand dieses Index von der jeweiligen Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht wird.

§ 3b

Basiswertabhängige Verzinsung

- (1) **Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich), längstens aber, wenn ein solches vorgesehen ist, bis zum Verzinsungsende (EB Ziffer 19) (ausschließlich) wie folgt verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an dem in den EB (EB Ziffer 21) genannten Festgelegten Zinszahlungstag zahlbar.

- (2) **Basiswert.** Die Verzinsung ist abhängig von der Entwicklung des in den Endgültigen Bedingungen benannten und beschriebenen Basiswertes bzw Korbes von Basiswerten (EB Ziffer 19) (der "**Basiswert**"), allenfalls angepasst wie folgt:

**Teil A – Anpassungen bei nicht-indexabhängiger Verzinsung
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 19 als anwendbar erklärt)**

Nicht-indexabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, die nicht von der Entwicklung eines Index abhängt, gilt folgende Regelung: Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der Basiswerte kommen, die weder von der Emittentin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der zugrundeliegenden Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Emittentin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt. Für Basiswerte, die nicht aus einem Index (oder einem Korb von Indices) bestehen, gilt:

Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum Laufzeitende ein Anpassungsereignis (wie oben definiert) hinsichtlich des Basiswertes oder eines oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte eintritt, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß § 11 bekanntmachen. Die Schuldverschreibungen werden durch die Emittentin angepasst, um die Anleihegläubiger der Schuldverschreibungen wirtschaftlich so zu stellen, wie sie ohne dieses Anpassungsereignis stehen würden. Bei börsennotierten Basiswerten wird die Emittentin in der Regel Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der jeweiligen Börse, an der die Basiswerte notieren, im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen. Wenn es an der Maßgeblichen Terminbörse Optionen auf die Basiswerte notieren, kommt der Emittentin dabei kein Ermessen zu, vielmehr wird sie Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der Maßgeblichen Terminbörse (wie oben definiert) im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen.

**Teil B – Anpassungen bei indexabhängiger Verzinsung
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 19 als anwendbar erklärt)**

Indexabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, die von der Entwicklung eines Index (oder eines Korbes von Indices) abhängt, gilt folgende Regelung: Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der Basiswerte kommen, die weder von der Emittentin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der zugrundeliegenden Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der

ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Emittentin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt. Für Basiswerte, die aus einem Index (oder einem Korb von Indices) bestehen, gilt:

Wenn der Basiswert

- (i) anstatt von der ursprünglichen Indexberechnungsstelle (die "**Indexberechnungsstelle**") von einer Nachfolge-Indexberechnungsstelle (die "**Nachfolge-Indexberechnungsstelle**") berechnet und veröffentlicht wird, oder
- (ii) durch einen Ersatzindex (der "**Ersatzindex**") ersetzt wird, der die gleiche oder annähernd die gleiche Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode für die Berechnung des Basiswertes verwendet,

wird der Basiswert, wie von der Nachfolge-Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht oder, je nachdem, der Ersatzindex herangezogen. Jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Indexberechnungsstelle oder den Basiswert gilt, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf die Nachfolge-Indexberechnungsstelle oder den Ersatzindex.

Wenn vor dem Laufzeitende die Indexberechnungsstelle eine wesentliche Änderung in der Berechnungsformel oder der Berechnungsmethode oder eine sonstige wesentliche Modifikation des jeweiligen Index vornimmt, ausgenommen solche Änderungen, welche für die Bewertung und Berechnung des betreffenden Index aufgrund von Änderungen oder Anpassungen der in dem betreffenden Index enthaltenen Komponenten vorgesehen sind, oder andere gleichwertige Standardanpassungen, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß § 11 bekanntmachen und die Berechnungsstelle wird die Berechnung ausschließlich in der Weise vornehmen, dass sie anstatt des veröffentlichten Kurses des jeweiligen Basiswertes einen solchen Kurs heranziehen wird, der sich unter Anwendung der ursprünglichen Berechnungsformel und der ursprünglichen Berechnungsmethode sowie unter Berücksichtigung ausschließlich solcher Komponenten, welche in dem jeweiligen Index vor der Änderung der Berechnung enthalten waren, ergibt. Wenn am oder vor dem maßgeblichen Bewertungstag die Indexberechnungsstelle eine lediglich geringfügige Änderung mathematischer Natur der Berechnungsformel und/oder der Berechnungsmethode hinsichtlich des jeweiligen Index vornimmt, wird die Berechnungsstelle diese Änderung übernehmen und eine entsprechende Anpassung der Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode vornehmen.

Teil C – Allgemein anwendbar

Bekanntgabe von Anpassungen. Die Emittentin wird die Anpassungsmaßnahmen und den Stichtag, an dem die Änderungen wirksam werden, unverzüglich gemäß § 11 bekannt geben.

Bindende Anpassungen. Anpassungen gemäß den vorstehenden Absätzen sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für alle Beteiligten bindend. Weitere Anpassungsereignisse und/oder Änderungen der Anpassungsereignisse und/oder Anpassungsmaßnahmen können in den Endgültigen Bedingungen enthalten sein (EB Ziffer 19).

- (3) **Zinssatz.** Der Zinssatz für jede Zinsperiode (der "**Zinssatz**") hängt von der Entwicklung des Basiswerts bzw der Basiswerte (EB Ziffer 19) ab und wird wie folgt ermittelt:

Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Range Accrual" vorsehen, gilt:

An jedem Zinsermittlungstag (EB Ziffer 19) stellt die Berechnungsstelle nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Anzahl der Kalendertage innerhalb dieser Beobachtungsperiode (EB Ziffer 19) fest, an denen der Beobachtungswert (wie in [] definiert) des Basiswerts (EB Ziffer 19) weder die obere Barriere noch die untere Barriere (beide EB Ziffer 19) erreicht oder durchbrochen hat (d.h. an jenen Tagen, an denen der Kurs innerhalb der beiden Barrieren lag).

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$\text{Zinssatz} = \text{RAZ} * \text{N} / \text{M}$$

wobei

"**N**" meint die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode, an denen der Beobachtungswert des Basiswerts innerhalb der beiden Barrieren lag;

"**M**" meint die Anzahl der Geschäftstage in der maßgeblichen Zinsperiode; und

"**RAZ**" meint den Range Accrual Zinssatz (EB Ziffer 19).

Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Digitale Option" vorsehen, gilt:

Wenn der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag (EB Ziffer 19) auf oder über der Barriere (EB Ziffer 19) liegt, entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode dem Digitale Option Zinssatz (EB Ziffer 19) in allen anderen Fällen entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode 0% p.a. (der "**Zinssatz**").

Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Inflationsgebunden (additiv)" vorsehen, gilt:

An jedem Zinsermittlungstag (EB Ziffer 19) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswerts in einem bestimmten Zeitraum (wie in den EB angegeben) vor Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht der Summe aus (i) dem Basiszinssatz (EB Ziffer 19, der "**Basiszinssatz**") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Indexermittlungszeitpunkt 1 (EB Ziffer 19, der "**Indexermittlungszeitpunkt 1**") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2 (EB Ziffer 19, der "**Indexermittlungszeitpunkt 2**"). Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf fünf Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = B + \left(\frac{Index(Monat_t) - Index(Monat_{(t-1)})}{Index(Monat_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**B**" meint den Basiszinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 1;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 2;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen - den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren⁷ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area;

"**P**" meint die Partizipationsrate (EB Ziffer 19);

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des

⁷ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009 und Estland seit dem Januar 2011 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 19) veröffentlicht wird; und

"Maßgeblicher Indexstand" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 19) veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"Indexberechnungsstelle" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen Emissionsbedingungen.

- (4) **Veröffentlichung.** Der für die Berechnung des Zinssatzes maßgebliche Wert des Basiswertes wird gemäß § 11 veröffentlicht.
- (5) **Zinszahlungstage.** Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an dem in den EB (Ziffer 22) genannten Tag zahlbar.

Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Inflationsgebunden (multiplikativ)" vorsehen, gilt:

An jedem Zinsermittlungstag (EB Ziffer 19) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswertes in einem bestimmten Zeitraum (wie in den EB angegeben) vor Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht dem Produkt aus (i) der Partizipationsrate (EB Ziffer 19, die "**Partizipationsrate**") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Indexermittlungszeitpunkt 1 (EB Ziffer 19, der "**Indexermittlungszeitpunkt 1**") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2 (EB Ziffer 19, der "**Indexermittlungszeitpunkt 2**"). Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf fünf Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = P * \left(\frac{Index(Monat_t) - Index(Monat_{(t-1)})}{Index(Monat_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"Z" meint den Zinssatz *per annum*;

"B" meint den Basiszinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 1;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Indexermittlungszeitpunkt 2;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen - den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren⁸ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area;

"**P**" meint die Partizipationsrate (EB Ziffer 19);

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 19) veröffentlicht wird; und

"**Maßgeblicher Indexstand**" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 19) veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"**Indexberechnungsstelle**" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen Emissionsbedingungen.

- (4) **Veröffentlichung.** Der für die Berechnung des Zinssatzes maßgebliche Wert des Basiswertes wird gemäß § 11 veröffentlicht.
- (5) **Zinszahlungstage.** Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an dem in den EB (Ziffer 22) genannten Tag zahlbar.

§ 3c

Teil A – Beobachtungswert bei Verzinsungsart "Range Accrual" (anwendbar, wenn in EB Ziffer 19 als anwendbar erklärt)

Wenn in den Endgültigen Bedingungen nicht anders festgelegt (EB Ziffer 19), entspricht der "**Beobachtungswert**" jedem Kurs des Basiswertes, der von der Feststellungsstelle, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index(-izes) ist, von der

⁸ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009 und Estland seit dem Januar 2011 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird.

**Teil B – Schlusskurs und Ersatzwert bei Verzinsungsart "Digitale Option"
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 19 als anwendbar erklärt)**

- (1) Wenn in den Endgültigen Bedingungen nicht anders festgelegt (EB Ziffer 19), entspricht der "**Schlusskurs**" dem Preis des Basiswertes, wie er von der Feststellungsstelle (EB Ziffer 26), oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index(-izes) ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird.
- (2) Wird der Schlusskurs des Basiswertes oder eines in einem Korb enthaltenen Basiswertes nicht am maßgeblichen Beobachtungstag festgestellt und veröffentlicht oder liegt an diesem Tag eine Marktstörung (wie oben definiert) vor, dann wird der Beobachtungstag auf den nächstfolgenden Börseschäftstag (wie oben definiert), an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung auch am fünften Börseschäftstag an, gilt dieser fünfte Börseschäftstag nach Eintritt der Marktstörung als Beobachtungstag und die Berechnungsstelle wird den Zinssatz auf der Basis eines Ersatzkurses für den betreffenden Basiswert festlegen. Ersatzkurs ist, soweit erhältlich, der von der Maßgeblichen Börse oder der Feststellungsstelle festgelegte Kurs des betreffenden Basiswertes oder, falls ein solcher nicht feststellbar ist, der von der Berechnungsstelle bestimmte Kurs des betreffenden Basiswertes, der den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.
- (3) Im Falle, dass der Basiswert ein Index ist, wird die Berechnungsstelle einen Ersatzkurs unter Anwendung der zuletzt für dessen Berechnung gültigen Berechnungsmethode errechnen, wobei die Berechnungsstelle der Berechnung die Kurse der zuletzt im Index enthaltenen Komponenten an diesem Tag zu jenem Zeitpunkt zugrunde legt, an dem üblicherweise der Schlusskurs der jeweiligen Indexkomponenten bestimmt wird. Sollte der Handel eines oder mehrerer der nach Auffassung der Berechnungsstelle für die Berechnung des Basiswertes maßgeblichen Indexkomponenten an einem solchen Tag ausgesetzt oder wesentlich eingeschränkt sein, wird die Berechnungsstelle den Wert dieser Indexkomponenten so bestimmen, dass er den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.

Anhang 2

Muster-Emissionsbedingungen der Zertifikate

Emissionsbedingungen

der

Zertifikate

der

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

emittiert unter dem

**Programm zur Begebung von
strukturierten Schuldverschreibungen**

§ 1

Angebot

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, 6900 Bregenz (die "**Emittentin**") begibt gemäß diesen Emissionsbedingungen (die "**Emissionsbedingungen**") am Begebungstag (EB Ziffer 8) (der "**Begebungstag**") oder, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 9) bestimmt ist, als Daueremission ab dem Begebungstag auf den Inhaber (jeweils ein "**Zertifikatsinhaber**") lautende Zertifikate (die "**Zertifikate**") in der Festgelegten Währung (EB Ziffer 4) (die "**Festgelegte Währung**"). Die Serie von Zertifikaten ist eingeteilt in Stückelungen mit dem Nennbetrag (oder den Nennbeträgen) (EB Ziffer 2) (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist den Gesamtnennbetrag (EB Ziffer 3) auf.
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis (EB Ziffer 5) im Ausmaß von zumindest einem Stück oder, wenn dieser bestimmt ist, zum Mindestzeichnungsbetrag (EB Ziffer 6) und/oder zum Höchstzeichnungsbetrag (EB Ziffer 7). Im Falle einer Daueremission wird der Emissionspreis, allenfalls in Übereinstimmung mit den in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Regeln (EB Ziffer 5), laufend von der Emittentin angepasst.
- (3) **Sammelurkunde.** Die Zertifikate werden zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit. b Depotgesetz, BGBl. Nr. 424/1969, in der jeweils gültigen Fassung, verbrieft, welche die Unterschrift zweier

unterschriftsberechtigter Personen der Emittentin tragen. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Zertifikate oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

- (4) **Verwahrung.** Die Sammelurkunden werden bei der Verwahrstelle (EB Ziffer 29 (i)) für das Clearing-System (EB Ziffer 29 (ii)) hinterlegt. Die Zertifikate sind gemäß den anwendbaren Gesetzen und Regelungen übertragbar.
- (5) **Börsehandel.** Die Zertifikate können im Nennbetrag (EB Ziffer 2) oder einem Vielfachen davon börsetäglich börslich (soweit die Zertifikate zum Handel an einer Börse zugelassen werden; siehe dazu § 11) und außerbörslich fortlaufend gehandelt werden. Die Emittentin beabsichtigt, unter gewöhnlichen Marktbedingungen aktuelle Ankaufs- und Verkaufskurse zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch gegenüber dem Inhaber der Zertifikate keinerlei Rechtspflicht zur Stellung derartiger Kurse oder hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse.
- (6) **Endgültige Bedingungen.** Verweise auf "**Endgültige Bedingungen**" oder "**EB**" bezeichnen die Endgültigen Bedingungen, die auf diese Emissionsbedingungen anwendbar sind und diese ergänzen und ändern.

§ 2 Status

Die Verpflichtungen aus den Zertifikaten begründen unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

§ 3 Verzinsung

Teil A – Keine Verzinsung (anwendbar, wenn in EB Ziffer 14 als anwendbar erklärt)

Es erfolgt keine laufende Verzinsung der Zertifikate. Zur Ausschüttung gelangt nur der gemäß § 4 berechnete Tilgungsbetrag.

Teil B - Fixverzinsliche Zertifikate (anwendbar, wenn in EB Ziffer 14 als anwendbar erklärt)

- (1) **Verzinsung.** Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag jährlich mit dem Zinssatz (EB Ziffer 17) ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum Fälligkeitstag (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) verzinst.

- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an dem in den EB (EB Ziffer 19) genannten Festgelegten Zinszahlungstag zahlbar.

**Teil C - Variabel verzinsliche Zertifikate
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 14 als anwendbar erklärt)**

- (1) **Verzinsung.** Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [] definiert) verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [] definiert) ist an jedem Zinszahlungstag (wie in [] definiert) oder, wenn vorhanden, an dem in den EB (EB Ziffer 19) genannten Festgelegten Zinszahlungstag zahlbar.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie in [] definiert) entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) dem Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor (EB Ziffer 18, der "**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor**") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie in [] definiert) und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge (EB Ziffer 18).
- (3) **Zinsberechnungsbasis.** Die "**Zinsberechnungsbasis**" entspricht dem Angebotssatz oder dem arithmetischen Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung (EB Ziffer 4) wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr (Londoner Ortszeit im Falle von LIBOR, oder Brüsseler Ortszeit im Falle EURIBOR) (die "**Festgelegte Zeit**") am Zinsfeststellungstag (EB Ziffer 18) angezeigt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der Bildschirmseite verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) von der Berechnungsstelle zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen.

Die Bildschirmseite wird in den Endgültigen Bedingungen bestimmt (EB Ziffer 18) (die "**Bildschirmseite**"). Sollte zur Festgelegten Zeit kein Angebotssatz auf der Bildschirmseite erscheinen, wird die Berechnungsstelle von je einer Geschäftsstelle von vier Banken, deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der Bildschirmseite erschienenen Angebotssatzes verwendet wurden oder von anderen Referenzbanken (EB Ziffer 18) (die "**Referenzbanken**") deren Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung für die jeweilige Zinsperiode (wie in [] definiert) gegenüber führenden Banken im relevanten Markt (EB Ziffer 18) (der "**Relevante Markt**") etwa zur Festgelegten Zeit am Zinsfeststellungstag anfordern. Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder

abgerundet auf das nächste tausendstel Prozent, falls EURIBOR der Referenzzinssatz (EB Ziffer 19) ist, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist, oder in allen anderen Fällen auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,00005 aufgerundet wird) der Angebotssätze, jeweils wie durch die Berechnungsstelle festgelegt.

Falls an irgendeinem Zinsfeststellungstag nur eine oder keine der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennt, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode derjenige Zinssatz, den die Berechnungsstelle als das arithmetische Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) der Sätze feststellt, zu denen zwei oder mehr Referenzbanken nach deren Angaben gegenüber der Berechnungsstelle am betreffenden Zinsfeststellungstag etwa zur Festgelegten Zeit Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode von führenden Banken im Relevanten Markt angeboten bekommen haben; falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, soll die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die Bank(en) (die nach Ansicht der Berechnungsstelle und der Emittentin für diesen Zweck geeignet ist/sind) der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an den betreffenden Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken am Relevanten Markt nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen). Für den Fall, dass die Zinsberechnungsbasis nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, ist die Zinsberechnungsbasis der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

Teil D – Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen

- ([3]) **Zinsberechnung.** Die Berechnungsstelle wird (ausgenommen bei fixverzinslichen Zertifikaten) zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist, den auf die Zertifikate zahlbaren Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende Zinsperiode berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie in [] definiert) auf die einzelnen Nennbeträge der Zertifikate angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der Festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- ([4]) **Mitteilungen zur Verzinsung.** Ausgenommen bei fixverzinslichen Zertifikaten wird die Berechnungsstelle veranlassen, dass der Zinssatz, der Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag der Emittentin und den Anleihegläubigern gemäß § 12 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die Berechnungsstelle wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden Zertifikate zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer

Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Zertifikate zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den Anleihegläubigern mitgeteilt.

- ([5]) **Mindest- und Maximalzinssatz.** Der Zinssatz ist durch einen in den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) allenfalls bestimmten Maximalzinssatz und/oder Mindestzinssatz begrenzt.
- ([6]) **Verzugszinsen.** Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Zertifikate aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die Gläubiger (ausschließlich) mit 4 % *per annum* verzinst.
- ([7]) **Zinszahlungstage.** "Zinszahlungstag" bedeutet nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen jeden Festgelegten Zinszahlungstag (EB Ziffer 19) oder, im Fall von Festgelegten Zinsperioden jeweils den Tag, der auf den Ablauf der Festgelegten Zinsperiode (EB Ziffer 19) nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt. Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie in § 5 (5) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:
- (a) Im Falle der Anwendung der Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 19) auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.
 - (b) Im Falle der Anwendung der Floating Rate Note Konvention (EB Ziffer 19) auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Geschäftstag des Monats, der die Festgelegte Zinsperiode (EB Ziffer 19) nach dem vorhergehenden anwendbaren Zinszahlungstag liegt.
 - (c) Im Falle der Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 19) auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.
 - (d) Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 19) auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.
- ([8]) **Zinsperiode.** Die "Zinsperiode" meint den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich).

(f9) Zinstagequotient. Der "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

(a) Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Ziffer 15):

- (i) Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden in einem Jahr.
- (ii) Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr.

(b) Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Ziffer 15):

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen Berechnungszeitraum, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).

(c) Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Ziffer 15):

Die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, im Fall des letzten Zinsberechnungszeitraumes fällt der Fälligkeitstag auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt)).

(d) Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Ziffer 15):

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage

des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 365).

- (e) Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Ziffer 15):

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.

- (f) Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Ziffer 15):

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360.

§ 4 Tilgung

- (1) **Laufzeitende.** Die Laufzeit der Zertifikate endet mit Ablauf des Laufzeitendes (EB Ziffer 12) (das "**Laufzeitende**"). Wenn in den Endgültigen Bedingungen (Abweichender Tilgungszeitpunkt, EB Ziffer 13) nichts anderes angegeben ist, werden die Zertifikate innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nach Ende der Laufzeit automatisch durch die Emittentin rückgelöst und der Tilgungsbetrag (wie in [] festgelegt und von der Berechnungsstelle errechnet) am Fälligkeitstag (EB Ziffer 11) (der "**Fälligkeitstag**") an die Investoren ausbezahlt.
- (2) **Verschiebung.** Sollte das Laufzeitende, der Fälligkeitstag oder ein anderer Tag, am dem eine Zahlung zu leisten ist, kein Bankarbeitstag sein, wird der entsprechende Tag auf den nächsten darauf folgenden Bankarbeitstag verschoben und eine allenfalls maßgebliche Zahlung erfolgt am nächstfolgenden Bankarbeitstag. Die Zertifikatsinhaber sind nicht berechtigt, wegen einer solchen Verzögerung Zinsen oder eine andere Entschädigung zu verlangen.
- (3) **Kosten.** Alle im Zusammenhang mit der Zahlung von Geldbeträgen oder der Einlösung der Zertifikate anfallenden Steuern, Gebühren oder anderen Abgaben sind von dem Zertifikatsinhaber zu tragen.
- (4) **Keine Registrierung.** Die Emittentin ist nicht verpflichtet, den betreffenden Zertifikatsinhaber oder eine andere Person vor oder nach Erfüllung als Aktionär in irgendeinem Register einzutragen, anzumelden, dem Emittenten der Aktie zu melden oder dafür Sorge zu tragen, dass dies geschieht.

Teil A – Fix- bzw. variabel verzinstes Zertifikat (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 7 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

- (a) **Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere.** Falls der Schlusskurs des Basiswerts am Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Endbeobachtungstag**") gleich hoch oder höher als die Barriere (EB Ziffer 20) (die "**Barriere**") ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag.
- (b) **Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere.** Falls der Schlusskurs des Basiswerts am Endbeobachtungstag niedriger als die Barriere (EB Ziffer 20) (die "**Barriere**") ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag; und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Anfangsbeobachtungstag**").

**Teil B – Partizipations-Zertifikat ohne Kapitalgarantie
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)**

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich § 7 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor (EB Ziffer 22);

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Anfangsbeobachtungstag**").

**Teil C – Partizipations-Zertifikat mit Kapitalgarantie
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)**

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich § 7 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der aus dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = \max \left\{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); 100\% \right\}$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor (EB Ziffer 22);

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Anfangsbeobachtungstag**").

**Teil D – Bonus-Zertifikat mit Kapitalgarantie
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)**

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 7 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

- (a) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (EB Ziffer 23, die "**Beobachtungstage**") die Barriere (EB Ziffer 20) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \text{Bonus}$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs; und

"**Bonus**" ist in den EB (EB Ziffer 21) angegeben;

- (b) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von

mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren Tagen die Barriere berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Nennbetrag.

**Teil E – Bonus-Zertifikat ohne Kapitalgarantie
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)**

(5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 7 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

(a) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (EB Ziffer 23) die Barriere (EB Ziffer 20) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere. Der Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T_n = 100\% + \text{Bonus}$$

Wobei:

"**T_n**" meint den Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere; und

"**Bonus**" ist in den EB (EB Ziffer 21) angegeben;

(b) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren Beobachtungstagen die Barriere berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere. Der Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T_v = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T_v**" meint den Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Anfangsbeobachtungstag**").

Teil F – Express-Zertifikat
(anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt)

(5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 7 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung ("**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

(a) **Tilgungsbetrag bei Vorzeitiger Rückzahlung.** Sofern an einem Beobachtungstag (EB Ziffer 23) (jeweils ein "**Beobachtungstag**") der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als der Startwert (EB Ziffer 24) (der "**Startwert**") ist, endet die Laufzeit des Express-Zertifikates an diesem Beobachtungstag, ohne dass es einer gesonderten Kündigung des Express-Zertifikates durch die Emittentin bedarf und die Zertifikate werden innerhalb von fünf Bankarbeitstagen durch Bezahlung des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung getilgt (Vorzeitige Rückzahlung). In diesem Fall erfolgt die Einlösung des Express-Zertifikates durch Zahlung des Nennbetrags einschließlich der bis zum maßgeblichen Rückzahlungstag (ausschließlich) gemäß § 3 angefallenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Das Eintreten der Vorzeitigen Rückzahlung sowie die Höhe des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung werden von der Emittentin unverzüglich gemäß § 12 bekannt gemacht.

(b) **Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere.** Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als die Barriere (EB Ziffer 20) (die "**Barriere**"), entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag zuzüglich der gemäß § 3 bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen.

(c) **Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere.** Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts niedriger als die Barriere (EB Ziffer 20) (die "**Barriere**"), entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs zuzüglich der gemäß § 3 bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23, der "**Anfangsbeobachtungstag**").

§ 5

Basiswert

- (1) Der Basiswert der Zertifikate ist der in den Endgültigen Bedingungen angegebene Basiswert oder Basiswertkorb (EB Ziffer 16). Eine Beschreibung des Basiswertes (inklusive der Wertpapierkennnummern und/oder die "International Security Identification Numbers – ISIN" Nummern, falls vorhanden), sowie im Falle von Basiswertkörben, falls anwendbar, die prozentuelle Gewichtung der Bestandteile des Korbes, ist den Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 16) zu entnehmen. Eine weitere Beschreibung des Basiswertes ist, falls dies die Emittentin für erforderlich erachtet, den Endgültigen Bedingungen angeschlossen.
- (2) Der Schlusskurs entspricht dem Kurs des Basiswertes, wie er am maßgeblichen Tag von der Feststellungsstelle, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index(-izes) ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird (der "**Schlusskurs**").
- (3) Wird der Schlusskurs des Basiswertes oder eines in einem Korb enthaltenen Basiswertes am maßgeblichen Tag nicht festgestellt und veröffentlicht oder liegt an diesem Tag eine Marktstörung gemäß § 6 dieser Emissionsbedingungen vor, dann wird der maßgeblichen Tag auf den nächstfolgenden Börseschäftstag (wie in [] definiert), an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung auch am fünften Börseschäftstag an, gilt dieser fünfte Börseschäftstag nach Eintritt der Marktstörung als maßgeblicher Tag und die Emittentin wird die erforderlichen Berechnungen im Zusammenhang mit den Zertifikaten auf der Basis eines Ersatzkurses für den betreffenden Basiswert festlegen.
- (4) Ersatzkurs ist, soweit erhältlich, der von der Feststellungsstelle festgelegte Kurs des betreffenden Basiswertes oder, falls ein solcher nicht feststellbar ist, der von der Berechnungsstelle nach vernünftigem Ermessen bestimmte Kurs des betreffenden Basiswertes, der den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht; dabei handelt es sich um jenen Kurs, der nach Feststellung der Emittentin unter Berücksichtigung der zum jeweiligen Zeitpunkt herrschenden Marktbedingungen bzw. des zuletzt gemeldeten, veröffentlichten oder notierten Stands oder Preises des Basiswertes sowie gegebenenfalls unter Anwendung der vor Eintritt der Marktstörung zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung des Preises oder Stands des Basiswertes, ohne Eintritt einer Marktstörung vorgelegen hätte. Falls der Basiswert ein Index ist, wird die Emittentin einen Ersatzkurs unter Anwendung der zuletzt für dessen Berechnung gültigen Berechnungsmethode errechnen, wobei die Emittentin der Berechnung die Kurse der zuletzt im Index enthaltenen Komponenten an diesem Tag zu jenem Zeitpunkt zugrunde legt, an dem üblicherweise der Schlusskurs der jeweiligen Indexkomponenten bestimmt wird. Sollte der Handel eines oder mehrerer der nach Auffassung der Emittentin für die Berechnung des Basiswertes maßgeblichen Indexkomponenten an einem solchen Tag ausgesetzt oder wesentlich

eingeschränkt sein, wird die Emittentin den Wert dieser Indexkomponenten so bestimmen, dass er den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht (der "**Ersatzkurs**"). Die Emittentin gibt den Ersatzkurs so bald als möglich gemäß § 12 bekannt.

- (5) Bankarbeitstage sind Tage, an denen das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET) System Zahlungen abwickelt (jeweils ein "**Bankarbeitstag**"). Börseschäftstage sind solche Tage, an denen a) planmäßig der Schlusskurs des betreffenden Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und b) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Terminbörse vorgesehen ist (jeweils ein "**Börseschäftstag**").
- (6) Feststellungsstelle ist die in den Endgültigen Bedingungen bestimmte Stelle (siehe EB Ziffer 25) (die "**Feststellungsstelle**"). Maßgebliche Terminbörse ist die Terminbörse mit dem größten Handelsvolumen von Optionskontrakten, die auf den Basiswert gehandelt werden oder die in den Endgültigen Bedingungen als solche bezeichnete Börse (siehe EB Ziffer 26) (die "**Maßgebliche Terminbörse**").

§ 6 Marktstörung

- (1) "**Marktstörung**" bedeutet jedes der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung der Emittentin wesentlich für die Bewertung eines Basiswertes oder von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Schuldverschreibungen ist:
 - (a) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung der Emittentin eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist:
 - (i) die jeweilige Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem Börseschäftstag geöffnet ist; oder
 - (ii) falls es sich bei dem (einem) Basiswert um einen Index handelt: (A) die jeweilige Indexberechnungsstelle den Stand eines Basiswertes, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem Börseschäftstag nicht veröffentlicht oder (B) die jeweils Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten geöffnet ist; oder
 - (iii) an einem Börseschäftstag zum Zeitpunkt der Notierung für einen Basiswert bzw. zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen Basiswert endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:
 - (A) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse zugelassenen Grenzen überschreiten,

oder aus anderen Gründen):

- (I) für einen Basiswert an der Feststellungsstelle; oder
 - (II) an der Feststellungsstelle insgesamt, sofern es sich bei dem Basiswert nicht um einen Multi-Exchange Index handelt; oder
 - (III) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen Basiswert an der Maßgeblichen Terminbörse; oder
 - (IV) an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der Basiswert zugelassen ist oder notiert wird, oder
- (B) ein Ereignis, das (nach Bestimmung der Emittentin) allgemein die Möglichkeit der Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der Feststellungsstelle Transaktionen in Bezug auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktwerte für einen Basiswert zu ermitteln oder (ii) an der Maßgeblichen Terminbörse Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktwerte für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln; oder
- (iv) der Handel an einem Börsengeschäftstag an der Feststellungsstelle oder der Maßgeblichen Terminbörse vor dem Üblichen Börsenschluss geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (A) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser bzw. diesen Feststellungsstelle(n) oder Maßgeblichen Terminbörse(n) an dem betreffenden Börsengeschäftstag oder (B) dem Orderschluss (sofern gegeben) der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem Börsengeschäftstag angekündigt.
- (b) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung der Emittentin keine Börse oder kein Handels- oder Notierungssystem ist:

Wenn aus Gründen, auf welche die Emittentin keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis- oder Wertbestandteils) des betreffenden Basiswerts unter Bezugnahme auf die jeweilige Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat).

Wobei:

"Absicherungsmaßnahmen" meint Maßnahmen der Emittentin mit dem Ziel, dass ihr die jeweils im Rahmen der Zertifikate zu zahlenden Barbeträge bei Fälligkeit zur Verfügung stehen. Dazu investiert die Emittentin gegebenenfalls direkt oder indirekt in einen oder mehrere Basiswerte. Eine indirekte Anlage kann über ein Verbundenes Unternehmen bzw. einen Vertreter der Emittentin oder sonstige Dritte, die eine Anlage in den Basiswert tätigen, erfolgen. Alternativ dazu ist eine indirekte Anlage durch die Emittentin bzw. ein Verbundenes Unternehmen, einen Vertreter oder sonstige Dritte auch über eine Anlage in Derivategeschäfte bezogen auf einen Basiswert möglich. Die Emittentin wählt Absicherungsmaßnahmen, die sie unter Berücksichtigung des steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmens sowie ihres operativen Umfelds als effizient ansieht. Die Emittentin kann zudem Anpassungen an den Absicherungsmaßnahmen vornehmen, wobei zusätzliche Kosten, Steuern oder nachteilige aufsichtsrechtliche Änderungen, die Auswirkungen auf ihre Absicherungsmaßnahmen haben, nicht immer vermeidbar sind.

"Handels- oder Notierungssystem" meint ein System, bei dem Preise eines Basiswerts aufgrund von Handelsaktivitäten oder Quotierungen von Marktteilnehmern zustande kommen.

"Üblicher Börsenschluss" ist, in Bezug auf eine Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse und einen Börsegeschäftstag, der zu Werktagen übliche Börsenschluss der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an diesem Börsegeschäftstag, ohne Berücksichtigung eines nachbörslichen Handels oder anderer Handelsaktivitäten außerhalb der regulären Handelszeiten.

"Verbundenes Unternehmen" ist ein Rechtsträger, der unter direkter oder indirekter Kontrolle der Emittentin steht, die Emittentin direkt oder indirekt kontrolliert oder mit der Emittentin unter gemeinsamer Kontrolle steht. Kriterium für die Auslegung der Begriffe **"Kontrolle"** und **"kontrollieren"** ist eine Stimmrechtsmehrheit bei dem Rechtsträger oder der Emittentin.

"Zeitpunkt der Notierung" ist in Bezug auf einen Basiswert:

- (i) sofern der Basiswert kein Multi-Exchange Index ist, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem die Emittentin den Stand oder Wert dieses Basiswerts oder bestimmt, und
- (ii) sofern der jeweilige Basiswert ein Index sowie ein Multi-Exchange Index ist,
 - (A) zur Feststellung, ob eine Marktstörung vorliegt,
 - (I) in Bezug auf einen Basiswert, der Übliche Börsenschluss an der jeweiligen Feststellungsstelle für diesen Basiswert und
 - (II) in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf diesen Basiswert, der Börsenschluss an der Maßgeblichen Terminbörse;

- (B) in allen anderen Fällen, der Zeitpunkt, an dem der amtliche Schlussstand dieses Index von der jeweiligen Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht wird.
- (3) Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich gemäß § 12 mitzuteilen, wenn eine Marktstörung eingetreten ist.

§ 7

Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse

- (1) **Anpassungsereignisse.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse stellt, jeweils in Bezug auf einen Basiswert, ein "**Anpassungsereignis**" dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das den theoretischen wirtschaftlichen Wert des jeweiligen Basiswerts wesentlich beeinflusst bzw. wesentlich beeinflussen kann oder wirtschaftliche Auswirkungen bzw. einen Verwässerungs- oder Konzentrationseffekt auf den theoretischen wirtschaftlichen Wert dieses Basiswerts haben kann.
- (ii) Ein Ereignis tritt ein, das die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Wert des jeweiligen Basiswerts und den Zertifikaten, die unmittelbar vor Eintritt dieses Ereignisses besteht, in erheblichem Maße beeinträchtigt.
- (iii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung eines Basiswerts bzw. des/der einem Basiswert zugrunde liegenden Bestandteils/Bestandteilen oder Referenzgröße(n).

(b) Besondere Ereignisse:

jedes/jeder der in Abs. (5) unten als Anpassungsereignis aufgeführten Ereignisse oder Umstände.

Ein solches Anpassungsereignis kann jeweils sowohl vor als auch nach seinem Eintritt die Kosten für die Verwaltung der Zertifikate bzw. die Aufrechterhaltung der Absicherungsmaßnahmen für die Zertifikate oder die Wahrung des gleichen wirtschaftlichen Werts der Zertifikate in einer Weise wesentlich beeinflussen, die im Preis der Zertifikate nicht berücksichtigt ist.

Daher ist die Emittentin berechtigt, nach Eintritt eines Anpassungsereignisses Anpassungen der Emissionsbedingungen gemäß nachstehendem Abs. (2) vorzunehmen, bzw., falls nach Feststellung der Emittentin eine geeignete Anpassung gemäß nachstehendem Abs. (2) unten nicht möglich ist, das Anpassungsereignis als ein Anpassungs-/Beendigungsereignis gemäß nachstehendem Abs. (3) unten zu behandeln. Siehe hierzu nachstehender Abs. (3) (a) (iii) unten. Dies stellt einen Teil des von den Anleihegläubigern bei einer

Anlage in die Zertifikate zu tragenden wirtschaftlichen Risiken und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der Zertifikate dar.

Hinweis: Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein Anpassungsereignis im Sinne von mehreren der Abs (1) (a) (i)-(iii) sein, und jedes der im nachstehenden Abs (5) aufgeführten Anpassungsereignisse in Bezug auf einen Basiswert stellt ein Anpassungsereignis dar.

- (2) **Auswirkungen eines Anpassungsereignisses.** Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum Laufzeitende ein Anpassungsereignis (wie in [] definiert) eintritt, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß § 12 bekanntmachen. Nach Eintritt eines Anpassungsereignisses kann die Emittentin Anpassungen der Emissionsbedingungen vornehmen, die sie nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses Anpassungsereignisses Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der Schuldverschreibungen wie vor Eintritt des Anpassungsereignisses auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Basiswert und den Schuldverschreibungen zu erhalten und/oder ihre Absicherungsmaßnahmen aufrecht erhalten zu können; die Emittentin legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den die Emittentin für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen Anpassungsereignisses zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen Indexkomponenten berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der Emittentin im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen Anpassungsereignis entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der Emittentin zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die Anleihegläubiger. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Zertifikate herrühren.

Die Emittentin kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die eine Maßgebliche Terminbörse (wie vorstehend definiert) aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser Maßgeblichen Terminbörse gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen Basiswert vornimmt. Eine solche Anpassung kann nach Ermessen der Emittentin infolge des Anpassungsereignisses von der Emittentin zu tragenden Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzügen oder anderen Belastungen (unter anderem in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung) Rechnung tragen.

Nach Vornahme der Anpassungen teilt die Emittentin den Anleihegläubigern gemäß § 12 unter kurzer Beschreibung des jeweiligen Anpassungsereignisses so bald wie praktikabel mit, welche Anpassungen der Emissionsbedingungen vorgenommen wurden.

(3) **Anpassungs-/Beendigungsereignis.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse stellt, jeweils in Bezug auf (i) die Zertifikate, (ii) Absicherungsmaßnahmen in Bezug auf die Zertifikate oder (iii) einen Basiswert, ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das wesentliche Auswirkungen auf die von der Emittentin verwendete Methode zur Bestimmung des Stands oder Preises eines Basiswertes bzw. die Fähigkeit der Emittentin zur Bestimmung des Stands oder Preises eines Basiswerts hat.
- (ii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines Basiswerts, sei es infolge einer Einstellung der Börsennotierung, einer Verschmelzung, eines Übernahmeangebots oder einer Beendigung, Tilgung, Insolvenz oder Verstaatlichung, infolge einer wesentlichen Veränderung der Formel oder Methode zur Berechnung dieses Basiswerts, infolge einer wesentlichen Veränderung der Anlagerichtlinien, -politik oder -strategie, der Geschäftsführung oder der Gründungsdokumente oder infolge eines anderen Ereignisses, das eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines Basiswerts darstellt.
- (iii) Ein Anpassungsereignis ist eingetreten, in Bezug auf welches die Emittentin nach eigener Feststellung nicht in der Lage ist, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem § 7 (2) vorzunehmen.
- (iv) Die Emittentin stellt fest, dass:
 - (A) die Erfüllung ihrer Verpflichtungen unter den Zertifikaten, sei es vollständig oder in Teilen, illegal geworden ist bzw. werden wird oder nicht länger praktikabel ist bzw. sein wird oder dass durch diese Erfüllung wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am Begebungstag) entstehen; oder
 - (B) es für sie illegal oder nicht länger praktikabel ist bzw. sein wird, Absicherungsmaßnahmen in Bezug auf die Zertifikate zu erwerben, abzuschließen bzw. erneut abzuschließen, zu ersetzen, aufrechtzuerhalten, aufzulösen oder zu veräußern, sei es vollständig oder in Teilen, oder dass ihr durch den Erwerb, Abschluss oder erneuten Abschluss bzw. die Ersetzung, Aufrechterhaltung, Auflösung oder Veräußerung von Absicherungsmaßnahmen

wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am Begebungstag) entstehen, u. a. aufgrund einer erhöhten Steuerpflicht, geringerer Steuervorteile oder anderer negativer Auswirkungen auf die Steuersituation der Emittentin;

- (C) sie das Recht zur Benutzung des Basiswertes (z .B. wenn der Basiswert ein Index ist) verloren hat oder verlieren wird.

Im Hinblick auf § 7 (3) (a) (iv) der Emissionsbedingungen kann die Emittentin entsprechende Feststellungen u. a. im Falle einer Änderung von anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen (u. a. Steuergesetzen) in einer entsprechenden Rechtsordnung oder Änderung der Auslegung entsprechender Gesetze oder Verordnungen (einschließlich Maßnahmen von Steuerbehörden) durch ein Gericht oder eine Aufsichtsbehörde, eines Rückgangs der Zahl geeigneter Dritter, mit denen in Bezug auf einen Basiswert Verträge geschlossen bzw. zu angemessenen Bedingungen geschlossen werden können, oder eines wesentlichen Mangels an Marktliquidität für Aktien, Optionen, Instrumente oder sonstige Vermögenswerte, die typischerweise zum Ausgleich von Risiken in Bezug auf einen Basiswert eingesetzt werden, treffen.

- (v) Die Emittentin stellt fest, dass sie auch mit wirtschaftlich zumutbaren Anstrengungen nicht in der Lage ist, die Erlöse von Absicherungsmaßnahmen zu realisieren, wiederzugewinnen oder zu transferieren.
- (vi) Die Emittentin stellt fest, dass am fünften Börsegeschäftstag eine Marktstörung vorliegt und dass die in § 7 angegebenen Bewertungsmethoden in diesem Fall nicht für die entsprechende Berechnung geeignet sind, und beschließt, diese Marktstörung als ein Anpassungs-/Beendigungsereignis zu behandeln.
- (vii) Ein Ereignis Höherer Gewalt tritt ein. Für diese Zwecke ist unter einem **"Ereignis höherer Gewalt"** ein Ereignis oder eine Situation zu verstehen, das/die die Emittentin in der Ausübung ihrer Verpflichtungen hindert oder wesentlich beeinträchtigt; hierzu zählen u. a. Systemstörungen, Brände, Gebäudeevakuierungen, Naturkatastrophen, durch den Menschen bedingte Katastrophen, höhere Gewalt, bewaffnete Auseinandersetzungen, terroristische Anschläge, Ausschreitungen, Arbeitskämpfe oder ähnliche Ereignisse und Umstände.
- (viii) Es liegt eine wesentliche Beeinträchtigung der Liquidität oder Marktbedingungen in Bezug auf einen Basiswert (einschließlich des Handels eines Basiswerts), die nicht zu einer Marktstörung führt, vor.
- (b) Besondere Ereignisse:

jedes/jeder der im nachstehenden Abs. (5) als Anpassungs-/Beendigungsereignis aufgeführten Ereignisse oder Umstände.

Der Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses kann dazu führen, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, weiterhin ihre Verpflichtungen im Rahmen der Zertifikate zu erfüllen bzw. ihre Absicherungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten, oder dass sich für die Emittentin durch eine entsprechende Erfüllung bzw. Aufrechterhaltung höhere Kosten, Steuern oder Aufwendungen ergeben und dies im Preis der Schuldverschreibungen nicht berücksichtigt ist. Daher ist die Emittentin berechtigt, nach Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses gemäß nachstehendem Abs. (4) Anpassungen der Emissionsbedingungen vorzunehmen, einen Basiswert zu ersetzen oder die Zertifikate zu kündigen und zu beenden. Dies stellt einen Teil des von den Anleihegläubigern bei einer Anlage in die Zertifikate zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der Zertifikate dar.

Hinweis: Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein Anpassungs-/Beendigungsereignis im Sinne von mehreren der Punkte (i)-(viii) sein, und jedes der im nachstehenden Abs. (5) aufgeführten Anpassungs-/Beendigungsereignisse in Bezug auf einen Basiswert stellt ein Anpassungs-/Beendigungsereignis dar.

- (4) **Auswirkungen eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses.** Nach Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses kann die Emittentin jede der nachstehend aufgeführten Maßnahmen ergreifen. Insbesondere ist zu beachten, dass gemäß nachstehendem Abs. (c) eine Beendigung und Kündigung der Zertifikate zulässig ist.
- (a) Außer in Bezug auf ein Anpassungs-/Beendigungsereignis gemäß vorstehendem § 7 (3) (a) (iii) kann die Emittentin Anpassungen der Emissionsbedingungen vornehmen, die sie nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses Anpassungs-/Beendigungsereignisses Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der Zertifikate wie vor Eintritt des Anpassungs-/Beendigungsereignisses auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Basiswert und den Zertifikaten zu erhalten und/oder ihre Absicherungsmaßnahmen aufrecht erhalten zu können; die Emittentin legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den die Emittentin für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen Anpassungsereignisses zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen Indexkomponenten berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der Emittentin im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen Anpassungs-/Beendigungsereignis entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der Emittentin zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die Anleihegläubiger. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Zertifikate herrühren.

Die Emittentin kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die die (eine) Maßgebliche Terminbörse aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser Maßgeblichen Terminbörse gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen Basiswert vornimmt, bzw. an den Anpassungen, die sich aus den von einer Börse oder einem Handels- oder Notierungssystem vorgegebenen Richtlinien und Präzedenzfällen zur Berücksichtigung des betreffenden Anpassungs-/Beendigungsereignisses ergeben, das nach Feststellung der Emittentin eine Anpassung durch die Börse oder das Handels- oder Notierungssystem zur Folge hätte, falls solche Options- oder Futures-Kontrakte dort gehandelt würden.

- (b) Falls in den Endgültigen Bedingungen Basiswertersetzung (EB 17) vorgesehen ist, kann die Emittentin den jeweiligen von dem Anpassungs-/Beendigungsereignis betroffenen Basiswert an oder nach dem Stichtag dieses Anpassungs-/Beendigungsereignisses durch einen Ersatzvermögenswert ersetzen. "**Ersatzvermögenswert**" meint im Hinblick auf einen Basiswert einen von der Emittentin bestimmten Vermögenswert, der derselben Kategorie von Basiswerten wie der ursprüngliche Basiswert angehört und diesem im Hinblick auf die für seine Wertentwicklung und alle anderen für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen wesentlichen Merkmale so nah als möglich kommt. Wenn von Gegenparteien der Emittentin im Rahmen von Absicherungsmaßnahmen Ersatzvermögenswerte ausgewählt werden und diese Ersatzvermögenswerte in ihrer Wertentwicklung und allen anderen für Zwecke dieser Emissionsbedingungen wesentlichen Merkmale dem ursprünglichen Basiswert so nah als möglich kommt, wird die Emittentin diese Ersatzvermögenswerte aus den Absicherungsmaßnahmen auch als Ersatzvermögenswerte für die Zertifikate heranziehen.

Handelt es sich bei dem jeweiligen Anpassungs-/Beendigungsereignis jedoch um eine Verschmelzung (wie in [] definiert) und besteht die im Rahmen der Verschmelzung für den jeweiligen Basiswert gewährte Gegenleistung aus Vermögenswerten, bei denen es sich nicht um Barvermögen handelt und die nicht bereits im Basiswert enthalten sind, so kann die Emittentin den Basiswert nach eigener Wahl dahingehend anpassen, dass dieser die entsprechenden (unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen der Schuldverschreibungen bestimmte) Menge an Vermögenswerten, zu dem ein

Inhaber des Basiswerts vor dem Eintritt der Verschmelzung berechtigt wäre, umfasst. Die Emittentin nimmt diejenigen Anpassungen der Emissionsbedingungen vor, die sie nach billigem Ermessen für angemessen hält, um dieser Ersetzung bzw. diesen zusätzlichen Vermögenswerten Rechnung zu tragen.

- (c) Ist die Emittentin nicht in der Lage oder willens, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem § 7 (4) (a) oder § 7 (4) (b) festzulegen oder vorzunehmen, kann die Emittentin die Zertifikate durch eine so bald wie praktikabel gemäß § 12 erfolgende Mitteilung, die eine kurze Beschreibung des Anpassungs-/Beendigungsereignisses enthält, beenden und kündigen. Werden die Zertifikate derart beendet und gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, an jeden Anleihegläubiger für jede von diesem gehaltene Zertifikate einen Betrag in Höhe des Marktwerts (wie in [] definiert) der Zertifikate.

Wobei:

"Marktwert" ist in Bezug auf ein Zertifikat der angemessene Marktwert (*fair market value*) dieses Wertpapiers. Er wird von der Emittentin u. a. unter Bezugnahme auf folgende nach ihrem Dafürhalten zum jeweiligen Zeitpunkt geeignete Faktoren bestimmt:

- (a) maßgebliche Quotierungen oder sonstige maßgebliche Marktdaten des/der jeweiligen Marktes/Märkte, z. B. maßgebliche Sätze, Preise, Renditen, Renditekurven, Volatilitäten, Spreads, Korrelationen und Preismodelle für Optionen oder sonstige Derivate;
- (b) Informationen nach Art der vorstehend unter (a) aufgezählten Informationen, die aus internen Quellen der Emittentin oder eines ihrer Verbundenen Unternehmen stammen, sofern die Emittentin diese Art von Informationen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zur Bewertung mit den Zertifikate vergleichbarer Instrumente einsetzt.

Sehen die maßgeblichen Zertifikate (einen) zu zahlende(n) Mindestbetrag/Mindestbeträge vor, wird dies bei der Bestimmung des Marktwerts berücksichtigt. Im Rahmen der Bestimmung des Marktwerts reduziert die Emittentin jedoch den Wert dieser Beträge (d. h. nimmt einen Abschlag vor), um der verbleibenden Zeit bis zum erstmöglichen Tag, an dem diese(r) Betrag/Beträge andernfalls erstmals zu zahlen bzw. zu liefern wäre(n), Rechnung zu tragen. Diese Abschläge werden unter Bezugnahme auf Informationen wie die vorstehend unter (a) und/oder (b) genannten Informationen, u. a. risikolose Zinssätze, bestimmt.

Die Emittentin berücksichtigt darüber hinaus angemessene Werte für andere Beträge, die gegebenenfalls andernfalls in Bezug auf die jeweiligen Zertifikate zu zahlen bzw. zu liefern gewesen wären. Darin eingeschlossen ist gegebenenfalls der Teil der Rendite der Zertifikate, der unter Bezugnahme auf den Basiswert bestimmt wird (d. h. das derivative Element). Die Bestimmung des jeweiligen Werts dieses Elements der Zertifikate erfolgt unter Umständen anhand der Kosten des Abschlusses einer

Transaktion zur Beschaffung vergleichbarer Beträge/Bestände, die zum jeweiligen Zeitpunkt entstehen würden.

Unbeschadet vorstehender Bestimmungen erfolgt jede der erwähnten Bestimmungen ohne Berücksichtigung der Bonität der Emittentin zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung. Dies bedeutet, dass keine Reduzierung des Marktwerts vorgenommen wird, um Annahmen bezüglich der Zahlungsfähigkeit der Emittentin zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung Rechnung zu tragen.

Die Emittentin setzt einen Anleihegläubiger so bald als möglich nach Erhalt einer entsprechenden schriftlichen Anfrage dieses Anleihegläubigers über von ihr im Rahmen dieses § 7 bis einschließlich zum Tag des Eingangs dieser Anfrage getroffene Feststellungen in Kenntnis. Kopien dieser Feststellungen können von den Anleihegläubigern bei der Emittentin eingesehen werden.

- (5) **Bestimmte Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse in Bezug auf unterschiedliche Basiswerte.** Nachstehend sind Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse aufgeführt, die auf den jeweiligen Basiswert abstellen.

**Teil (a) – Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Aktien
(anwendbar, wenn ein Basiswert eine Aktie ist EB Ziffer 16)**

- (a) **Aktie.** Sofern es sich bei dem Basiswert, um eine Aktie handelt, gilt:
- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 7 (1) (a) (i) bis (ii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungsereignis**" dar:
 - (A) eine Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der jeweiligen Aktien (soweit keine Verschmelzung vorliegt) oder die Ausgabe von Gratisaktien bzw. Ausschüttung einer Aktiendividende an die vorhandenen Aktionäre als Bonus, Teil einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln oder einer ähnlichen Emission;
 - (B) eine Dividende, sonstige Ausschüttung oder Emission an die vorhandenen Aktionäre in Form (I) zusätzlicher Aktien, (II) sonstigen Aktienkapitals oder von Wertpapieren, das bzw. die Anspruch auf Zahlung einer Dividende und/oder des Erlöses aus der Liquidation der Aktiengesellschaft in gleicher Weise oder proportional zu den Zahlungen an die Inhaber dieser Aktien gewährt bzw. gewähren, (III) von Aktienkapital oder sonstigen Wertpapieren eines anderen Emittenten als Ergebnis einer Ausgliederung eines Teils des Unternehmens oder einer ähnlichen Transaktion, oder (IV) von Wertpapieren, Rechten, Optionsscheinen oder sonstigen Vermögenswerten anderer Art, und zwar in jedem dieser Fälle zu

einem (in bar oder in anderer Form zu entrichtenden) Preis, der unter dem von der Emittentin festgestellten jeweiligen Marktpreis liegt;

- (C) eine Sonderdividende;
 - (D) eine Einzahlungsaufforderung seitens der Aktiengesellschaft für die jeweiligen Aktien, die nicht voll eingezahlt worden sind;
 - (E) ein aus Erträgen oder dem Grundkapital finanzierter Rückkauf der jeweiligen Aktien durch die, oder im Namen der, Aktiengesellschaft oder eines ihrer Tochterunternehmen, gleich ob die Gegenleistung für den Rückkauf aus Geld, Wertpapieren oder sonstigen Gegenständen besteht;
 - (F) ein Ereignis, das bei einer Aktiengesellschaft zur Ausgabe von Aktionärsrechten oder der Abtrennung solcher Rechte von Stammaktien oder anderen Aktien des Grundkapitals der betreffenden Aktiengesellschaft führt, in Folge eines gegen feindliche Übernahmen gerichteten Plans oder einer entsprechenden Maßnahme, der bzw. die im Falle bestimmter Ereignisse die Gewährung von Rechten zum Erwerb von Vorzugsaktien, Optionsscheinen, Schuldtiteln oder Aktienbezugsrechten zu einem Preis unter ihrem von der Emittentin festgestellten Marktwert vorsieht bzw. vorsehen;
 - (G) eine Rücknahme von Aktionärsrechten der vorstehend unter (F) beschriebenen Art und
 - (H) andere vergleichbare Ereignisse, die einen Verwässerungs-, Konzentrations- oder sonstigen Effekt auf den rechnerischen Wert der jeweiligen Aktien haben können.
- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 7 (3) (a) (i) - (viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:
- (A) "**Einstellung der Börsennotierung**", die in Bezug auf eine Aktie vorliegt, wenn die Feststellungsstelle bekannt gibt, dass, gemäß den Vorschriften der jeweiligen Feststellungsstelle, die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung der jeweiligen Aktie an dieser Feststellungsstelle sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund (sofern die Einstellung der Börsennotierung nicht durch eine Verschmelzung oder ein Übernahmeangebot bedingt ist), beendet wird und wenn die jeweilige Aktie nicht unmittelbar wieder an einer bzw. einem für die Emittentin akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem zugelassen, gehandelt oder notiert wird;

- (B) "**Insolvenz**", die vorliegt, wenn aufgrund freiwilliger oder zwangsweiser Liquidation, Konkurs, Insolvenz, Abwicklung, Auflösung oder eines vergleichbaren die Aktiengesellschaft betreffenden Verfahrens (x) sämtliche Aktien der Aktiengesellschaft auf einen Treuhänder, Liquidator, Insolvenzverwalter oder ähnlichen Amtsträger übertragen werden müssen oder (y) es den Inhabern der Aktien dieser Aktiengesellschaft rechtlich untersagt wird, diese zu übertragen;
- (C) "**Verschmelzung**", d. h. in Bezug auf die jeweiligen Aktien (I) eine Gattungsänderung oder Umstellung der betreffenden Aktien, die eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden umlaufenden Aktien auf einen anderen Rechtsträger zur Folge hat, (II) eine Verschmelzung (durch Aufnahme oder Neubildung) oder ein bindender Aktientausch einer Aktiengesellschaft mit oder zu einem anderen Rechtsträger (außer bei einer Verschmelzung oder einem Aktientausch, bei der bzw. dem die betreffende Aktiengesellschaft die aufnehmende bzw. fortbestehende Gesellschaft ist und die bzw. der keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien zur Folge hat) oder (III) ein Übernahmeangebot, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers zum Erwerb oder der anderweitigen Erlangung von 100% der umlaufenden Aktien der Aktiengesellschaft, das bzw. der eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden Aktien zur Folge hat (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden), oder (IV) eine Verschmelzung (durch Aufnahme oder Neubildung) oder ein bindender Aktientausch einer Aktiengesellschaft oder ihrer Tochtergesellschaften mit oder zu einem anderen Rechtsträger, wobei die Aktiengesellschaft die aufnehmende bzw. fortbestehende Gesellschaft ist und keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien erfolgt, sondern die unmittelbar vor einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden) in der Summe weniger als 50% der unmittelbar nach einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien ausmachen, in jedem der genannten Fälle, sofern das Verschmelzungsdatum einem Tag vor dem oder dem letzten möglichen Datum entspricht, an dem gemäß den Emissionsbedingungen eine Bestimmung des Preises oder Werts der jeweiligen Aktie durch die Emittentin erforderlich sein könnte;
- (D) "**Verstaatlichung**", d. h. ein Vorgang, durch den alle entsprechenden Aktien oder alle bzw. im Wesentlichen alle Vermögenswerte der Aktiengesellschaft verstaatlicht oder enteignet werden oder sonst auf

staatliche Stellen, Behörden oder Einrichtungen übertragen werden müssen;

- (E) "**Übernahmeangebot**", d. h. ein Angebot zur Übernahme, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers, das bzw. der dazu führt, dass der betreffende Rechtsträger, in Folge eines Umtausches oder anderweitig, mehr als 10% und weniger als 100% der umlaufenden Stimmrechtsaktien der Aktiengesellschaft kauft, anderweitig erwirbt oder ein Recht zum Erwerb dieser Aktien erlangt, wie von der Emittentin auf der Grundlage von Anzeigen an staatliche oder Selbstregulierungsbehörden oder anderen als relevant erachteten Informationen bestimmt.

In diesem Zusammenhang gelten folgende Definitionen:

"**Verschmelzungsdatum**" ist der Abschlusszeitpunkt einer Verschmelzung oder, wenn gemäß dem für die betreffende Verschmelzung anwendbaren Recht kein solcher bestimmt werden kann, das von der Emittentin festgelegte Datum.

"**Aktiengesellschaft**" ist, in Bezug auf eine Aktie, der in diesen Emissionsbedingungen unter der Überschrift "Basiswert" angegebene Emittent der jeweiligen Aktie.

Teil (b) – Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Indizes (anwendbar, wenn ein Basiswert ein Index ist EB Ziffer 16)

- (b) **Index.** Sofern es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, gilt:
- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 7 (1) (a) (i) - (iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungsereignis**" dar:
- (A) die Berechnung oder Veröffentlichung eines Index erfolgt nicht durch die in den Endgültigen Bedingungen bestimmte Indexberechnungsstelle, sondern ein nach Ansicht der Emittentin geeigneter Nachfolger (der "**Nachfolger der Indexberechnungsstelle** ") übernimmt die Berechnung eines Index.
- (B) Der entsprechende Index wird durch einen Nachfolgeindex ersetzt, für den nach Feststellung der Emittentin eine Formel und Berechnungsmethode angewandt wird, die derjenigen des in diesen Emissionsbedingungen angegebenen Index entspricht oder mit dieser im Wesentlichen vergleichbar ist.

Ein entsprechendes Anpassungsereignis kann jeweils zur Folge haben, dass der von dem Nachfolger der Indexberechnungsstelle

berechnete und bekannt gegebene Index bzw. der Nachfolgeindex als maßgeblicher Index gilt.

- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 7 (3) (a) (i) - (viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:

An oder vor einem Tag, in Bezug auf den die Emittentin den Stand eines Index zu bestimmen hat, erfolgt durch die jeweilige Indexberechnungsstelle bzw. Nachfolger der Indexberechnungsstelle (I) eine wesentliche Änderung an der Formel oder Methode zur Berechnung dieses Index bzw. Ankündigung einer solchen Änderung oder eine anderweitige wesentliche Veränderung dieses Index, (II) die dauerhafte Einstellung dieses Index oder (III) eine Unterlassung der Berechnung und Veröffentlichung dieses Index, wobei in jedem dieser Fälle die vorstehenden Bestimmungen unter § 7 (5) (b)(i) keine Anwendung finden.

Teil (c) – Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Rohstoffe (anwendbar, wenn ein Basiswert ein Rohstoff ist EB Ziffer 16)

- (c) **Rohstoffe.** Sofern es sich bei dem Basiswert um einen Rohstoff handelt, gilt:

- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 7 (1) (a) (i) - (iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungsereignis**" dar:

- (A) ein entsprechender Rohstoff oder ein entsprechender Futures-Kontrakt wird im Vergleich zum Ausgabetag an der Feststellungsstelle in einer anderen Qualität oder in anderer (inhaltlicher) Zusammensetzung bzw. Zusammenstellung gehandelt (z. B. mit einem anderen Reinheitsgrad oder Herkunftsort);
- (B) Infolge eines sonstigen Ereignisses oder einer sonstigen Maßnahme wird der Rohstoff oder der maßgebliche Futures-Kontrakt, wie sie bzw. er an der Feststellungsstelle gehandelt wird, verändert; oder
- (C) Es liegt eine wesentliche Aussetzung oder Einschränkung des Handels in dem Futures-Kontrakt oder der Ware an der Feststellungsstelle oder in einem anderen maßgeblichen Futures- oder Optionskontrakt bzw. einer anderen maßgeblichen Ware an einer Börse oder in einem Handels- oder Notierungssystem vor, sofern es sich hierbei nach Feststellung der Emittentin nicht um eine Marktstörung handelt.

- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 7 (3) (a) (i) - (viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:

- (A) ein entsprechender Rohstoff oder ein entsprechender Futures-Kontrakt wird im Vergleich zum Ausgabetag an der Feststellungsstelle in einer anderen Qualität oder in anderer (inhaltlicher) Zusammensetzung bzw. Zusammenstellung gehandelt (z. B. mit einem anderen Reinheitsgrad oder Herkunftsort);
- (B) Eintritt einer wesentlichen Änderung bezüglich der Formel oder Methode zur Berechnung eines maßgeblichen Preises oder Werts für einen Rohstoff oder einen Futures-Kontrakt nach dem Ausgabetag;
- (C) die Unterlassung der Bekanntgabe oder Veröffentlichung eines maßgeblichen Preises oder Werts eines Rohstoffs oder eines Futures-Kontrakts (oder der für die Bestimmung eines entsprechenden Preises oder Werts erforderlichen Informationen) durch die Feststellungsstelle oder die vorübergehende oder dauerhafte Aussetzung oder Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der Feststellungsstelle, sofern es sich bei einem entsprechenden Ereignis nach Feststellung der Emittentin nicht um eine Marktstörung handelt, und
- (D) die Bekanntgabe einer Feststellungsstelle für einen maßgeblichen Rohstoff, bei der es sich um eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem handelt, dass die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung eines wesentlichen Options- oder Futures-Kontrakts auf oder in Bezug auf diesen Rohstoff an der Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften dieser Feststellungsstelle sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird.

Teil (d) – Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Währungen (anwendbar, wenn ein Basiswert eine Währung ist EB Ziffer 16)

- (d) **Währung.** Sofern es sich bei dem Basiswert um eine Währung handelt, gilt:
 - (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 7 (1) (a) (i) - (iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungsereignis**" dar:
 - (A) die Ersetzung der maßgeblichen Währung in ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw. unterhalten, die diese Maßgebliche Währung ausgibt, durch eine andere Währung bzw. die Verschmelzung dieser maßgeblichen Währung mit einer anderen Währung zu einer gemeinsamen Währung,

- (B) die Aufhebung, gleich aus welchem Grund, einer maßgeblichen Währung als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw. unterhalten, die diese maßgebliche Währung ausgibt, und
- (C) die Bekanntgabe einer Feststellungsstelle für einen Wechselkurs, bei der es sich um eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem handelt, dass die (öffentliche) Notierung oder der Handel des jeweiligen Wechselkurses zwischen der jeweiligen Erstwährung und Zweitwährung an der Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften dieser Feststellungsstelle sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird, wobei dieser Wechselkurs nicht unmittelbar wieder an einer bzw. einem für die Emittentin akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem gehandelt oder notiert wird.

Wobei:

"Erstwährung" ist die in der Definition des maßgeblichen Wechselkurses als erstes aufgeführte Währung bzw., falls sich ein Wechselkurs auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses Wechselkurses als erstes aufgeführte Währung.

"Zweitwährung" ist die in der Definition des maßgeblichen Wechselkurses als zweites aufgeführte Währung bzw., falls sich ein Wechselkurs auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses Wechselkurses als zweites aufgeführte Währung.

§ 9

Aufstockung; Rückkauf

- (1) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit weitere Zertifikate mit gleicher Ausstattung zu begeben, sodass sie mit den Zertifikaten zusammengefasst werden, eine einheitliche Emission mit ihnen bilden und ihre Anzahl erhöhen. Der Begriff "Zertifikate" umfasst im Fall einer solchen Aufstockung auch solche zusätzlich begebenen Zertifikate.
- (2) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Zertifikate über die Börse und/oder durch außerbörsliche Geschäfte zu einem beliebigen Preis zurück zu erwerben. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Zertifikatsinhaber davon zu unterrichten. Die zurückerworbenen Zertifikate können entwertet, gehalten, weiterveräußert oder von der Emittentin in anderer Weise verwendet werden.

§ 10 Beauftragte Stellen

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die Berechnungsstelle (zusammen die "**beauftragten Stellen**") und ihre Geschäftsstellen sind in den EB (EB Ziffern 27 und 28) angegeben. Die Gutschrift der Auszahlungen erfolgt, wenn in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes bestimmt ist, über die jeweilige für den Inhaber der Zertifikate depotführenden Stelle.
- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder Berechnungsstellen im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die Berechnungsstelle werden den Anleihegläubigern gemäß § 12 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Zertifikatsinhabern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Zertifikatsinhabern begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, Zahlstelle(n) und Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Zertifikatsinhaber bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die Berechnungsstelle noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 11 Börseeinführung

Wenn in den Endgültigen Bedingungen angegeben (EB Ziffer 30), beabsichtigt die Emittentin, die Notierung der Zertifikate an dem in den Endgültigen Bedingungen genannten Markt zu beantragen, oder, wenn in den Endgültigen Bedingungen so angegeben, hat sie dies bereits beantragt.

§ 12 Bekanntmachungen

- (1) Alle Bekanntmachungen, welche die Zertifikate betreffen, erfolgen nach Wahl der Emittentin rechtsgültig an jener Stelle und auf jene Weise, die in den Endgültigen Bedingungen angegeben sind (EB Ziffer 31), oder, soweit zulässig, auf der Homepage der Emittentin (EB Ziffer 31) oder durch schriftliche Benachrichtigung der Inhaber der Zertifikate.
- (2) Sofern in diesen Emissionsbedingungen nichts anderes vorgesehen ist, dienen diese Bekanntmachungen nur zur Information und stellen keine Wirksamkeitsvoraussetzungen dar.

§ 13 Verjährung

Der Anspruch auf Zahlungen aus fälligem Kapital verjährt nach dreißig Jahren ab Fälligkeit.

§ 14 Haftungsausschluss

Die Emittentin übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit, Kontinuität und dauerhafte Berechnung der von der Feststellungsstelle festgestellten Kurse des Basiswertes.

§ 15 Steuerliche Behandlung

Sämtliche Zahlungen in Bezug auf die Zertifikate werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.

§ 16 Anwendbares Recht; Gerichtsstand; Erfüllungsort

Die Zertifikate sowie alle damit verbundenen Rechte und Pflichten unterliegen österreichischem Recht. Erfüllungsort ist Bregenz. Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, das für Handelssachen in Feldkirch zuständige Gericht, wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

§ 17
Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen aus welchem Grund auch immer unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Emissionsbedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

Anhang 3

Muster der Endgültigen Bedingungen für die fix verzinsten, variabel verzinsten, Stufenzins-, oder basiswertabhängigen Schuldverschreibungen, Steepener Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Kommunalpfandbriefe und Nullkupon Schuldverschreibungen



Endgültige Bedingungen vom [●]

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Emission von

[Gesamtanzahl der Tranche]

[Bezeichnung der Schuldverschreibungen]

ISIN: [●]

(die "**Schuldverschreibungen**")

emittiert [am] [ab dem] [Begebungstag] unter dem

Angebotsprogramm für Strukturierte Schuldverschreibungen

Wichtige Hinweise

[Ein gemäß dem Kapitalmarktgesetz gebilligter Prospekt vom 6.9.2013 [samt [Nachtrag] [Nachträgen] vom ●] wurde veröffentlicht und ist bei der Emittentin erhältlich.] [Das öffentliche Angebot der Schuldverschreibungen erfolgt unter Anwendung der Ausnahme von der Prospektspflicht gemäß [Kapitalmarktgesetz] [anderes].]

[Dieses Dokument stellt die Endgültigen Bedingungen dar und bezieht sich auf die Emission der hierin beschriebenen Schuldverschreibungen. Die hierin verwendeten Begriffe haben die für sie in den im Prospekt vom 6.9.2013 (und [dem] [den] [Nachtrag] [Nachträgen] vom [●] zum Prospekt), der einen Basisprospekt gemäß der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG in der durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 geänderten Fassung, die "**Prospektrichtlinie**") darstellt (der

"Prospekt") enthaltenen Muster-Emissionsbedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") festgelegte Bedeutung. Dieses Dokument enthält gemäß Artikel 5 Abs 4 der Prospektrichtlinie die Endgültigen Bedingungen der Schuldverschreibungen und ist nur mit dem Prospekt gemeinsam zu lesen. Vollständige Informationen in Bezug auf die Emittentin und das Angebot sind nur in der Gesamtheit dieses Dokuments (das "**Dokument**" oder die "**Endgültigen Bedingungen**"), und dem Prospekt enthalten. [Der Prospekt [und etwaige Nachträge hierzu] **[[ist] [sind]** bei [Adresse] kostenlos erhältlich und] **[kann] [können]** [dort und] auf der Website [Website] eingesehen werden.]

[Anwendbare Bestimmung einfügen oder als "Nicht anwendbar" (N/A) kennzeichnen. Achtung: Reihenfolge der Nummerierung bleibt unverändert, auch wenn einzelne Abschnitte oder Unterabschnitte als "Nicht anwendbar" gekennzeichnet sind. Kursivschrift kennzeichnet Erläuterungen für die Bearbeitung des Dokuments für die Endgültigen Bedingungen.]

Die im Prospekt festgelegten Muster-Emissionsbedingungen werden gemäß den Bestimmungen dieses Dokumentes ergänzt. Im Fall einer Abweichung von den Muster-Emissionsbedingungen gehen die Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen vor. Die entsprechend ergänzten Muster-Emissionsbedingungen und die entsprechenden Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen stellen zusammen die Emissionsbedingungen dar, die auf diese Emission von Schuldverschreibungen anwendbar sind.

*[Wenn anwendbar, einfügen: **Investoren werden darauf hingewiesen, dass die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen nur der Emittentin ein Recht auf vorzeitige Rückzahlung gewähren, und dass die Inhaber der Schuldverschreibungen eine höhere Rendite auf ihre Schuldverschreibungen erhalten, als wenn sie ebenfalls ein vorzeitiges Rückzahlungsrecht eingeräumt erhalten würden. Der Ausschluss des vorzeitigen Rückzahlungsrechtes durch die Inhaber der Schuldverschreibungen ist eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin ihr Risiko aus den Schuldverschreibungen absichern kann. Daher würde die Emittentin, wenn das vorzeitige Rückzahlungsrecht der Inhaber der Schuldverschreibungen nicht ausgeschlossen würde, die Schuldverschreibungen entweder gar nicht begeben oder die Emittentin würde die voraussichtlichen Kosten für die Auflösung des Absicherungsgeschäftes in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen und so die Rendite der Investoren verringern. Investoren sollten daher sorgfältig überlegen, ob sie meinen, dass dieses vorzeitige Rückzahlungsrecht, das nur der Emittentin gewährt wird, für sie nachteilig ist und sollten, wenn sie dieser Ansicht sind, nicht in die Schuldverschreibungen investieren.]***

[Eine emissionsspezifische Zusammenfassung ist den Endgültigen Bedingungen beigefügt.]

TEIL 1 – EMISSIONSBEDINGUNGEN

TEIL A – VERTRAGLICHE BEDINGUNGEN

[A. Falls die für die betreffenden Schuldverschreibungen geltenden Optionen durch Wiederholung der betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 und 2 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt und die entsprechenden Leerstellen ausgefüllt werden, einfügen:

Die für die Schuldverschreibungen geltenden Emissionsbedingungen sind wie nachfolgend aufgeführt.

[Hier die betreffenden Angaben einer der Optionen 1 und 2 einschließlich der betreffenden weiteren Optionen wiederholen und betreffende Leerstellen vervollständigen.]

[B. Falls die für die betreffenden Schuldverschreibungen geltenden Optionen, die durch Verweisung auf die betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 und 2 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt werden, einfügen:

Dieser Teil I.A der Endgültigen Bedingungen ist in Verbindung mit dem Satz der Muster-Emissionsbedingungen, der auf Schuldverschreibungen Anwendung findet, zu lesen, der als Option [1] [2] im Prospekt enthalten ist. Begriffe, die in den Muster-Emissionsbedingungen definiert sind, haben dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden. Bezugnahmen in diesen Endgültigen Bedingungen auf Paragraphen beziehen sich auf die Paragraphen der Muster-Emissionsbedingungen.

Die Leerstellen in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen gelten als durch die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären. Sämtliche Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen, die sich auf Variablen dieser Endgültigen Bedingungen beziehen und die weder angekreuzt noch ausgefüllt werden oder die gestrichen werden, gelten als in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Emissionsbedingungen gestrichen.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- | | | |
|----|------------------------------|--|
| 1. | Art der Schuldverschreibung: | [fix verzinste] [variabel verzinste] [Stufenzins]
[basiswertabhängige] [Steepener]
[Schuldverschreibungen] [Pfandbriefe]
[Kommunalfandbriefe] [Nullkupon
Schuldverschreibungen] |
| 2. | Nennbetrag: | [●] |
| 3. | Gesamtnennbetrag: | [●] |

4. Festgelegte Währung: [●]
5. Emissionspreis: [EUR/andere Währung] [Betrag einfügen] [[●]
% des Nennbetrages] [zuzüglich aufgelaufener
Zinsen ab [Datum einfügen] (nur bei fungiblen
Tranchen, wenn erforderlich)]

[im Falle einer Daueremission: Angabe, wie
sich der Emissionspreis bestimmt]
- Ausgabeaufschlag: [●] [Nicht anwendbar]
6. Mindestzeichnungsbetrag: [●] [Nicht Anwendbar]
7. Höchstzeichnungsbetrag: [●] [Nicht Anwendbar]
8. Begebungstag: [●]
9. Daueremission: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
10. Verzinsungsbeginn: [●] [bei anfänglicher Fixzinsperiode ist der
Verzinsungsbeginn für die anfängliche
Fixzinsperiode und die nachfolgende
Zinsmodalitat anzugeben]
11. Fälligkeitstag: [●] [Zinszahlungstag, der in den
[Ruckzahlungsmonat, Jahr] fällt]
12. Zinsmodalitat: [Fixverzinslich] [Stufenzins] [Variabel
verzinslich (Leitzinssatz)] [Variabel verzinslich
(Swapsatz)] [Basiswertabhangige Verzinsung]
[Nullkupon] [Steepener] [bei anfänglicher
Fixzinsperiode sind jeweils beide
Zinsmodalitaten anzugeben]
13. Zinstagequotient: [Actual/Actual (ICMA)]
[30/ 360]
[30E/ 360] [Eurobond Basis]
[Actual/ 365] [Actual/Actual (ISDA)]
[Actual/ 365 (Fixed)]
[Actual/ 360]
14. Glaubigerkundigungsrecht
e/ Kündigungsrechte der
Emittentin: [Glaubigerkundigungsrecht]
[Kündigungsrecht der Emittentin]
(zusätzliche Einzelheiten unter
"Rückzahlungsmodalitäten" unten)

[Nicht anwendbar]

BESTIMMUNGEN ZUR VERZINSUNG

15. Fixzinsmodalitäten: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)
- Anfängliche Fixzinsperiode: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
[Ende der Fixzinsperiode einfügen]
[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]
 - Zinssatz: [[●] % per annum [zahlbar [jährlich/
halbjährlich / vierteljährlich / anders]
nachträglich] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]
16. Modalitäten bei Stufenzins: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)
- Zinssätze: [●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]
17. Modalitäten bei variabler Verzinsung (Leitzinssatz): [Anwendbar/Nicht anwendbar] (falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)
- Referenzzinssatz: [●]
 - Bildschirmseite: [●]
 - Zinsberechnungsbasis-partizipationsfaktor: [●]
 - Aufschlag/ Abschlag (Marge): [[+/-] [●] % per annum] [auf- oder absteigende Marge einfügen]
 - Zinsfeststellungstag(e): [zweiter Londoner Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode wenn LIBOR/und zweiter TARGET Geschäftstag vor Beginn jeder Zinsperiode wenn EURIBOR oder LIBOR] [andere Tage]
 - Referenzbanken: [●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]
 - Relevanter Markt: [●]
18. Modalitäten bei variabler [Anwendbar/Nicht anwendbar] (falls nicht

- Verzinsung (Swapsatz): *anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)*
- Referenzswapsatz: **[●]**
 - Maßgebliche Bildschirmseite: **[●]**
 - Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor: **[●]**
 - Aufschlag/ Abschlag (Marge): **[[+/-] [●] % per annum] [auf- oder absteigende Marge einfügen]**
 - Zinsfeststellungstag(e): **[●] [andere Tage]**
 - Für Swapsatz-Quotierungen maßgeblicher Zinssatz: **[●]**
19. Modalitäten bei basiswertabhängiger Verzinsung: **[Anwendbar/Nicht anwendbar] (falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)**
- Verzinsungsart: **[Range Accrual] [Digitale Option] [Inflationsgebunden (additiv)] [Inflationsgebunden (multiplikativ)]**
 - Indexabhängige Verzinsung: **[Anwendbar] [Nicht anwendbar]**
 - Range Accrual Zinssatz: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
 - Digitale Option Zinssatz: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
 - Verzinsungsende: **[●]**
 - Basiswert / Basiswertkorb: **[●] (Beschreibung des Basiswertes einfügen) [Weitere Informationen zum Basiswert werden unten gegeben.]**
 - Beobachtungswert: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
 - Schlusskurs: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**

- Barriere: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Obere Barriere: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Untere Barriere: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Beobachtungstag / -
periode: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Zinsermittlungstag: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Basiszinssatz: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Indexermittlungs-
zeitpunkt 1: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Indexermittlungs-
zeitpunkt 2: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Partizipationsrate: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Index-Bildschirmseite: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Maßgebliche
Terminbörse: [●] (*nur angeben, wenn anders als in den
Muster-Emissionsbedingungen*)
 - Referenzbörse(n): [●] [*Für jeden Basiswert angeben; wenn nicht
anwendbar, Zeile löschen*]
20. Modalitäten für die
Verzinsung für Steepener-
Schuldverschreibungen: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
(*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte
dieses Absatzes streichen*)
- Swapsatz 1: [●]
 - Swapsatz 2: [●]
 - Zins-
Partizipationsfaktor: [●]
 - Bildschirmseite: [●]
 - Für Swapsatz-
Quotierungen
maßgeblichen Zinssatz: [●]
21. Allgemeine Regelungen

betreffend die Verzinsung
und Definitionen:

- Maximal- und/oder Mindestzinssatz: **[●]** *[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]*
- Festgelegte Zinsperiode(n): **[●]** *[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]*
- Festgelegte Zinszahlungstage: **[●]** *[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]*
- Geschäftstagekonvention: **[Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention]** **[Floating Rate Note Konvention]** **[Folgender-Geschäftstag-Konvention]** **[Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention]**
- Maßgebliches Finanzzentrum (-zentren): **[●]** *[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]*

RÜCKZAHLUNGSMODALITÄTEN

- 22. Rückzahlungsbetrag: **[Nennbetrag]** **[●]** *pro Stückelung* **[anderer Betrag]** *[bei basiswertabhängigen Schuldverschreibungen uU Formel einfügen]*
- 23. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin: **[Anwendbar]** **[Nicht anwendbar]** *(falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)*
 - Wahrrückzahlungstag(e) (Call): **[●]**
 - Wahrrückzahlungsbetrag (-beträge) (Call), falls zutreffend, Methode zu dessen (deren) Berechnung: **[●]** *je Stückelung von [●] (wenn nicht Nennbetrag)*
 - Teilrückzahlung: **[●]** *[falls nicht anwendbar, Zeile löschen)]*
 - (a) Mindest-Rückzahlungsbetrag **[●]** *[falls nicht anwendbar, Zeile löschen)]*
 - (b) höherer- (Höchst-) Rückzahlungsbetrag **[●]** *[falls nicht anwendbar, Zeile löschen)]*

- Kündigungsfrist (Call): [●] [*wenn abweichende Kündigungsfrist vorgesehen ist, Zeile löschen*]
- Zahlungsfrist (Call): [●]
- Zinsaufschlag für den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht: [●] [*Kann nicht angegeben werden.*]
- 24. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger [Anwendbar] [Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
 - Wahlrückzahlungstag(e) (Put): [●]
 - Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Put) und falls zutreffend, Methoden zu dessen Berechnung: [Nicht anwendbar] [● je Stückelung von ●] (*wenn nicht Nennbetrag*)
 - Kündigungsfrist (Put): [Nicht anwendbar] [●] (*wenn abweichend von den Muster-Emissionsbedingungen*)
 - Zahlungsfrist (Put): [●]
- 25. Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung: [Anwendbar][Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
 - Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag: [●]
 - Zahlungsfrist: [●]
- 26. Maßgebliche Börse / Feststellungsstelle / Indexberechnungsstelle: [●] [Nicht anwendbar]

WEITERE VERTRAGLICHE ANGABEN

- 27. Zahlstelle(n): [Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft
Hypo-Passage 1]

6900 Bregenz
Österreich] [●]

28. Berechnungsstelle: [Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank
Aktiengesellschaft
Hypo-Passage 1
6900 Bregenz
Österreich] [●]
29. (i) Verwahrstelle: [Oesterreichische Kontrollbank
Aktiengesellschaft, Am Hof 4, A-1010 Wien]
[andere] (*Angabe von Einzelheiten*)
- (ii) Clearing System: [Clearstream Banking AG, Frankfurt,
Börsenplatz 7 – 11, D-60313 Frankfurt am
Main]
[Euroclear Bank S.A./N.V. (Euroclear
Operator), 1. Boulevard du Roi Albert II, B-1210
Brüssel]
[Clearstream Banking société anonyme,
Luxembourg, 42 Avenue JF Kennedy, L-1855
Luxemburg]
[Oesterreichische Kontrollbank
Aktiengesellschaft, Am Hof 4, A-1010 Wien]
[anderes / zusätzliches Clearing System]
(*Angabe von Einzelheiten*)
[Nicht anwendbar]
30. Börsennotierung: [Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse]
[Nicht anwendbar.] [*falls nicht anwendbar, die
Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*]
- Erster Handelstag [●]
31. Art der Mitteilungen und Website für
Bekanntmachungen: [www.hypovbg.at] [*andere*]

TEIL B – WEITERE ANGABEN

IDENTIFIKATION

ISIN, WKN: [●]

[(i)] Nummer der Serie: [●]

[(ii) Nummer der Tranche:] [●] (falls fungibel mit einer bestehenden Serie, Beschreibung dieser Serie, einschließlich des Tages, an dem die Schuldverschreibungen fungibel werden)

Rating der Wertpapiere: [●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

Bestimmungsland des öffentlichen Angebotes: [Nicht anwendbar] [●][der Prospekt wurde der zuständigen Behörde am ● notifiziert]

Zeitraum für die Zeichnung: [Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen]

Verfahren zur Meldung zugeteilter Beträge: [Nicht anwendbar] [●]

Gründe für das Angebot und die Verwendung der Erlöse, Nettoerlöse [●] [Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]

Geschätzte Gesamtkosten bezüglich der Zulassung zum Handel: [●]

Koordinatoren und/oder Platzeure [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]

Übernahmevertrag [Datum des Übernahmevertrags einfügen] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]

Übernahme [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]

Provisionen: [Nicht anwendbar] [●]

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

Lieferung: [Lieferung gegen/frei von Zahlung] [Nicht anwendbar]

Geregelte oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die [Nicht anwendbar] [Märkte angeben]

angebotenen Wertpapiere
zum Handel zugelassen
sind:

Intermediäre im
Sekundärhandel
Emissionsrendite:

[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]

[Anwendbar] [Nicht anwendbar] Die Emissionsrendite ist am Tag der Begebung auf der Basis des Ausgabepreises berechnet und ist keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft.

Berechnungsmethode der
Emissionsrendite:

*[ICMA Methode (Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen)]
[Andere Methode angeben]*

Interessen von
ausschlaggebender
Bedeutung:

[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [Falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten in Bezug auf jegliche Interessen – einschließlich Interessenkonflikte -, die für die Emission/das Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind unter Spezifizierung der involvierten Personen und Angabe der Wesensart der Interessen.]

[ANTRAG AUF BÖRSENOTIERUNG UND ZULASSUNG ZUM HANDEL

Diese Endgültigen Bedingungen enthalten die Details, die erforderlich sind, um die hierin beschriebenen Schuldverschreibungen gemäß dem Angebotsprogramm für Strukturierte Schuldverschreibungen vom 6.9.2013 an der Börse zu notieren und zum Handel zuzulassen.]

INFORMATIONEN NACH DER EMISSION

Die Emittentin wird nach Emission keine Informationen bezüglich der Basiswerte liefern, ausgenommen wie in den Muster-Emissionsbedingungen und den Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

TEIL 2 – EMISSIONSSPEZIFISCHE ZUSAMMENFASSUNG

[Um die Details zur maßgeblichen Emission ergänzte Zusammenfassung des Prospekts einfügen]

Anhang 4

Muster der Endgültigen Bedingungen für Zertifikate



Endgültige Bedingungen vom [●]

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Emission von

[Gesamtanzahl der Tranche]

[Bezeichnung der Zertifikate]

ISIN: [●]

(die "Zertifikate")

emittiert [am] [ab dem] [Begebungstag] unter dem

Angebotsprogramm für Strukturierte Schuldverschreibungen

Wichtige Hinweise

[Ein gemäß dem Kapitalmarktgesetz gebilligter Prospekt vom 6.9.2013 [samt [Nachtrag] [Nachträgen] vom ●] wurde veröffentlicht und ist bei der Emittentin erhältlich.] [Das öffentliche Angebot der Zertifikate erfolgt unter Anwendung der Ausnahme von der Prospektpflicht gemäß [Kapitalmarktgesetz] [anderes].]

[Dieses Dokument stellt die Endgültigen Bedingungen dar und bezieht sich auf die Emission der hierin beschriebenen Zertifikate. Die hierin verwendeten Begriffe haben die für sie in den im Prospekt vom 6.9.2013 (und [dem] [den] [Nachtrag] [Nachträgen] vom [●] zum Prospekt), der einen Basisprospekt gemäß der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG in der durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 geänderten Fassung, die "**Prospektrichtlinie**") darstellt (der "**Prospekt**") enthaltenen Muster-Emissionsbedingungen der jeweiligen Zertifikate (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") festgelegte Bedeutung. Dieses Dokument enthält gemäß Artikel 5 Abs 4 der Prospektrichtlinie die Endgültigen Bedingungen der Zertifikate und ist nur mit dem Prospekt gemeinsam zu lesen. Vollständige Informationen in Bezug auf die

Emittentin und das Angebot sind nur in der Gesamtheit dieses Dokuments (das "**Dokument**" oder die "**Endgültigen Bedingungen**"), und dem Prospekt enthalten. [Der Prospekt [und etwaige Nachträge hierzu] **[[ist] [sind]** bei [Adresse] kostenlos erhältlich und] **[kann] [können]** [dort und] auf der Website [Website] eingesehen werden.]

[Die Zertifikate werden ausschließlich [Investoren-Kategorie und gegebenenfalls Beschränkungen einfügen falls anwendbar] angeboten.]

[Anwendbare Bestimmung einfügen oder als "Nicht anwendbar" (N/A) kennzeichnen. Achtung: Reihenfolge der Nummerierung bleibt unverändert, auch wenn einzelne Abschnitte oder Unterabschnitte als "Nicht anwendbar" gekennzeichnet sind. Kursivschrift kennzeichnet Erläuterungen für die Bearbeitung des Dokuments für die Endgültigen Bedingungen.]

Die im Prospekt festgelegten Muster-Emissionsbedingungen werden gemäß den Bestimmungen dieses Dokumentes ergänzt. Im Fall einer Abweichung von den Muster-Emissionsbedingungen gehen die Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen vor. Die entsprechend ergänzten Bedingungen und die entsprechenden Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen stellen zusammen die Emissionsbedingungen dar, die auf diese Emission von Zertifikaten anwendbar sind.

[Eine emissionsspezifische Zusammenfassung ist den Endgültigen Bedingungen beigelegt.]

TEIL 1 – EMISSIONSBEDINGUNGEN

TEIL A – VERTRAGLICHE BEDINGUNGEN

[A. Falls die für die betreffenden Zertifikate geltenden Optionen durch Wiederholung der betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 und 2 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt und die entsprechenden Leerstellen ausgefüllt werden, einfügen:

Die für die Zertifikate geltenden Emissionsbedingungen sind wie nachfolgend aufgeführt.

[Hier die betreffenden Angaben einer der Optionen 1 und 2 einschließlich der betreffenden weiteren Optionen wiederholen und betreffende Leerstellen vervollständigen.]

[B. Falls die für die betreffenden Zertifikate geltenden Optionen, die durch Verweisung auf die betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 und 2 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt werden, einfügen:

Dieser Teil I.A der Endgültigen Bedingungen ist in Verbindung mit dem Satz der Muster-Emissionsbedingungen, der auf Zertifikate Anwendung findet, zu lesen, der als Option [1] [2] im Prospekt enthalten ist. Begriffe, die in den Muster-Emissionsbedingungen definiert sind, haben dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden. Bezugnahmen in diesen Endgültigen Bedingungen auf Paragraphen beziehen sich auf die Paragraphen der Muster-Emissionsbedingungen.

Die Leerstellen in den auf die Zertifikate anwendbaren Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen gelten als durch die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären. Sämtliche Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen, die sich auf Variablen dieser Endgültigen Bedingungen beziehen und die weder angekreuzt noch ausgefüllt werden oder die gestrichen werden, gelten als in den auf die Zertifikate anwendbaren Emissionsbedingungen gestrichen.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Art des Zertifikates: [Fix- bzw. variabel verzinstes Zertifikat]
[Participations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie]
[Participations-Zertifikate mit Kapitalgarantie]
[Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie] [Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie] [Express-Zertifikate]
2. Nennbetrag: [●]

3. Gesamtnennbetrag:
4. Festgelegte Währung:
5. Emissionspreis: [EUR/andere Währung] [*Betrag einfügen*] [] %
des Nennbetrages] [zuzüglich aufgelaufener Zinsen
ab [*Datum einfügen*] (*nur bei fungiblen Tranchen,
wenn erforderlich*)
- [im Falle einer Daueremission: Angabe, wie sich der
Emissionspreis bestimmt]*
- Ausgabeaufschlag: [Nicht anwendbar]
6. Mindestzeichnungsbetrag: [Nicht Anwendbar]
7. Höchstzeichnungsbetrag: [Nicht Anwendbar]
8. Begebungstag:
9. Daueremission: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
10. Verzinsungsbeginn:
11. Fälligkeitstag: [Zinszahlungstag, der in den
[Ruckzahlungsmonat, Jahr] fällt]
12. Laufzeitende:
13. Abweichender Tilgungszeitpunkt: [Nicht anwendbar] [laut Angebotsblatt]
14. Zinsmodalitat: [Keine Verzinsung] [Fixverzinslich] [Variabel
verzinslich]
15. Zinstagequotient: [Actual/Actual (ICMA)]
 [30/ 360]
 [30E/ 360] [Eurobond Basis]
 [Actual/ 365] [Actual/Actual (ISDA)]
 [Actual/ 365 (Fixed)]
 [Actual/ 360]
16. Basiswert(e): [hybrider] Basiswertkorb aus] [Aktie(n)]
 [Index(ices)] [Rohstoff(e)] [Währung(en)]
 [*Beschreibung de(r)(s) Basiswerte(s) einfügen*]

- ISIN Code Basiswert(e): **[●]**
- Währung Basiswert **[●]**
- (e):
- Basiskurs de(s)(r) Basiswerte(s): **[●]**
- Basisweltersetzung **[Anwendbar/Nicht anwendbar]**

BESTIMMUNGEN ZUR VERZINSUNG

17. Fixzinsmodalitäten: **[Anwendbar/Nicht anwendbar]**
(falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)
- Zinssatz: **[●]** % *per annum* [zahlbar [jährlich/ halbjährlich / vierteljährlich / anders] nachträglich] **[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen]**
18. Modalitäten bei variabler Verzinsung (Leitzinssatz): **[Anwendbar/Nicht anwendbar]** *(falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)*
- Referenzzinssatz **[●]**
 - Bildschirmseite: **[●]**
 - Zinsberechnungs-basispartizipationsfaktor: **[●]**
 - Marge (Aufschlag/ Abschlag): **[+/-] [●] % per annum** *[an- oder absteigende Marge einfügen]*
 - Zinsfeststellungstag(e): **[Zweiter Londoner Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode wenn LIBOR/und zweiter TARGET Geschäftstag vor Beginn jeder Zinsperiode wenn EURIBOR oder LIBOR]** *[andere Tage]*
 - Referenzbanken: **[●]** *(falls andere als in den Muster-Emissionsbedingungen)*
 - Relevanter Markt: **[●]**

19. Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen:
- Maximal- und/oder Mindestzinssatz: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Festgelegte Zinsperiode(n): [●][*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Festgelegte Zinszahlungstage: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Geschäftstagekonvention: [Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention] [Floating Rate Note Konvention] [Folgender-Geschäftstag-Konvention] [Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention]
 - Maßgebliches Finanzzentrum (-zentren): [●]

TILGUNGSMODALITÄTEN

20. Barriere: [Nicht anwendbar] [●] (*für Fix- bzw. variabel verzinsten Zertifikate, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikat ohne Kapitalgarantie und Express-Zertifikate*)
21. Bonus: [Nicht anwendbar] (*für Bonus-Zertifikat mit Kapitalgarantie und Bonus-Zertifikat ohne Kapitalgarantie*)
22. Partizipationsfaktor: [nicht anwendbar] [●] (*für Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie und Partizipations-Zertifikat mit Kapitalgarantie*)
23. Beobachtungstage: [Nicht anwendbar] [*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*]
- Beobachtungstag(e): [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [●] (*für Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Express-Zertifikate*)
 - Endbeobachtungstag: [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [●] (*für Fix- bzw. variabel verzinsten Zertifikate, Partizipations-*

Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Express-Zertifikate)

- Anfangs
-beobachtungstag: **[Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]** (*für Fix- bzw. variabel verzinsten Zertifikate, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Express-Zertifikate*)
24. Startwert: **[●]**
25. Feststellungsstelle: **[●]**
26. Maßgebliche Terminbörse: **[Nicht anwendbar] [●]** (*nur wenn die Muster-Emissionsbedingungen geändert werden sollen*)

WEITERE VERTRAGLICHE ANGABEN

27. Zahlstelle(n): **[Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft
Hypo-Passage 1
6900 Bregenz
Österreich] [●]**
28. Berechnungsstelle: **[Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft
Hypo-Passage 1
6900 Bregenz
Österreich] [●]**
29. (i) Verwahrstelle: **[Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft,
Am Hof 4, A-1010 Wien]
[andere] (*Angabe von Einzelheiten*)**
- (ii) Clearing System: **[Clearstream Banking AG, Frankfurt, Börsenplatz 7
– 11, D-60313 Frankfurt am Main]
[Euroclear Bank S.A./N.V. (Euroclear Operator), 1.
Boulevard du Roi Albert II, B-1210 Brüssel]
[Clearstream Banking société anonyme,
Luxembourg, 42 Avenue JF Kennedy, L-1855
Luxemburg]
[Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft,
Am Hof 4, A-1010 Wien]
[anderes / zusätzliches Clearing System] (*Angabe von Einzelheiten*)
[Nicht anwendbar]**

30. Börsenotierung: [Geregelter Freiverkehr der Wiener Börse] [Nicht anwendbar] [*Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*]
- Erster Handelstag: [●]
31. Art der Mitteilungen und Website für Bekanntmachungen: [www.hypovbg.at] [*andere*]

TEIL B – WEITERE ANGABEN

IDENTIFIKATION

- ISIN, WKN: [●]
- [(i)] Nummer der Serie: [●]
- [(ii)] Nummer der Tranche:] [●] (*falls fungibel mit einer bestehenden Serie, Beschreibung dieser Serie, einschließlich des Tages, an dem die Zertifikate fungibel werden*)
- Rating der Wertpapiere: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

- Bestimmungsland des öffentlichen Angebotes: [Nicht anwendbar] [●][der Prospekt wurde der zuständigen Behörde am ● notifiziert]
- Zeitraum für die Zeichnung: [*Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen*]
- Verfahren zur Meldung zugeteilter Beträge: [Nicht anwendbar] [●]
- Gründe für das Angebot und die Verwendung der Erlöse, Nettoerlöse
Geschätzte Gesamtkosten bezüglich der Zulassung zum Handel: [●] [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
- Koordinatoren und/oder Platzeure [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]

Übernahmevertrag *[Datum des Übernahmevertrags einfügen] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]*

Übernahme *[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]*

Provisionen: *[Nicht anwendbar] [●]*

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

Lieferung: *[Lieferung gegen/frei von Zahlung] [Nicht anwendbar]*

Geregelte oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die angebotenen Wertpapiere zum Handel zugelassen sind: *[Nicht anwendbar] [Märkte angeben]*

Intermediäre im Sekundärhandel *[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]*

Emissionsrendite: *[Anwendbar] [Nicht anwendbar] Die Emissionsrendite ist am Tag der Begebung auf der Basis des Ausgabepreises berechnet und ist keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft.*

Berechnungsmethode der Emissionsrendite: *[ICMA Methode (Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen)] [Andere Methode angeben]*

Interessen von ausschlaggebender Bedeutung: *[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [Falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten in Bezug auf jegliche Interessen – einschließlich Interessenkonflikte -, die für die Emission/das Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind unter Spezifizierung der involvierten Personen und Angabe der Wesensart der Interessen.]*

[ANTRAG AUF BÖRSENOTIERUNG UND ZULASSUNG ZUM HANDEL

Diese Endgültigen Bedingungen enthalten die Details, die erforderlich sind, um die hierin beschriebenen Zertifikate gemäß dem Angebotsprogramm für Strukturierte Schuldverschreibungen vom 6.9.2013 an der Börse zu notieren und zum Handel zuzulassen.]

INFORMATIONEN NACH DER EMISSION

Die Emittentin wird nach Emission keine Informationen bezüglich der Basiswerte liefern, ausgenommen wie in den Muster-Emissionsbedingungen und den Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

TEIL 2 – EMISSIONSSPEZIFISCHE ZUSAMMENFASSUNG

[Um die Details zur maßgeblichen Emission ergänzte Zusammenfassung des Prospekts einfügen]

GESCHÄFTSANSCHRIFT

VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Hypo-Passage 1

6900 Bregenz

RECHTSBERATER

WOLF THEISS
Rechtsanwälte GmbH

Schubertring 6

A-1010 Wien